

# GRÜNE WEGE FÜR EIN BESSERES EUROPA

Entwurf für das  
Europawahlprogramm 2009 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

11. November 2008

## Inhaltsverzeichnis

Präambel

I. Neue Energie in Europa. Der GRÜNE Weg für gutes Klima, wirtschaftlichen Erfolg und Sicherheit

II. Umwelt und VerbraucherInnen schützen: Der GRÜNE Weg für ökologische Erneuerung und gesundes Leben

III. Sozialer Binnenmarkt. Der GRÜNE Weg für gesellschaftlichen Zusammenhalt

IV. Nachhaltig Wirtschaften – für einen GRÜNEN New Deal

V. Gesellschaft gestalten. Der GRÜNE Weg für Demokratie und Bürgerrechte

VI. Kultur und Bildung. Der GRÜNE Weg für die Wissensgesellschaft

VII. Internationale Verantwortung. Der GRÜNE Weg für eine gerechte Globalisierung

1 **Präambel**

2  
3 Liebe Wählerin,  
4 lieber Wähler,

5  
6 wir GRÜNE möchten Sie für drei Dinge gewinnen: an der Europawahl am 7. Juni 2009  
7 teilzunehmen; bei dieser Wahl GRÜN zu stärken; sich selbst darüber hinaus für die Gestaltung  
8 Europas zu engagieren!

9  
10 **Kritik und Lob der EU**

11  
12 Lohnt sich die Europäische Union (EU)? Ist sie nicht ein bürgerferner Moloch? Hilft die EU bei  
13 irgendeinem wichtigen Problem wirklich oder ist sie nicht viel zu oft mehr Teil des Problems?  
14 Solche Fragen werden von vielen Menschen gestellt und gewiss nicht nur von solchen, die ihren  
15 politischen Horizont einfach auf den Nationalstaat oder ihre Region begrenzen.

16  
17 Nicht wenige derer, die heute kritisch von Europas Institutionen und Politik sprechen, waren vor  
18 fünf Jahren deutlich positiver gestimmt. Damals erlebten wir durch die Erweiterung der EU um  
19 zehn neue Mitgliedstaaten vor allem aus Mittel- und Osteuropa mit viel Sympathie und  
20 Optimismus die historische Überwindung der Spaltung Europas seit dem Zweiten Weltkrieg.  
21 Doch seither hat die EU viel Ausstrahlung verloren. Sie ist in ihren Mitgliedsstaaten, Deutschland  
22 eingeschlossen, seit einiger Zeit nicht besonders populär.

23  
24 Die Kritik an der EU ist im Scheitern des Verfassungsvertrages durch die Nein-Abstimmungen in  
25 Frankreich und den Niederlanden deutlich geworden, durch das irische Nein zum Lissabon-  
26 Vertrag, durch Proteste gegen die Bolkestein-Politik der Europäischen Kommission zur  
27 Dienstleistungsfreiheit und gegen bestimmte Arbeitsrechtsurteile des Europäischen  
28 Gerichtshofes, durch vielfaches Unbehagen über Einmischungen der Europäischen Kommission  
29 bei kommunaler Daseinsvorsorge oder Sparkassen, durch Empörung über das zum Teil tödliche  
30 Ausgrenzungselend afrikanischer Flüchtlinge, die das Mittelmeer zu überwinden versuchen, und  
31 durch Demonstrationen gegen europäische Beschlüsse, die Datenschutz und Bürgerfreiheiten  
32 einschränken statt sie zu respektieren.

33  
34 Vieles ist zusammen gekommen an Kritik gegenüber der EU. Wir GRÜNE teilen nicht wenig  
35 davon. Aber noch mehr sind wir überzeugt, dass die EU bei aller Kritik für uns Deutsche und für  
36 Europa unverzichtbar wertvoll ist! Lohnt sich die EU? Und wie!

37  
38 Die EU ist und bleibt ein Friedensprojekt. Durch das Zusammenwachsen Europas in der EU ist  
39 Deutschland zum ersten Mal in seiner Geschichte nur von Freunden umgeben. Die deutsch-  
40 französische Freundschaft und die deutsch-polnische sind gewachsen durch die alltägliche  
41 Zusammenarbeit in der EU und haben Jahrhunderte alte Erbfeindschaften abgelöst, die nie  
42 länger als 50 Jahre ohne Krieg auskamen. Aktuell zeigt sich die friedenspolitische Kraft der EU-  
43 Perspektive als Alternative zu den Balkankonflikten der letzten zehn Jahre.

44  
45 Wäre die Deutsche Wiedervereinigung für unsere Nachbarn akzeptabel gewesen ohne eine  
46 feste Einbindung Deutschlands in die EU? Natürlich nicht.

47  
48 Der Binnenmarkt und der Euro sind insgesamt Erfolgsprojekte. Was wäre aus den einzelnen  
49 europäischen Nationalökonomien jetzt in der Finanzkrise zum Beispiel geworden ohne die  
50 Gemeinschaftswährung?

51  
52 Die EU-Freizügigkeit für uns Europäerinnen und Europäer, unvollständig wie sie leider immer  
53 noch ist, schafft eine großartige kulturelle Bereicherung durch die millionenfache Gelegenheit,  
54 die Vielfalt der europäischen Kulturen zu erfahren.

55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100  
101  
102  
103  
104  
105  
106  
107  
108

Die EU hat in Deutschland in vielerlei Hinsichten progressive Reformen angestoßen, manchmal auch erzwungen. Das gilt etwa für den Bereich der Frauenrechte oder beim Kampf gegen Diskriminierung. Es gilt beim Trinkwasserschutz ebenso wie beim Naturschutz oder dem Kampf gegen Feinstaubbelastung in unseren großen Städten. Beim Kampf gegen die globale Gefahr, die vom Klimawandel ausgeht, ginge es gar nicht ohne europäische Koordinierung in der EU. Denn viele Umweltgefahren und gerade die Klima-Herausforderung kennen keine nationalen Grenzen und sind rein national nicht mehr zu bewältigen.

### **Die Frage heißt nicht ob EU, sondern wie!**

Wer findet, dass in Deutschland auf Bundesebene vieles falsch läuft, wird deswegen nicht die Bundesrepublik ablehnen, sondern für andere Politik kämpfen. Ähnlich sehen wir GRÜNE das mit der EU. Wir wollen in vielen Bereichen eine andere Politik in der EU, eine GRÜNERE, das heißt ökologischere, sozialere, bürgerrechtlich oder friedenspolitisch konsequentere! Doch nichts davon ist durch einen Rückzug von der EU ins Nationale zu gewinnen. Keine der großen GRÜNEN Visionen ist für unser Land ohne die bessere Zusammenarbeit in der EU zu verwirklichen!

Deshalb werben wir für einen Politikwechsel in Europa. Wir wollen die Mehrheiten ablösen, im Europäischen Parlament, in der Kommission und auch im Europäischen Rat, die so lange so viel dem Götzen des Neoliberalismus geopfert haben, die so lange so sehr ökologische Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft blockiert haben, die Mauern errichtet haben; statt Menschen zusammenzubringen. Positiv gesagt: Wir brauchen neue Mehrheiten in Europa und insbesondere auch in den Institutionen der EU, um das Europa zu bauen, auf das seit dem Ende erst des Zweiten Weltkrieges und dann des Kalten Krieges so viele Menschen ihre Hoffnungen gesetzt haben. Wir teilen diese europäische Hoffnung und sagen deswegen „Ja“ zur EU und „Nein“ zu ihren Fehlern. Vor allem aber werben wir dafür, die Kritik in eine Kraft der Veränderung zu verwandeln, statt zu resignieren oder sich auf die illusionären Versprechen der Anti-Europäer einzulassen.

Wir GRÜNE verstehen uns als die Partei des noch nicht fertigen Europas der Hoffnung. Die EU wollen wir dazu weiterentwickeln, ökologisch, sozial, demokratisch. Ob wir für dieses Ziel bei der Europawahl gestärkt werden, das liegt auch an Ihnen, liebe Wählerin, lieber Wähler. Wir rufen Sie dazu auf! Und wir werben ebenso dafür, dass Sie sich mit uns engagieren in den vielen Bewegungen und Initiativen, aus denen im Alltag das andere Europa wächst, das möglich ist.

Nutzen Sie am 7. Juni 2009 Ihre Stimme, um ein ökologisches, soziales und demokratisches Europa zu stärken, um Europa GRÜNER zu machen.

### **Für einen GRÜNEN New Deal in Europa**

„Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und Freiheit.“ So lautet der erste Satz unseres GRÜNEN Grundsatzprogramms. Um diesen hohen Anspruch zu verwirklichen, verbinden wir GRÜNE Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Ebenso treten wir ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte.

Unsere Werte und Ziele sind heute weniger denn je nur Sache eines Landes. Allein national können wir sie nicht erreichen. Klima und Gerechtigkeit, Demokratie in Freiheit und Frieden sind globale Herausforderungen. Sie zu verwirklichen, dazu bedarf es einer diesen Zielen verpflichteten EU.

109 Deshalb setzen wir uns ein für einen GRÜNEN New Deal in Europa. Der GRÜNE New Deal  
110 verbindet soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung. Eines ist ohne das andere nicht  
111 zu haben, gemeinsam sind sie die Grundlage für wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Der GRÜNE  
112 New Deal setzt auf ökologische Innovation und auf die Bereitschaft unsere Lebensstile so zu  
113 gestalten, dass die Welt das aushält. Es ist die Verantwortung Europas, der Welt ein  
114 ökologisches Beispiel zu geben. Der GRÜNE New Deal setzt auf soziale Teilhabe aller. Wir  
115 kämpfen daher unter dem Leitbild eines sozialen Europa um Standards der Bildungs-, der  
116 Arbeitsmarkt-, der Gesundheits- und Rentenpolitik, die dafür nötig sind. Der GRÜNE New Deal  
117 setzt auf Rahmenbedingungen für die Märkte im Sinne unserer ökologischen und sozialen Ziele  
118 und er weist dem Staat die Aufgabe zu, die für Daseinsvorsorge und wirtschaftlichen Fortschritt  
119 erforderlichen Infrastruktur-Investitionen anzustoßen. Der GRÜNE New Deal soll ein breites  
120 gesellschaftliches Bündnis für ökologische und soziale Erneuerung schaffen. Deshalb wollen wir  
121 die demokratischen Rechte stärken und zur direkten Teilhabe an Politik einladen. Dazu gehört  
122 auf europäischer Ebene die verbindliche Grundrechtecharta ebenso wie europäische  
123 Bürgerbegehren und EU-weite Referenden.

124  
125 Der GRÜNE New Deal muss unsere Politik auch prägen, wo sie über Europa hinaus reicht. Er ist  
126 in der aktuellen Situation notwendiger denn je. Ohne Klimaschutz kann es keine globale  
127 Gerechtigkeit geben. Klimawandel geht jetzt schon vor allem zu Lasten der Ärmsten. Ohne eine  
128 neue Energiepolitik ist weder der Klimawandel abzumildern, noch gibt es Gerechtigkeit, noch  
129 einen Zuwachs an Sicherheit. Neue Risiken für den Frieden entstehen durch die Erderwärmung  
130 oder durch Konflikte um knappe Rohstoffe, um Energie und Lebensmittel. Der erfolgreiche  
131 Kampf gegen die Armut hängt davon ab, dass den armen Ländern Entwicklung ermöglicht  
132 wird. Das Menschenrecht auf Nahrung oder der Zugang zu Wasser muss gewährleistet werden.  
133 Auch eine neue internationale Finanzarchitektur ist nötig, das zeigt die globale Finanzkrise.

134  
135 Die EU hat 27 Mitgliedstaaten. Rund eine halbe Milliarde Menschen leben in ihr einschließlich  
136 solcher, die von weit her gekommen sind, um hier eine neue Heimat zu finden. Wir, die  
137 Europäerinnen und Europäer, können zusammen sehr viel zur Lösung der globalen Probleme  
138 beitragen, die uns alle betreffen. Denn die EU ist ein gewichtiger Akteur in der internationalen  
139 Politik. Wer wird sich für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung einsetzen, wenn nicht  
140 wir?

141  
142 Auch dafür brauchen wir eine Erneuerung der europäischen Politik. In einem gestärkten  
143 Europaparlament wollen wir GRÜNE deshalb die Stimme für Ökologie und Gerechtigkeit,  
144 Demokratie, Freiheit und Frieden sein.

## 145 146 147 **GRÜNE Prioritäten für Europa**

148  
149 Wir deutsche GRÜNE haben uns in der Europäischen Grünen Partei (EGP) mit 36 GRÜNEN  
150 Parteien aus 33 Ländern Europas zu einer starken ökologischen, sozialen und demokratischen  
151 Kraft zusammengeschlossen. Wir vertreten nicht eine lockere Ansammlung nationaler  
152 Interessen. Wir wollen gemeinsam Europa erneuern. Dabei arbeiten wir nicht nur innerhalb der  
153 EU zusammen, sondern gerade auch mit den GRÜNEN Parteien europäischer Länder außerhalb  
154 der EU und mit anderen Partnern in der wachsenden globalen GRÜNEN Bewegung.

### 155 156 157 ***Klima schützen, die Energiekrise überwinden***

158 Wir wollen den Klimawandel bekämpfen. Konsequenter, ohne faule Kompromisse. Der weltweite  
159 Temperaturanstieg muss auf 2°C begrenzt werden.

160 ☞ Bis zum Jahr 2050 muss Europa 80 % seiner Treibhausgase eingespart haben. Das heißt; wir  
161 müssen weg vom Öl, raus aus der Atomkraft, weg von Kohlkraftwerken ohne CO2-

162 Abscheidung. Wir brauchen die drei E's: die konsequente Förderung und den Umstieg auf  
163 Erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung.  
164 ☞ Wir brauchen dazu eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien und  
165 Energieeffizienz (ERENE). Das ist unsere Alternative zu EURATOM. Europa hat soviel  
166 Energie: – Erdwärme aus Irland, Windkraft aus Dänemark und Deutschland, Biomasse aus  
167 Polen, Solarthermie aus Spanien, Wasserkraft aus Österreich – die wir mit einem  
168 intelligenten modernen Netz verknüpfen.  
169 ☞ Wir brauchen einen wirkungsvollen Emissionshandel – CO2 muss endlich einen Preis  
170 haben.  
171 ☞ Bis zum Jahr 2050 kann Europa, sofern es um die technischen Möglichkeiten geht, ganz auf  
172 Erneuerbare Energien umgestiegen sein. Wir sind die Kraft, die dafür auf allen Ebenen  
173 streitet.

174  
175 Diese neue und konsequente Energiepolitik schafft neue Sicherheit. Sie macht uns  
176 unabhängiger von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen, freier von machtpolitischen  
177 Spielchen der Förderländer, weniger betroffen von den Entwicklungen in Krisenregionen und  
178 schützt am besten gegen atomare Risiken und nuklearen Terror. Zudem stärkt sie regionale  
179 Wirtschafts-Kreisläufe.

180  
181 Klimaschutz ohne faule Kompromisse und eine Politik für mehr Energieeffizienz schafft neue  
182 Arbeit. Die Gebäudesanierung, der Ausbau von Solaranlagen und der Aufbau der neuen  
183 energetischen Infrastruktur fördern das regionale Handwerk, die lokale Beschäftigung und den  
184 innovativen Mittelstand. Allein in Deutschland haben wir GRÜNE mit dem Erneuerbare Energien  
185 Gesetz 250 000 neue Arbeitsplätze möglich gemacht. Diese Zahl wird sich bei uns bis 2020  
186 verdoppeln. Europaweit sind die Chancen noch viel größer. Schon heute arbeiten in der EU  
187 mehr Menschen im GRÜNEN Bereich als in vielen traditionellen Sektoren.

### 188 ***Gerechtigkeit schaffen, der sozialen Spaltung entgegen wirken***

189 Wir wollen ein soziales, solidarisches und bürgernahes Europa mit erbauen. Der wirtschaftliche  
190 Wettbewerb braucht einen Rahmen und dazu gehören europäische Sozialstandards. Nur ein  
191 soziales Europa ist ein gerechtes Europa. Gerechtigkeit setzt aber auch Nachhaltigkeit voraus.

192 ☞ Wir fordern in jedem Land Mindestlohnregelungen und treten dafür ein, dass Ihre  
193 Arbeitnehmerrechte europäisch abgesichert, anstatt durch die Hintertür abgeschliffen  
194 werden.  
195

196 ☞ Wir wollen einen europäischen Sozialpakt durchsetzen, der die soziale Sicherheit erhöht  
197 und die Rechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Bürgerinnen und Bürger  
198 stärkt.

199 ☞ Wir setzen uns für gesetzliche Maßnahmen zur Lohngleichheit von Frauen und Männern  
200 ein. Wir fordern Quotenregelungen dort, wo sich verbissen die Männerriege am Steuer hält.  
201 Außerdem machen wir uns konsequent für eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit stark,  
202 denn Gleichstellung ist für uns keine Frage sondern gehört zum Selbstverständnis GRÜNER  
203 Politik.

204 ☞ Ein soziales Europa braucht mehr Gemeinsamkeit in der Steuerpolitik. Nur so verhindern wir,  
205 dass die Mitgliedstaaten in einen Steuerwettbewerb und eine Standortkonkurrenz getrieben  
206 werden. Denn dies führt nur dazu, dass die nationalen sozialen Sicherungssysteme Stück für  
207 Stück abgebaut werden.

208 ☞ Wir wollen Finanzmärkte stärker regulieren und eine Steuer einführen, die dazu beiträgt,  
209 rein spekulative Geldbewegungen einzuschränken. Wir wollen eine europäische  
210 Finanzmarktaufsicht schaffen und klare Haftungsregeln für Manager.

211 ☞ Nicht mehr die nationalen Standortinteressen einzelner Mitgliedstaaten, sondern das  
212 gemeinsame Europa muss der Rahmen für eine zukünftige Wirtschaftspolitik werden.

213  
214

215 ***Bürgerrechte stärken, die demokratische Teilhabe erweitern***

216 Mit Ihrer Hilfe wollen wir Europa ein starkes demokratisches Fundament der Menschen- und  
217 Bürgerrechte geben. Es geht uns um ein Europa mit gerechten Bildungschancen für alle und  
218 einem großen Reichtum an Kultur. Wir GRÜNE wollen ein Europa, das Freiheit garantiert und  
219 die Menschen schützt – nicht nur gegen Terror und Kriminalität, sondern auch gegen die  
220 Neugierde von Unternehmen und die wachsende Datensammelwut von staatlichen Behörden  
221 und den Überwachungsstaat.

222 ☞ Dem wachsenden Rechtsextremismus in Europa wollen wir entschieden entgegenzutreten.  
223 Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Homo- und Islamophobie sind eine Gefahr  
224 für die europäische Idee

225 ☞ Die Unionsbürgerschaft wollen wir mit Leben füllen und dazu den Menschen, wenn sie in  
226 einem anderen EU Staat länger als fünf Jahre leben, das Recht geben, die dortige Regierung  
227 mit zu wählen.

228 ☞ Die EU darf sich nicht abschotten und Flüchtlinge im Mittelmeer hilflos sich selber  
229 überlassen, sondern muss Asyl gewähren und Einwanderung gestalten! Durch die kulturelle  
230 und weltanschauliche Pluralität sowie die Vielfalt regionaler Traditionen und Identitäten in  
231 Europa kann die EU einen besonderen Beitrag zum Dialog der Kulturen, Weltanschauungen  
232 und Religionen leisten.

233 ☞ Das Recht auf Privatsphäre wollen wir schützen und dazu den europäischen  
234 Datenschutzbeauftragten stärken und ein europäisches Datenschutzsiegel einführen. Statt  
235 immer neue Datenberge zu produzieren, wollen wir Sie als Bürgerinnen und Bürger  
236 europaweit vor dem Sammel- und Kontrollwahn der einzelnen Staaten und der Wirtschaft  
237 schützen. Ein erster wichtiger Schritt ist der sofortige Stopp der Vorratsdatenspeicherung in  
238 ganz Europa.

239 ☞ Mündige Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich am Markt orientieren können.  
240 Dazu gehört zum Beispiel auch ein Sicherheitssiegel für Spielzeug oder eine klare  
241 Kennzeichnung der Lebensmittel. Denn das Recht auf ein gesundes Leben darf nicht  
242 heimlich durch Genfood unterlaufen werden.

243 ☞ Lebens- und Lernerfahrungen im europäischen Ausland dürfen keine Frage des Alters, des  
244 Bildungsgrades oder des Geldbeutels sein. Wir wollen allen und nicht nur Studierenden die  
245 Möglichkeit geben, einige Monate im europäischen Ausland zu lernen oder im Rahmen von  
246 Freiwilligenprojekten gemeinnützig zu arbeiten.

247 ☞ Durch die Einführung eines europäischen Volksbegehrens wollen wir die Möglichkeiten der  
248 Menschen erweitern, ihre Interessen besser durchzusetzen und neben der  
249 parlamentarischen die direkte Demokratie stärken.

250 ☞ Mit einem EU-Kommissar oder einer EU-Kommissarin für Bürger- und Menschenrechte  
251 wollen wir diese in allen Politikbereichen stärken. Denn nicht nur im Außenverhältnis ist hier  
252 noch viel zu tun, auch nach innen gibt es gerade angesichts bestehender Diskriminierung  
253 von Minderheiten und beim Umgang mit Flüchtlingen sowie bei der Durchsetzung von  
254 Bürgerrechten Handlungsbedarf. Zudem braucht es eine Perspektive für Illegalisierte, die  
255 hier mit uns leben.

256  
257

258 ***Frieden schaffen, die globale Spaltung der Welt überwinden***

259 Wir wollen die EU als Zivilmacht stärken und ihr eine aktive Rolle geben für eine gerechtere  
260 Gestaltung der Globalisierung. Als die Europäische Gemeinschaft in den fünfziger Jahren des 20.  
261 Jahrhunderts gegründet wurde, waren die Wunden, die der Nationalsozialismus geschlagen  
262 hatte, noch nicht verheilt. Dass aus einstigen Feinden nicht nur Nachbarn in Frieden sondern  
263 Freund und sogar gemeinsame Unionsbürger wurden, ist eine historische Leistung, die weltweit  
264 ohnegleichen ist. Die EU war ein Friedensprojekt und ist es bis heute. Für uns GRÜNE ist das  
265 eine Verpflichtung.

266 ☞ Die EU muss zur Anwältin für weltweiten Frieden und Menschenrechte, für Abrüstung,  
267 Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung werden. Denn auch nach dem Ende des Kalten

- 268 Kriegen haben diese Ziele nichts von Ihrer Aktualität verloren. Wir setzen uns ein für das Ziel  
269 eines kernwaffenfreien Europas.
- 270 ↪ Deswegen wollen wir eine Friedensagentur aufbauen, die den Aufbau rechtsstaatlicher  
271 Strukturen unterstützt und die Schaffung von Sicherheit und Justiz garantiert.
- 272 ↪ Die Möglichkeit zur Erweiterung der EU ist Kern ihrer friedensstiftenden Wirkung. Die  
273 GRÜNEN stehen dazu, dass alle europäischen Staaten – ausdrücklich auch die  
274 osteuropäischen – wie im EU-Vertrag vorgesehen eine Beitrittsperspektive erhalten. GRÜNE  
275 streiten deshalb auch für eine glaubwürdige Beitrittsperspektive der Türkei und für eine  
276 neue Nachbarschaftspolitik.
- 277 ↪ Die EU muss die treibende Kraft bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der Vereinten  
278 Nationen und zum Wegbereiter eines kooperativen Multilateralismus werden, der aktiv zu  
279 einer Stärkung der Menschenrechte beiträgt.
- 280 ↪ Die EU muss der Krisenprävention und zivilen Konfliktbewältigung Vorrang in der  
281 gemeinschaftlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben.  
282

### 283 **Die EU bürgernäher machen**

284 Noch ist Europa nicht gewappnet, um die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu  
285 meistern. Die europäische Politik von Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und auch der  
286 Postkommunisten führt im Gegenteil dazu, dass die EU oftmals mehr Teil des Problems als Teil  
287 der Lösung ist. Dazu kommt aber noch, dass in Europa gerne Versteck gespielt wird, wenn es  
288 darum geht, wer für was eigentlich die Verantwortung trägt. In wichtigen Bereichen entscheidet  
289 der Ministerrat bisher nur einstimmig. Dies nützt vor allem jenen Regierungen und Kräften, die  
290 kein Interesse an politischem Fortschritt haben und denen ein Europa als erweiterte  
291 Freihandelszone eigentlich am liebsten wäre. Oft sieht es dann so aus, als sei „Brüssel“ das  
292 Problem, wo es in Wirklichkeit bei nationalen Egoisten liegt.

293 Im Bereich des Binnenmarktes wiederum werden die meisten Entscheidungen mit Mehrheit  
294 getroffen. Das hilft so mancher Regierung über den Umweg über „Brüssel“ jene Politik  
295 durchzusetzen, für die sie zuhause keine Mehrheit bekommen hätte. Frech, wenn sie dann –  
296 wieder daheim – die EU für die Politik kritisiert, die sie eben noch mitbeschlossen hat. In beiden  
297 Fällen wird „Europa“ oder „Brüssel“ dann zum Sündenbock gemacht – mit der Folge  
298 zunehmender europäischer Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger.  
299

300 Wir GRÜNE wollen nicht zulassen, dass Doppelzüngigkeit eine neue Amtssprache in den  
301 europäischen Mitgliedstaaten wird. Vollmundig präsentiert sich zum Beispiel Frau Merkel als die  
302 Klimakanzlerin und lässt sich feiern. Im Rat der Regierungschefs jedoch blockierte sie die  
303 Richtlinie über den Emissionshandel im Flugverkehr. Und gemeinsam mit dem französischen  
304 Staatspräsidenten Sarkozy versucht die Bundesregierung die geplanten Regeln zur Reduzierung  
305 des Spritverbrauchs von Neuwagen zu verwässern. Zum Schaden der Autofahrerinnen und  
306 Autofahrer. Notwendige Schritte zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung im Straßenverkehr werden kurzerhand  
307 auf das Jahr 2015 vertagt. Die SPD führt das soziale Europa zwar groß im Munde, verschweigt  
308 aber, dass ihr deutscher Arbeitsminister Scholz dazu beigetragen hat, dass die durchschnittliche  
309 Höchstarbeitszeit jüngst auf 65 und mehr Wochenstunden ausgeweitet wurde.  
310 Doppelzüngigkeit kennzeichnet aber auch die LINKE. Mit ihrem anti-europäischen Populismus  
311 trägt sie dazu bei, die Überwindung der beklagten Defizite zu behindern.  
312

### 313 **Für Transparenz und europäische Öffentlichkeit**

314 Jede Macht braucht Kontrolle, auch europäische. Deshalb braucht die EU auch wesentlich mehr  
315 Transparenz und eine europäische Öffentlichkeit! Dafür streiten wir.

317 Und politische Entscheidungen müssen dort getroffen werden, wo es Sinn macht. Das meint  
318 das Subsidiaritätsprinzip. Dazu gehört allemal eine gestaltungstarke lokale Selbstverwaltung.  
319  
320



321 **Neuer Schwung für den Reformprozess**

322 Noch ist nicht entschieden, ob der Lissabon-Vertrag in einem zweiten Anlauf nicht doch noch  
323 von allen Mitgliedstaaten ratifiziert wird. Wir hoffen das, aller Kritik zum Trotz. Wir brauchen  
324 die Reformen, um Antworten auf drängende Fragen geben zu können: auf den Klimawandel  
325 oder die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung. Und auch die Bürgerinnen und  
326 Bürger würden ganz unmittelbar profitieren: Von einer verbindlichen Grundrechtecharta, mit  
327 individuell einklagbaren Rechten, vom Beitritt der EU zur Europäischen  
328 Menschenrechtskonvention oder von der Aufwertung der Daseinsvorsorge gegenüber dem  
329 Wettbewerbsrecht. Und die Reformen würden endlich das Europäische Parlament als  
330 Gegengewicht zur EU-Kommission und den nationalen Regierungen stärken.

331  
332 Wir setzen uns für eine europaweite Volksabstimmung über die Grundrechtecharta ein. Sowohl  
333 die Kritikerinnen und Kritiker der EU wie auch die Regierungen und jene, die Europa vollmundig  
334 im Munde führen, müssen dann Farbe bekennen: Sind sie wie wir GRÜNE bereit, den  
335 Menschen mehr Rechte und mehr Mitbestimmung einzuräumen? Oder geht es ihnen in  
336 Wahrheit um etwas anderes? Eine solche Nagelprobe würde auch dazu beitragen, ein  
337 europäisches Gefühl der Zusammengehörigkeit und die gemeinsame Identität zu stärken. Beides  
338 sind wichtige Voraussetzung, um perspektivisch zu einer gemeinsamen Verfassung zu kommen,  
339 für die BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN nach wie vor stehen.

340

341

342 **Viel GRÜN ins Parlament**

343 Die Rolle des Parlamentes hat sich verändert. Viel stärker als früher ist es inzwischen an der  
344 Gesetzgebung beteiligt und in der Lage, mit einem eigenständigen politischen Profil ein  
345 Gegengewicht zu bilden zur Europäischen Kommission und zum Ministerrat, also den  
346 nationalen Regierungen. Dafür bedarf es aber eines selbstbewussten und kritischen  
347 Europäischen Parlaments – also eines Parlaments mit starken GRÜNEN!

348

349 Wir stellen in diesem Programm dar, welche Wege wir in Europa einschlagen wollen, um die EU  
350 besser zu machen. Sie können mit Ihrer Wahl dazu beitragen, Europa GRÜN zu erneuern.  
351 Starke GRÜNE im Europaparlament – das macht einen wichtigen Unterschied. Helfen Sie mit,  
352 den GRÜNEN New Deal für Europa zu verwirklichen!

353

354 Dafür brauchen wir Ihr Engagement und am 7. Juni 2009 Ihre Stimme.

355

356

356 **I. Neue Energie in Europa. Der GRÜNE Weg für gutes Klima,**  
357 **wirtschaftlichen Erfolg und Sicherheit**  
358

359 Klimapolitik ist im 21. Jahrhundert eines der strategisch wichtigen Politikfelder. Denn  
360 Klimapolitik ist mehr als nur eine Politik für besseres Wetter. Klimapolitik ist auch Energie- und  
361 Verkehrspolitik, Sozial-, Wirtschafts-, Außen- und Entwicklungspolitik. Immer deutlicher wird,  
362 dass vom Klimawandel nicht nur unsere Ökosysteme betroffen sind, sondern auch unser  
363 Wirtschaftssystem.

364  
365 Wir GRÜNE sind Vorreiter für Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik. Unsere Antworten  
366 heißen: Ausbau der Erneuerbaren Energien, Steigerung der Energieeffizienz und  
367 Energieeinsparung. Wir wollen, dass Europa mit einer intelligenten Energie- und Klimapolitik  
368 zum Schrittmacher wird. Bis zum Jahr 2050 muss Europa umsteigen und vom fossilen Zeitalter  
369 ins solare Jahrhundert aufbrechen. Wem, wie der CDU/CSU, auf steigende Benzinpreise nichts  
370 anderes einfällt, als die Pendlerpauschale wieder einzuführen oder auf steigende Strompreisen  
371 mit einer Verlängerung der Laufzeiten bei Atomkraftwerken zu reagieren, wer, wie die FDP,  
372 gegen die Ökosteuer in Deutschland polemisiert oder wer sich, wie SPD und CDU/CSU, nicht  
373 traut, auch einmal den großen Lobbygruppen der Automobilindustrie die Stirn zu bieten, hat  
374 den Ernst der Lage nicht begriffen.

375  
376 Wir brauchen heute die entscheidenden Weichenstellungen, wenn wir die Menschen nicht  
377 alleine lassen und sie den steigenden Energiepreisen hilflos ausliefern wollen. Diese Weichen  
378 müssen europäisch gestellt werden: Durch die Entflechtung der Energiemonopole, durch klare  
379 Verpflichtungen, durch Standards, die Innovationen anreizen, und durch zielgenaue  
380 Forschungspolitik. Wir brauchen eine Förderpolitik, die der Bedeutung der Erneuerbaren  
381 Energien Rechnung trägt, ohne dass die Gewinnung von Biokraftstoffen der Produktion von  
382 Nahrungsmitteln Konkurrenz macht. Insbesondere brauchen wir klare und ehrgeizige Vorgaben  
383 zum Klimaschutz. Wir wollen den Emissionshandel weiterentwickeln, indem wir die Zertifikate  
384 vollständig versteigern und den Luft- und Schiffsverkehr in das Handelssystem mit einbeziehen.  
385 Ein Europa, das im Klimaschutz vorangeht, legt zugleich eine Grundlage für den dringend  
386 erforderlichen Fortschritt in der internationalen Klimapolitik. Und es legt die Grundlage für  
387 Beschäftigung und wirtschaftlichen Erfolg. Denn der Aufbruch ins Zeitalter der Erneuerbaren  
388 Energien fördert das regionale Handwerk, schafft neue Arbeit, stärkt Innovationen in wichtigen  
389 Zukunftsmärkten und macht uns weniger abhängig von steigenden Energie- und  
390 Rohstoffpreisen.

391  
392 Die Menschen in Deutschland und in Europa haben sich längst bewegt. Das zeigt die rapide  
393 ansteigende Nachfrage nach grünem Strom, nach spritsparenden Autos oder nach  
394 Bioprodukten in den letzten Jahren. Das ist eine gute Entwicklung, an der auch die GRÜNEN  
395 Parteien in Europa einen erheblichen Anteil haben. Immer mehr Menschen in Europa  
396 entdecken, dass sie durch ihr Kaufverhalten nicht nur etwas für den Klimaschutz tun können,  
397 sondern auch mitentscheiden, was in den Regalen liegt und was nicht. Und sie wissen, dass  
398 bewusster Konsum keineswegs mit einem Verlust an Lebensqualität einhergeht – im Gegenteil.  
399 Wir wollen die Menschen in Europa durch eine gemeinsame Politik für gutes Klima und eine  
400 nachhaltige und sozialverträgliche Energieversorgung unterstützen. So sorgen wir nicht nur für  
401 mehr Gerechtigkeit, sondern wir werden auch unabhängiger von der Rohstoffpolitik anderer  
402 Staaten.

403  
404 **Die EU muss Vorreiterin im internationalen Klimaschutz werden**

405 Wir wollen Europa zur treibende Kraft in der internationalen Klimapolitik machen. Nur so  
406 können wir den nötigen Druck aufbauen und andere Staaten zum Mitmachen bewegen. Wir  
407 brauchen heute ambitionierte internationale Ziele. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen in der  
408 Frage des Klimaschutzes auf eine europäische Lösung, die jetzt und nicht erst in fünf oder zehn

409 Jahren mit konkreten Schritten angegangen wird. Für den weltweiten Klimaschutz braucht es  
410 ein klares Signal von Seiten der Industrieländer. Insbesondere die Europäische Union ist gefragt,  
411 sich international zu einer glaubwürdigen Vorreiterin in Sachen Klimaschutz zu machen, damit  
412 andere folgen. Die EU muss ein ambitioniertes Klimapakett verabschieden – ohne wenn und  
413 aber! Jedes Zögern, Taktieren und Verschieben gefährdet den Erfolg der internationalen  
414 Klimaschutzbemühungen.

#### **Emissionshandel verbessern**

416 Wir wollen einen europäischen Emissionshandel, um so das System vor kurzfristiger nationaler  
417 Interessenspolitik zu schützen und einen funktionierenden Handel zu garantieren. Eine viel  
418 strengere Obergrenze der Emissionen für das Handelssystem als bisher von den Mitgliedstaaten  
419 diskutiert ist ausschlaggebend für dessen Erfolg und muss auf dem Ziel basieren, den Ausstoß  
420 von Treibhausgasen in der EU bis 2020 um 30% im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Die  
421 Emissionszertifikate für den Energiesektor, der 60% des Emissionshandelssystems ausmacht,  
422 müssen vollständig versteigert werden. Nur so wird ein marktwirtschaftliches Funktionieren des  
423 Handelssystems möglich und ungerechtfertigte Gewinne werden verhindert. Auch Flug- und  
424 Schiffsverkehr müssen in vollem Umfang in den Emissionshandel einbezogen werden, egal ob  
425 ein Schiff oder Flugzeug sich nur in der EU bewegt oder aber die EU-Grenzen überschreitet.  
426 Gerade im Umgang mit der energieintensiven Industrie wird sich zeigen, ob Kanzlerin Merkel  
427 zur Schaffung eines guten Instruments zur Emissionsreduzierung beiträgt oder weiter nach  
428 großzügigen Ausnahmeregelungen für die Industrielobby ruft.  
429

#### **Atomausstieg weiter vorantreiben, EURATOM abschaffen**

431 Wir wollen ein Europa ohne die Hochrisiko-Technologie Atom. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
432 stehen wie keine andere Partei für den Ausstieg aus der Atomkraft. Atomkraft ist auch in  
433 Europa – entgegen aller Behauptungen der Atomlobby – ein Auslaufmodell. Denn an den  
434 großen Gefahren nuklearer Energieerzeugung hat sich nichts geändert: AKWs können zur  
435 Zielscheibe terroristischer Angriffe werden. Ein möglicher GAU, die nach wie vor ungelöste  
436 Endlagerfrage von Atommüll, der Handel mit Material für die militärischen Nutzung sowie nicht  
437 zuletzt die fehlende Versicherungspflicht für mögliche Folgeschäden sprechen genau so gegen  
438 die weitere Nutzung der Atomenergie wie die Unfälle im schwedischen AKW Forsmark, den  
439 deutschen AKWs Brunsbüttel und Krümmel und der französischen Atomanlage Tricastin.  
440 Unfälle sind nie auszuschließen und mit der Sicherheitskultur bei den Betreibern ist es oft nicht  
441 weit her. Sicher ist nur das Risiko!  
442 Bis heute gibt es weltweit keine Endlagerstätten für den Atommüll. Einlagerungsversuche  
443 scheitern kläglich, wie im niedersächsischen Asse, wo sich die Sicherheitsversprechen der  
444 Atomlobby in einer radioaktiven Lauge auflösen. Wir werden im Europäischen Parlament daher  
445 weiter Druck machen, dass Atomenergie ein Auslaufmodell bleibt und kein Nuklearexport in  
446 Drittstaaten stattfindet, wie Frankreichs Präsident Sarkozy es gerade versucht. Weiterhin gilt:  
447 EURATOM wollen wir abschaffen. Denn eine Förderung der Atomenergie, wie sie Ziel des  
448 Euratom-Vertrags ist, ist mit den Grundsätzen einer zukunftsfähigen EU unvereinbar.  
449

#### **Klimaschutz nur mit Kohlemoratorium**

451 Wir wollen ein Moratorium für neue Kohlekraftwerke, solange die Technologie der CO<sub>2</sub>-  
452 Abscheidung und -Speicherung nicht erprobt, langfristig sicher und ökonomisch einsetzbar ist.  
453 Denn Kohlekraftwerke sind ohne Zweifel die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung! Mit  
454 750 bzw. 950 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde Strom stoßen Stein- und Braunkohle zwei- bis  
455 dreimal so viel Klimagase aus wie moderne Gaskraftwerke. Es ist deshalb klimapolitisch  
456 geboten, jetzt keine neuen Kohlekraftwerke zu bauen.  
457 Klimaschutz und Ressourceneffizienz müssen endlich zu entscheidungsrelevanten Faktoren bei  
458 der Kraftwerksgenehmigung werden. Wir wollen für neue Kraftwerke einen elektrischen  
459 Mindestwirkungsgrad von 58% gesetzlich festlegen und so den Neubau klimaschädlicher  
460

461 Kohlekraftwerke verhindern. Ineffiziente Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einem  
462 Wirkungsgrad von gerade mal rund 45% wären nicht mehr genehmigungsfähig.  
463 Wir müssen auf EU-Ebene die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass national für den CO<sub>2</sub>-  
464 Ausstoß von Kraftwerken strenge Grenzwerte festgeschrieben werden können. Diese wollen wir  
465 dann auch rechtlich vorschreiben.  
466 Die von der konventionellen Energiewirtschaft propagierte Technik der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und  
467 Speicherung (CCS) ist ein ungedeckter Scheck. Es ist völlig offen, ob CCS sich als  
468 umweltverträglich, wirtschaftlich und langfristig sicher einsetzbar herausstellt. Fragen des  
469 Transportes, des Rechtsrahmens und der Haftung sind zudem noch ungeklärt. Auch  
470 Befürworter der Technik gehen davon aus, dass sie frühestens 2020 wirtschaftlich einsetzbar  
471 wäre. Jetzt neue Kohlekraftwerke zu bauen, ist deshalb klimapolitisch unverantwortlich. Zudem  
472 werden 2020 Erneuerbare Energien viel günstiger als heute zur Verfügung stehen. CCS aber  
473 wird die Kohleverstromung erheblich verteuern, weshalb solche Kraftwerke gegenüber den  
474 Erneuerbaren Energien unwirtschaftlich sein werden. Wer daher mit CCS heute den Bau  
475 schmutziger Kohlekraftwerke rechtfertigt, handelt unverantwortlich und suggeriert eine Lösung  
476 des Klimaproblems, ohne zu wissen, ob sie überhaupt funktioniert.

477

### **100 Prozent erneuerbar werden**

478 Wir wollen die EU vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen. Öl, Gas und Kohle sind keine  
479 Energiequellen der Zukunft. Erstens sind die Rohstoffe endlich und die Verbrennung trägt zur  
480 Erderwärmung bei. Zweitens leiden europäische Volkswirtschaft genau so wie  
481 Verbraucherinnen und Verbraucher unter den Preisexplosionen bei Erdgas und Erdöl. Drittens  
482 kommen Öl und Gas zu einem großen Teil aus Krisenregionen dieser Erde oder aus Ländern, die  
483 ihre Position als Liefermacht machtpolitisch missbrauchen. Diese klima-, sozial-, außen- und  
484 sicherheitspolitischen Gründe zeigen, dass das fossile Zeitalter so schnell wie möglich beendet  
485 werden und die EU konsequent und dauerhaft auf Erneuerbare Energien umsteigen muss. 100  
486 Prozent Erneuerbar ist machbar und notwendig – aber die Wende muss jetzt beginnen – das ist  
487 die energiepolitische Vision, die unser europapolitisches Handeln leitet.

489

### **Gemeinsam für Erneuerbare – ERENE gründen**

490 Wir wollen einen Energie-Mix aus Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie und Wasser. Europa hat  
491 durch seine unterschiedlichen Klimaregionen sowie durch seine geologische Vielfalt das ganze  
492 Spektrum erneuerbarer Energien zu bieten. Dieses hohe Potential wollen wir nutzbar machen.  
493 Dazu wollen wir im Rahmen der EU eine Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE)  
494 gründen. ERENE soll Prioritäten neu setzen und Antriebsmotor für eine moderne und  
495 intelligente Stromerzeugung und -nutzung im 21. Jahrhundert sein.  
496 Wir wollen zusätzlich die Forschung intensivieren. Durch eine gebündelte Anschubfinanzierung  
497 für Stromerzeugung aus Sonne, Wind, Biomasse, Geothermie und Wasserkraft wollen wir den  
498 Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen. ERENE kann aus den Einnahmen des europäischen  
499 Emissionshandels finanziert werden.

501

### **Energieeffizienz steigern**

502 Wir wollen bis zum Jahr 2020 eine Effizienzsteigerung in der EU von mindestens 20 Prozent.  
503 Dazu müssen Forschung und Entwicklung massiv ausgebaut werden und Anreize für Öko-  
504 Innovationen geschaffen werden. Gleichzeitig brauchen die Bürgerinnen und Bürger mehr und  
505 bessere Informationen darüber, wie und wo sie Energie einsparen können. Dazu brauchen wir  
506 die Verbesserung der Verbrauchskennzeichnung von Endgeräten, eine schnellere Anpassung an  
507 technische Innovationen und wirksame europaweite Mindeststandards für Endgeräte  
508 verbunden mit einem Verbot von entbehrlichen oder ineffizienten Stand-By-Schaltungen.  
509 Verbraucherinnen und Verbrauchern kann zum einen durch einen persönlichen Energietest ein  
510 verantwortlicher Umgang mit Energie und Ressourcen im Alltag erleichtert werden, zum  
511

512 | anderen hilft eine Kennzeichnung, die deutlich macht, wie viel CO2 in der Produktionskette für  
513 | jedes Produkt ausgestoßen wurde.

514

#### **Nachhaltige Informationstechnik**

516 | Wir wollen, dass die Informations- und Kommunikationsdienste durch eine  
517 | ressourcenschonende, energieeffiziente und nachhaltige Technik ihren Beitrag zur Reduktion  
518 | von Treibhausgasen leisten. Denn die zunehmende Digitalisierung unseres Lebens führt zu  
519 | einem immer stärkeren Ressourcenverbrauch in diesem Bereich. Besonders das Internet trägt  
520 | mit einem enormen Stromverbrauch zum Klimawandel bei. Zudem fordern wir endlich klare  
521 | Regelungen zum Umgang mit Elektroschrott: Dem globalen Verschieben von elektronischen  
522 | Müllbergen muss politisch der Riegel vorgeschoben werden.

523

#### **Mit dem „Top-Runner-Prinzip“ Innovationen fördern**

525 | Wir wollen das so genannte „Top-Runner-Prinzip“ in der EU durchsetzen und auf möglichst  
526 | viele Produktgruppen anwenden. Japan hat gezeigt, wie dadurch die Industrie zu  
527 | Höchstleistungen angespornt wird: Die jeweils energieeffizientesten Geräte einer Produktklasse  
528 | geben den Maßstab vor, den alle vergleichbaren Produkte innerhalb eines festgelegten  
529 | Zeitraums erreichen müssen.

530

#### **Energie sparen und Gebäude besser sanieren**

532 | Wir wollen die EU-Richtlinien zur Gebäudesanierung und -dämmung weiter entwickeln, denn  
533 | gerade bei Wohngebäuden bietet sich ein riesiges Potential, durch Wärmedämmung den  
534 | Energieverbrauch drastisch zu senken. Dies kommt zugleich der Binnenwirtschaft zugute, denn  
535 | Millionen von Euro fließen nicht länger durch einen notwendigen Import von Öl in die  
536 | erdölexportierenden Länder. Sie kommen statt dessen regionalen Handwerksbetriebe zugute,  
537 | die die nötigen Sanierungsarbeiten ausführen.

538

#### **Mehr regulierten Wettbewerb auf dem Energiemarkt schaffen**

540 | Wir wollen mehr Wettbewerb bei der Energieerzeugung. Der erbitterte Widerstand, den  
541 | Bundeskanzlerin Merkel in Brüssel gegen eine Trennung von Energieerzeugung und -transport  
542 | geleistet hat, zeigte, dass ihr die vier großen deutschen Energieerzeuger mehr am Herzen liegen  
543 | als Verbraucherinnen und Verbraucher und die kleinen und neuen Energieanbieter.  
544 | Einen unregulierten Wettbewerb im Energiemarkt, auf dem die „Großen“ die „Kleinen“  
545 | schlucken, darf es nicht geben. Wir wollen eine möglichst dezentrale Energieproduktion und -  
546 | versorgung. Dafür brauchen wir eine Wettbewerbsbehörde, die faire Marktchancen für alle  
547 | garantiert und auch das öffentliche Interesse in dieser wichtigen Infrastrukturfrage nicht außer  
548 | Acht lässt.

549

#### **Ein europaweites Hochspannungs-Gleichstromübertragungsnetz bauen**

551 | Wir wollen für die Energieversorgung der Zukunft eine zukunftsfähige Infrastruktur: Mit einem  
552 | leistungsfähigen Hochspannungs-Gleichstromübertragungsnetz (HGÜ) kann der Strom nahezu  
553 | verlustfrei über weite Strecken transportiert werden. Das ist eine ideale Voraussetzung, der  
554 | Vielfalt der erneuerbaren Energien in Europa Rechnung zu tragen. Im Zusammenspiel mit  
555 | dezentraler Stromerzeugung vor Ort und einem intelligenten Stromnetz, das Verbrauch und  
556 | Erzeugung aneinander anpasst, erreichen wir so das Ziel, die gesamte Stromerzeugung auf  
557 | erneuerbare Energien umzustellen. Das braucht allerdings ein gemeinsames und koordiniertes  
558 | Vorgehen in Europa! Wir werden uns dafür stark machen, denn vom Ausbau der Infrastruktur  
559 | und von den Investitionen profitiert zugleich Europas Wirtschaft und die Beschäftigung.

560

#### **Energieaußenpolitik neu ausrichten**

562 | Wir wollen einen gerechten Zugang aller Menschen zu Energie zu ermöglichen. Dazu braucht  
563 | es eine weitsichtige europäische Energieaußenpolitik, die Energiequellen und -routen

564 diversifiziert und auf internationale Zusammenarbeit setzt. Eine militärische Absicherung, um die  
565 Versorgung zu gewährleisten, lehnen wir ab. Versorgungssicherheit erreichen wir am besten  
566 durch die Förderung Erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz sowie  
567 multilaterale und regionale Kooperationen. Die bisher zersplitterte Zuständigkeit für die  
568 Energiepolitik innerhalb und außerhalb der Europäischen Union wollen wir beenden und in einer  
569 Zuständigkeit zusammenführen.

570

#### **Historischer Verantwortung gerecht werden**

571 Wir wollen, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf Grundlage ihrer  
572 historischen Verantwortung und ihrer wirtschaftlichen Fähigkeit zur Finanzierung notwendiger  
573 Anpassungs- und Reduktionsmaßnahmen in Entwicklungsländern beitragen. Das Recht auf  
574 Entwicklung muss im Mittelpunkt dieser Politik stehen. Wir unterstützen den Ansatz der  
575 „Greenhouse Development Rights“. Dabei werden die Reichen aller Länder in die  
576 Reduktionsbemühungen einbezogen, während Menschen, die unter einer bestimmten  
577 Wohlstandsgrenze leben, das Recht auf Entwicklung haben. Eine Internationale Agentur für  
578 Erneuerbare Energien (IRENA) soll zusätzlich Industrie- und Entwicklungsländer beim Ausbau  
579 von erneuerbaren Energien beraten und unterstützen.  
580

581

#### **Mobilität braucht neue Wege, nicht neue Straßen**

582 Wir wollen Mobilität zukunftsfähig machen, indem sie bezahlbar, umweltfreundlich, bequem  
583 und intelligent vernetzt wird. Dafür setzen wir auf eine neue Kultur der Mobilität, die  
584 umweltfreundlichen Verkehrsmitteln und ihrer Verknüpfung Vorfahrt gewährt. Leistungsfähige  
585 öffentliche Verkehrsmittel müssen das Rückgrat eines umweltverträglichen Mobilitätssystems  
586 werden, dazu gehören nationale Radverkehrspläne genauso wie saubere Autos der Zukunft.  
587 Aus ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen müssen wir Rad- und Fußverkehr in  
588 unseren Städten mehr Sicherheit und Platz einräumen.  
589 Ein flächendeckendes Bahnnetz, das die Menschen auch in ländlichen Regionen mobil hält und  
590 große Anteile des Güterverkehrs übernimmt, muss Alternativen zu überlasteten Straßen und  
591 wachsendem Flugverkehr bieten. Wir wollen einen leistungsfähigen Öffentlichen  
592 Personennahverkehr, zu dem alle Zugang haben können, und europäische Schienennetze, die  
593 wesentlich mehr Güter und Personen transportieren können als bislang. Eine solche  
594 zukunftsfähige und klimaverträgliche Mobilität kann am Besten den unterschiedlichsten  
595 Mobilitätsbedürfnissen von Frauen und Männern Rechnung tragen.  
596 Beim Ausbau der Transeuropäischen Netze muss Vorfahrt für die Schiene gelten.  
597 Dringend erforderlich ist die Beendigung der Preisverzerrung von Luft-, Schienen, Straßen- und  
598 Schifffahrtsverkehr. Dazu gehört eine europaweite LKW-Maut mit Mindestsätzen, die alle  
599 ökologischen und sozialen Kosten in den Transportpreis einrechnet, die Einbeziehung des  
600 gesamten Flug- und Schiffsverkehrs in den Emissionshandel und eine europaweite  
601 Kerosinbesteuerung verbunden mit der Abschaffung aller Steuerprivilegien im Flugverkehr. Die  
602 Schifffahrt wollen wir dort fördern, wo sie wirtschaftlich Sinn macht und auch ökologisch zu  
603 verantworten ist, insbesondere im Küstenbereich. Überdimensionierte Wasserautobahnen und  
604 die damit verbundene Zerstörung von natürlichen Flusslandschaften wie im Falle der Elbe oder  
605 der Donau lehnen wir ab.  
606

607

#### **CO2-Ausstoß im Autoverkehr senken**

608 Wir wollen eine Abkehr vom Primat des Straßenverkehrs, der schon heute 15 Prozent des CO2  
609 produziert. Die GRÜNE Strategie für umweltfreundlichen Verkehr baut auf  
610 Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und einer nachhaltigen Mobilitätsgestaltung.  
611 Trotzdem machen sich SPD, CDU/CSU und FDP gemeinsam mit der deutschen Autolobby in  
612 Brüssel gegen strengere CO2-Abgaswerte bei Neufahrzeugen stark. Dies entbindet die  
613 Autobauer von Anstrengungen gegen den Klimawandel, wird der europäischen  
614 Automobilindustrie international einen Wettbewerbsnachteil bringen und gefährdet  
615

616 Arbeitsplätze. Gerade angesichts explodierender Energiepreise wird die Nachfrage nach  
617 effizienten Fahrzeugen steigen. Wir GRÜNE fordern daher die Einführung des CO2-Grenzwerts  
618 von 120g/km bereits im Jahr 2012 und darüber hinaus schon heute die Festlegung eines  
619 durchschnittlichen CO2-Grenzwerts von 80g/km für das Jahr 2020. Dies brächte einen  
620 Innovationsschub im Autobau, der sich wirtschaftlich lohnt und der in den Geldbeuteln der  
621 Bürgerinnen und Bürger durch sinkenden Spritverbrauch spürbar wäre. In die gleiche Richtung  
622 wirkt die Durchsetzung der technisch längst mögliche Reduzierung der Sprit-  
623 Verbrauchsmengen. Auch diese scheiterte bisher am Widerstand der Autolobby und ihrem  
624 politischen Arm aus CDU/CSU, SPD und FDP.  
625 Außerdem fordern wir europaweit die Absenkung der zulässigen Geschwindigkeiten – max.  
626 Tempo 120 auf Autobahnen, max. Tempo 80 auf zweispurigen Landstraßen und in der Regel  
627 Tempo 30 in Innenstädten und Wohngebieten – zumal dies etwa 9% CO2-Einsparung mit sich  
628 bringen würde.

629

### **Nachwachsende Rohstoffen nur verantwortungsvoll nutzen**

630 Wir wollen nachwachsende Rohstoffe als eine wichtige Ressource für die Energiegewinnung  
631 fördern. Die Nutzung von Biomasse ist eine Chance, Klimaschutz und Energiesicherheit zu  
632 verbinden mit neuen Impulsen für eine umwelt- und sozialverträgliche ländliche Entwicklung bei  
633 uns und in den Ländern des Südens.  
634

635 Aber wir wollen auch die Schattenseiten dieser energetischen Nutzung berücksichtigen: Ein  
636 ständig steigender Anteil der globalen Agrarinvestitionen und Ackerflächen wird mittlerweile zur  
637 Erzeugung von Treibstoffen verwendet. Das gefährdet die Welternährung. Denn neben der  
638 Nachfrage nach Treibstoffen wächst auch die Nachfrage nach Futtermitteln und  
639 Nahrungsmitteln. Gerade in den Schwellenländern entsteht eine gefährliche Konkurrenz um  
640 Land und Wasser. Tropische Wälder werden abgeholzt und Savannen beackert, mit zum Teil  
641 irreversiblen Schäden.

642 Um den Energiehunger der Reichen zu befriedigen gehen internationale Energiekonzerne oft  
643 skrupellos gegen die einheimische Bevölkerung vor. Millionen Menschen laufen Gefahr, von  
644 ihrem Land vertrieben zu werden und damit Einkommen und Lebensgrundlage zu verlieren.

645 Für uns ist der Grundsatz „Nahrungsmittel zuerst“ (Food first) oberstes Gebot. Der  
646 Pflanzentreibstoff-Boom darf nicht die globale Ernährungssicherheit gefährden und den Hunger  
647 in der Welt verstärken.

648 Wir wollen unterstützend nur diejenigen Energieunternehmen fördern, die in ökologisch und  
649 sozial tragfähige und dezentrale Energieerzeugungssysteme investieren. Es bringt nichts, den  
650 überhöhten Konsum von Mineralsprit bei Verkehr und Agrarindustrie durch Pflanzensprit zu  
651 ersetzen oder zu ergänzen. Nur eine Strategie, die auf Effizienz, Einsparung und nachhaltige  
652 Nutzung nachwachsender Rohstoffe setzt, kann zum Erfolg führen.

653

### **Nachhaltige Standards bei der Erzeugung**

654 Wir wollen klare ökologische und soziale Standards für den Anbau von Nachwachsenden  
655 Rohstoffen. Die meisten Zertifizierungssysteme für Rohstoffe sind derzeit nicht verlässlich,  
656 Nachhaltigkeit im Anbau ist nicht gewährleistet. Deshalb brauchen wir dringend eine  
657 international anerkannte Folgenabschätzung für den Energiepflanzenanbau im Hinblick auf die  
658 globale Ernährungssicherung, die Erhaltung der Biodiversität, insbesondere der ökologisch  
659 sensiblen Regionen und der Regenwälder. Werden die Zertifizierungssysteme nicht erfüllt,  
660 sprechen wir uns eindeutig gegen die Produktion sowie den Import in die EU aus.

661 Neben anspruchsvollen Standards bei der Bioenergie-Erzeugung wollen wir drohende  
662 Zielkonflikte auch durch ergänzende Maßnahmen entschärfen. So setzen wir uns für neue,  
663 innovative Finanzierungsinstrumente zur Stärkung des Regenwaldschutzes ein und für eine  
664 Stärkung des europäischen Naturschutzrechts. Durch die Ausweitung der öffentlichen  
665 Entwicklungshilfe auf mindestens 0,7% des Bruttoinlandprodukts wollen wir unseren Beitrag  
666 zur Bekämpfung des Hungerproblems leisten.  
667

668

669  
670  
671  
672  
673  
674  
675  
676  
677  
678  
679  
680  
681

**Abfälle nutzen, statt Regenwälder zerstören**

Wir wollen keine Konkurrenz zwischen Nahrungs- und Energieproduktion: Essen auf dem Teller hat Vorrang vor Sprit im Tank. Die landwirtschaftliche Produktion darf nicht zur Zerstörung der Regenwälder und dem Verlust der Artenvielfalt führen.

Weil die Flächen, die zum nachhaltigen Anbau von Bioenergien zur Verfügung stehen, begrenzt sind, spielt Effizienz bei der Erzeugung und Nutzung eine entscheidende Rolle. Wir setzen deshalb verstärkt auf Ganzpflanzennutzung, Kaskadennutzung sowie die Erzeugung von Biogas statt weniger effizienter Flüssigtreibstoffe. Wir wollen vorrangig das energetische Potential nutzen, das Reststoffe und Abfälle etwa aus der Ernährungs- und Landwirtschaft bieten, sowie die Energiegewinnung aus Kläranlagen, Deponien und Grubengas.



## 681 **II. Umwelt und VerbraucherInnen schützen: Der GRÜNE Weg für** 682 **ökologische Erneuerung und gesundes Leben**

683  
684 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Umwelt- und Verbraucherschutz eine  
685 Querschnittsaufgabe. Wir verstehen darunter den Natur- und Artenschutz genau so wie die  
686 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Verkehr, Klimaschutz und Energie. Umwelt- und  
687 Verbraucherschutz müssen in alle Bereiche wirken. Produktion und Verbrauch müssen so  
688 gestaltet werden, dass sie nicht heute die Lebenschancen von morgen zerstören. Wir wollen auf  
689 europäischer Ebene vorausschauend handeln, denn wir wollen unseren Kindern eine  
690 lebenswerte Welt mit vielen Entfaltungschancen hinterlassen und auch übermorgen noch  
691 erfolgreich sein. Deshalb setzen wir auf eine Politik, die den Gedanken der Nachhaltigkeit ernst  
692 nimmt und kein bloßer Reparaturbetrieb ist.

693  
694 Unsere Umwelt ist nicht nur vom Klimawandel bedroht: Rohstoffe werden oft ohne Rücksicht  
695 auf den Ressourcenschutz abgebaut, Flächen werden versiegelt und jeden Tag stirbt ein Stück  
696 Natur. Luft, Wasser und Boden sind in Europa nach wie vor durch die Art und Weise, wie wir  
697 produzieren und verbrauchen, Landwirtschaft betreiben und unsere Mobilität organisieren,  
698 belastet – oftmals befeuert durch eine falsche EU-Politik. Der schleichende und unbemerkte  
699 Verlust von Arten von Tieren, Pflanzen und anderen Organismen ist eine globale Katastrophe,  
700 die irreversible Schäden erzeugt. Denn verlorengegangene Arten und Biotope kommen nicht  
701 wieder. Und die Auswirkungen dieser Verluste betreffen uns alle. Erst die Vielfalt der Natur  
702 macht unsere Erde zu diesem einzigartigen Lebensraum. Wir wollen diesen Negativ-Trend  
703 aufhalten und umkehren. Denn der Schutz der Natur und die Bewahrung unserer  
704 Lebensgrundlagen leiten unser politisches Handeln.

705  
706 Unsere Politik der Nachhaltigkeit stellt den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern ins  
707 Zentrum. Denn steigende Umweltbelastungen machen Menschen krank. BÜNDNIS 90 / DIE  
708 GRÜNEN stehen für eine Politik, die die Gesundheit schützt und diese gegen jedwede Attacken  
709 von Lobbygruppen verteidigt. Die Nachfrage nach gesunden Lebensmitteln und ökologisch  
710 verträglichen Produkten gibt uns Recht: Die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher  
711 will weder Gentechnik noch Chemie auf dem Teller. Dies ist nur eine der Herausforderungen,  
712 denen eine reformierte europäische Agrarpolitik Rechnung tragen muss. Der Klimawandel und  
713 die weltweite Verknappung der Rohstoffe, des fruchtbaren Ackerlandes und des Wassers  
714 verlangen eine umgehende und weitreichende Neuausrichtung. Trotz Reformen steht die EU-  
715 Agrarpolitik weiterhin für eine Industrialisierung der Landwirtschaft. Quälerische  
716 Massentierhaltung, Monokulturen und der Einsatz von Pestiziden sind dabei immer noch die  
717 Regel. Hinzu kommt eine gigantische Wasser- und Flächenverschwendung, die auch  
718 hervorgerufen wird durch den übermäßigen Fleischkonsum.

719  
720 Vor allem Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern leiden unter den Folgen dieser  
721 falschen Politik und die Zahl der Umweltflüchtlinge nimmt täglich zu. Gleichzeitig werden die  
722 Kosten für die Naturzerstörung in das Gesundheitswesen verlagert und belasten zukünftige  
723 Generationen. Unterstützt von der „großen Koalition“ im Europäischen Parlament werden  
724 umweltschonende Wirtschaftsweisen wie der ökologischen Landbau und die artgerechte  
725 Tierhaltung in Nischen gedrängt.

726  
727 Weil die EU inzwischen rund 80 Prozent aller umweltpolitischen Regelungen in Deutschland  
728 bestimmt, muss es weiterhin starke GRÜNE geben, die im Interessen von Umwelt,  
729 Verbraucherinnen und Verbrauchern Politik machen. Die EU hat sich in der Vergangenheit  
730 immer auch als Impulsgeber erwiesen und zum Teil Regelungen erlassen, die über Standards  
731 ihrer Mitgliedstaaten lagen. Immer wieder war es das Europäische Parlament, das – oft auf  
732 Initiative der GRÜNEN Fraktion – für die fortschrittlichen und weitergehenden Regelungen in  
733 der Umweltpolitik gegenüber Europäischem Rat und der Europäischen Kommission gekämpft

734 hat. Ohne uns GRÜNE gäbe es beispielsweise kein Verbot von krebserregenden- oder  
735 erbgutschädigenden Pestiziden in der Landwirtschaft.

736

737 Der Schutz von Natur und menschlicher Gesundheit ist keine überflüssige Bürokratie, wie der  
738 europäische Bürokratieabbaupolizist Edmund Stoiber weismachen will. Wir setzen Umwelt und  
739 Verbraucherschutz nicht gegen die Wirtschaft, sondern verankern beides als Querschnittsthema  
740 in den EU-Politiken:

741

#### 742 **Natur schützen, biologische Vielfalt erhalten**

743 Wir wollen die Natur und die biologische Vielfalt schützen. In der öffentlichen Debatte spielt der  
744 Verlust der biologischen Vielfalt kaum eine Rolle, dabei geschieht er vor unseren Augen: In  
745 Europa sind bis zu 24 Prozent aller Schmetterlinge, Vögel und Säugetiere bereits ausgestorben,  
746 jeden Tag sterben weltweit 150 Arten aus. Entlang den Zielen der UN-Konvention über  
747 Biologische Vielfalt (CBD) unterstützen wir GRÜNE aus vollen Kräften den Schutz der  
748 biologischen Vielfalt um ihrer selbst willen, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und ihrer  
749 Lebensgrundlagen sowie die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung genetischer  
750 Ressourcen. Eine intakte Umwelt ist für uns Lebensgrundlage und hat einen nicht zu  
751 beziffernden Nutzen und Wert. Wir stehen für eine Politik und für eine gesellschaftliche  
752 Haltung, die Schutz und nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen vereint.  
753 Einseitige Maßnahmen, die sich nur auf den Schutz einer gesonderten Art beziehen, greifen zu  
754 kurz. Wir fordern deshalb die Integration des Biodiversitätsschutzes in alle Politikbereiche. Dazu  
755 ist ein systematischer Ansatz notwendig. Es gilt, Biodiversitätspolitik als Querschnittsaufgabe zu  
756 verstehen und konsequent umzusetzen.

757 Fast 20 Prozent der Gesamtfläche der Europäischen Union sind heute sogenannte Natura 2000-  
758 Gebiete. Das bedeutet, dass wir ein europäisches Schutzgebiet haben, das rund 900 000 km<sup>2</sup>  
759 groß ist – eine gute Voraussetzung, den Verlust von Biodiversität aufzuhalten, aber nur der  
760 Anfang einer europäischen Politik zum Schutz der Natur. Das Natura 2000-Netzwerk alleine  
761 kann den Rückgang der biologischen Vielfalt nicht aufhalten. Den Schutz biologischer Vielfalt  
762 als Querschnittsaufgabe begreifen, heißt auch, dass außerhalb der gekennzeichneten  
763 Schutzgebiete die biologische Vielfalt erhalten bleibt.

764

#### 765 **Europa braucht mehr Verbraucherschutz**

766 Wir wollen gut informierte und selbstbestimmte Verbraucherinnen und Verbraucher. Denn nur  
767 wenn die Menschen über ihre Rechte informiert sind und ausreichende Kompetenzen und  
768 Informationen haben, können sie ihre täglich zu treffenden Konsumententscheidungen umwelt-  
769 und sozialverträglich gestalten. Unser Ziel ist es, damit eine Entwicklung zu unterstützen, die  
770 unsere Lebensgrundlagen dauerhaft erhält und mehr Lebensqualität für alle sichert. Der  
771 Klimawandel und das Artensterben machen genau so wie die zunehmende Verarmung eines  
772 großen Teils der Weltbevölkerung deutlich: Wir müssen anders essen, anders reisen und Energie  
773 anders erzeugen bzw. verbrauchen.

774 Neue Konsummuster und verändertes Konsumverhalten für mehr globale ökologische und  
775 soziale Gerechtigkeit brauchen politische Unterstützung. Wir wollen die Menschen vor  
776 Gefahren schützen, gleichzeitig stehen besonders die Schwächeren, die eines besonderen  
777 Schutzes bedürfen, im Mittelpunkt.

778 Die EU-Kommission muss deshalb eine neue Richtung einschlagen: Mit ihrem  
779 Richtlinienentwurf zur Vereinheitlichung des europäischen Verbraucherrechts macht sie den  
780 nationalen Verbraucherschutz zum Opfer der europäischen Harmonisierung. Die EU-  
781 Kommission will mit einem einheitlichen Verbraucherrecht den grenzüberschreitenden Handel  
782 befördern. Aber dieser Preis für den Europäischen Binnenmarkt, den die Verbraucherinnen und  
783 Verbraucher zahlen müssen, ist für uns GRÜNE zu hoch. Gefragt sind das Europäische  
784 Parlament und der Europäische Rat, damit die Harmonisierung des Verbraucherrechts nicht zu  
785 einer Gleichmacherei auf kleinstem gemeinsamen Nenner wird.

786

787  
788  
789  
790  
791  
792  
793  
794  
795  
796  
797  
798  
799  
800  
801  
802  
803  
804  
805  
806  
807  
808  
809  
810  
811  
812  
813  
814  
815  
816  
817  
818  
819  
820  
821  
822  
823  
824  
825  
826  
827  
828  
829  
830  
831  
832  
833  
834  
835  
836  
837  
838  
839

### **Umweltrecht umsetzen, Verbandsklagerecht einführen**

Wir wollen ein Verbandsklagerecht in der EU, damit nicht mehr nur Einzelbürgerinnen und -bürger gegen Versäumnisse auf nationaler oder lokaler Ebene klagen können, wie es erfolgreich im Falle der Klage gegen die Feinstaubbelastung in München der Fall war. In den vergangenen Jahren haben auf europäischer Ebene zahlreiche Gesetzgebungsverfahren, gerade auf Druck der GRÜNEN, zu erheblichen Verbesserungen geführt. Auf nationaler Ebene fehlt jedoch bis heute in vielen Fällen die Umsetzung.

### **Landwirtschaft am Klimaschutz ausrichten**

Wir wollen eine zukunftsfähige europäische Agrarpolitik, die auf einer nachhaltigen Wirtschafts- und Ernährungsweise basiert. EU-Mittel sollen nicht nach vergangenen Ernteerträgen bemessen, sondern im Rahmen eines transparenten Verfahrens an nachhaltig wirtschaftende Betriebe vergeben werden. Diese Ziele („Targeting“) orientieren sich an gelungener ökologischer Praxis, der Schaffung von Arbeitsplätzen und an Innovation im Klimaschutz. Wir wollen Europas Landwirtschaft nachhaltig verändern und eine umwelt- und naturgerechte Anbauweise sowie eine artgerechte Tierhaltung etablieren. Gleichzeitig wollen wir mit einem Klimabonus herausragende Leistungen bei klimaverträglicher Bewirtschaftung oder Ökolandbau vergüten. Die für die Gewährung der Prämien einzuhaltenden Verpflichtungen (Cross Compliance) wollen wir noch weiter ausbauen. Direkte Zahlungen an Landwirte aus dem EU-Haushalt müssen auf eine Basishilfe abgesenkt werden.

### **Radikaler Umbau des EU-Agrarhaushalts**

Wir wollen mit europäischen Mitteln den ökologischen Landbau, eine nachhaltige ländliche Wirtschaft und den Einstieg in eine ausgewogene Ernährungspolitik fördern. Es kann nicht sein, dass Milliarden Euro an Konzerne wie RWE für die Renaturierung ihrer Abraumhalden oder an Nestlé für den Export von Milchpulver verschwendet werden. Für den Umbau brauchen wir vor allem mehr demokratische Mitbestimmung, weshalb wir europäische Bottom-Up-Fördermethoden wie LEADER und URBACT stärken wollen. Mit ihnen werden lokale Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung in ländlichen Regionen zwischen Gemeinden, mittelständischen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen unterstützt.

### **Parlamentarische Kontrolle und Transparenz in der Agrarpolitik**

Wir wollen mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten und die damit verbundene Transparenz, um den notwendigen Umbau von einer agrarindustriellen zu einer nachhaltigen Ernährungswirtschaft Wirklichkeit werden zu lassen. Für mehr demokratische Rechte in der Agrarpolitik braucht es das Europäische Parlament und den Reformvertrag von Lissabon. Solange dieser nicht ratifiziert ist, gibt es keine parlamentarische Mitentscheidung und die nationalen Regierungen können weiter hinter verschlossenen Türen klüngeln.

### **Böden schützen, nicht belasten**

Wir wollen eine europäische Richtlinie für Bodenschutz, die ihren Namen auch verdient. Es braucht eine europäische Antwort auf die zunehmende Verschlechterung der Bodenqualität, denn alle EU-Mitgliedstaaten haben das selbe Problem durch Verschmutzung, Überdüngung und Auslaugung. Gute Bodenqualität braucht einheitliche und hohe Standards in ganz Europa. In der zurückliegenden Wahlperiode ist die Verabschiedung europaweiter Schutzregelungen vor allem am massiven Widerstand aus Deutschland gescheitert. Die schwarz-rote Bundesregierung hat die Interessen von Bauernverbänden und Bodenspekulanten geschützt, aber nicht die Böden.

### **Kampf gegen Pestizide**

Wir wollen ein Konzept zur sicheren Festlegung von Obergrenzen für Pestizidrückstände in Nahrungsmitteln. Dabei muss die inzwischen übliche Mehrfachbelastung mit unterschiedlichen Pestizidrückständen endlich berücksichtigt werden. Kinder und sensible Personengruppen

840 müssen zum Maßstab werden, wenn die EU Rückstandshöchstmengen von Pestiziden in  
841 Nahrungsmitteln festlegt. Wir wollen, dass die EU eine aktivere Rolle übernimmt, wenn es  
842 darum geht, die Menschen vor gefährlichen Pestiziden zu schützen: Gefährliche Pestizide  
843 müssen ganz klar verboten werden!

844

#### **Gesunde Lebensmittel für alle**

845 Wir wollen gesunde Ernährung durch eine Kennzeichnung in den Ampelfarben rot-gelb-grün  
846 EU-weit sichtbar machen. Rot bedeutet dabei, dass ein Produkt viel Zucker, Fett oder Salz  
847 enthält. Bei Grün können Sie hingegen bedenkenlos zugreifen.

848  
849 Gesunde Lebensmittel für alle bedeutet auch, dass diese für alle bezahlbar sind und  
850 selbstverständlicher Bestandteil beim Nahrungsmittelangebot beispielsweise in Schulen und  
851 Kindergärten werden.

852

#### **Agro-Gentechnik ist nicht verantwortbar**

853 Wir wollen eine klare Gen-Kennzeichnung. Denn die Verbraucherinnen und Verbraucher haben  
854 das Recht zu wissen, was auf ihrem Teller liegt. Das gilt auch für Produkte wie Milch oder Käse:  
855 Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wissen, ob diese von Tieren stammen, die mit  
856 gentechnisch verändertem Futter gefüttert wurden.

857  
858 Wir halten deshalb an einem Einfuhrverbot und der Nulltoleranz für in der EU nicht zugelassene  
859 gentechnische Organismen fest. Außerdem fordern wir ein EU-weites Verbot für Gentech-  
860 Pflanzen, die Mensch, Umwelt und gentechnikfreie Produktionen gefährden wie der Gentech-  
861 Mais MON 810, der ein Insektengift in der gesamten Pflanze produziert. Die WTO-Regeln  
862 müssen den Wünschen und Bedürfnissen von Verbraucherinnen und Verbrauchern nach dem  
863 Schutz vor Gentechnik Rechnung tragen.

864 Gentechnik ist ein Geschäft – nicht für die Menschen, sondern für eine paar  
865 Wirtschaftsunternehmen, die in gentechnisch veränderte Organismen und Biotechnologie  
866 investiert haben. Nur fünf Unternehmen – Astra-Zeneca, DuPont, Monsanto, Novartis und  
867 Arventis – teilen sich beinahe den gesamten Markt für gentechnisch verändertes Saatgut. Die  
868 selben Firmen kontrollieren etwa 60 % des Weltmarkts für Pestizide.

869 Das europäische Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Lebensmittel muss verändert  
870 werden: die Bedenken der nationalen Behörden und unabhängiger Expertinnen und Experten  
871 müssen stärker Berücksichtigung finden. Bei der Risikoprüfung müssen die Interessen der  
872 gentechnikfreien Landwirtschaft sowie Umwelt- und Verbraucherinteressen stärker einbezogen  
873 und Interessenverflechtungen zwischen Prüfbehörden und der Agro-Gentechnik-Industrie  
874 offengelegt und beseitigt werden.

875 Wir wollen die Rechte der europäischen Regionen stärken, sich gegen die Anwendung und  
876 Verbreitung bestimmter Technologien wie der Agro-Gentechnik zu entscheiden. Wir  
877 unterstützen daher die Bürgerbewegung der Gentechnik-(GVO) freien Regionen.

878

#### **Überarbeitung der Biopatentrichtlinie**

880 Wir wollen der Patenterteilungspraxis des Europäischen Patentamtes (EPA) endlich Grenzen  
881 setzen und fordern die Überarbeitung der umstrittenen und veralteten EU-Biopatent-Richtlinie.  
882 Denn auf dieser Grundlage erteilt das Europäische Patentamt seine Patente und nutzt dabei  
883 Schlupflöcher, wie für die Patenterteilung auf biologische Züchtungsverfahren. Diese  
884 Schlupflöcher müssen dringend geschlossen werden. Auch muss auf europäischer Ebene das  
885 Forschungsprivileg der Züchter eindeutig verankert werden.

886

#### **Energieverschwendung in der Ernährungswirtschaft stoppen**

887 Wir wollen die ungeheure Verschwendung in der europäischen Ernährungswirtschaft von drei  
888 Seiten bekämpfen: Abbau der Abhängigkeit von Öl und Chemie durch Ausbau der Sonnen-  
889 und Bioenergien aus Reststoffen und Nebenproduktion vor Ort; kurze Wege für Lebensmittel  
890 und offensive Bildungs- und Forschungsarbeit für eine ausgewogene Ernährung. Die  
891 Energieverschwendung, die in der übermäßigen Fleischerzeugung steckt, wollen wir durch  
892

893 gezielte Anforderungen an Stallbau und Fütterung sowie Fördermaßnahmen für ein  
894 ausgewogenes Verhältnis von Pflanzenerzeugung und Tierhaltung abbauen. Ein gesundes  
895 Verhältnis zur richtigen Ernährung, vor allem von Kindern, wollen wir durch verstärkte  
896 Bildungsarbeit an Kindergärten, Schulen und in den Medien fördern. Forschung für eine  
897 nachhaltige Ernährungssicherung soll sich statt auf Gentechnik und Chemie auf die Anpassung  
898 ökologischer Bewirtschaftung an die Herausforderungen des Klimawandels konzentrieren.  
899

#### **Eine ausgewogene Meerespolitik vorantreiben**

900 Wir wollen die Ausweisung von mindestens 10 % der europäischen Küsten- und  
901 Hochseegewässer als besondere Meeresschutzgebiete. Die EU-Kommission hat den Stellenwert  
902 einer strategischen Meerespolitik erkannt und in diesem Kontext seit 2006 neue Initiativen  
903 angestoßen. Neben den wirtschaftlichen Möglichkeiten sehen wir aber auch die ökologischen  
904 Risiken einer industrialisierten Meerespolitik. Gerade weil die Meere so ein sensibles Ökosystem  
905 sind, brauchen sie besonderen Schutz. Auch die Schifffahrt kann zur Meeressicherheit noch  
906 ihren Beitrag leisten. Im Rahmen einer ökologischen Hafenpolitik und höherer Standards für die  
907 Schifffahrt können wirtschaftliche und ökologischen Interessen zu einer nachhaltigen  
908 Nutzung der Meere noch intelligenter verbunden werden.  
909

#### **Fischereipolitik endlich reformieren**

910  
911 Wir wollen die für 2012 erwartete Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik nutzen, um die  
912 gesamte Fischereipolitik einer Neubewertung zu unterziehen. Um die Fischbestände innerhalb  
913 der EU-Gewässer zu sichern und eine nachhaltige Bewirtschaftung zu gewährleisten, fordern wir  
914 GRÜNE die schrittweise Umsetzung eines Rückwurfverbots für Beifänge. Dies würde einen  
915 ökonomischen Anreiz schaffen, Beifänge zu vermeiden. Außerdem wollen wir die Größe der  
916 Fangflotten den Fangmöglichkeiten anpassen. Die Festlegung der Fangobergrenzen muss allein  
917 auf Grundlage wissenschaftlich-ökologischer Kriterien erfolgen. Insgesamt müssen die meisten  
918 Fangquoten über längere Zeit deutlich gesenkt werden, um einen Kollaps der Meere zu  
919 verhindern. Parallel dazu wollen wir ein nachhaltiges Fischereimanagement aufbauen, in dem  
920 ein Teil der Fangrechte versteigert wird und die Fischerinnen und Fischer Eigenverantwortung  
921 für die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände übernehmen.  
922

#### **Parlamentarische Mitsprache in der Fischereipolitik stärken**

923  
924 Wir wollen die Einbindung des Europäischen Parlaments sowohl bei der Festlegung der  
925 Gesamtfangmengen wie auch der Ausgestaltung der EU-Fischereifonds. Immerhin ist es uns  
926 2007 und 2008 im Rahmen der von uns GRÜNEN verantworteten Berichte im Europäischen  
927 Parlament gelungen, das ganze Parlament für ein scharfes Vorgehen gegen das  
928 unverantwortliche Rückwerfen des Beifangs zu mobilisieren. Zudem haben wir das Entstehen  
929 der Regeln im Kampf gegen das illegale, unregulierte und ungemeldete Fischen aktiv  
930 unterstützt und werden uns dafür einsetzen, dass sie national auch umgesetzt werden.  
931

#### **Tiere schützen**

932  
933 Wir wollen eine EU, die sich besonders für den Tierschutz einsetzt. Schon heute haben wir viel  
934 erreicht: Ab 2012 werden Legebatterien verboten sein, es gibt europäische Mindeststandards  
935 für den Tiertransport und den Schutz von Nutztieren und ein Handelsverbot für Hunde- und  
936 Katzenfelle. Dennoch bleibt viel zu tun. Sowohl bei Nutz- als auch bei Heimtieren ist die EU  
937 noch weit von den Zielen des EU-Tierschutz-Aktionsplans entfernt. Des Weiteren gibt es noch  
938 immer kein europaweites Importverbot für Robbenprodukte. Wir wollen Tiermehl in  
939 Futtermittel generell verbieten und die Entwicklungen bei der Seuchenprävention vorantreiben.  
940 Tierquälerei Methoden bei der Jagd und bei Wettkämpfen müssen verboten werden. Unser  
941 Ziel muss es dabei sein, den Tierschutz als wichtiges Element europäischer Politik dauerhaft zu  
942 verankern.  
943  
944

945  
946  
947  
948  
949  
950  
951  
952  
953  
954  
955  
956  
957  
958  
959  
960  
961  
962  
963  
964  
965  
966  
967  
968  
969  
970  
971  
972  
973  
974  
975  
976  
977  
978  
979  
980  
981  
982  
983  
984  
985  
986  
987  
988  
989  
990  
991  
992  
993  
994  
995  
996

### **Tierversuche überflüssig machen**

Wir wollen die Erforschung von Alternativmethoden zu Tierversuchen finanziell stärker fördern. Dazu bedarf es einer Europäische Datenbank, in der alle Tierversuche dokumentiert werden müssen. Nur so können wir die längst überfällige Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher garantiert. Denn diese müssen sich informieren können, wie viele Versuche und zu welchem Zweck diese durchgeführt werden. Nur so können sich Verbraucherinnen und Verbraucher für Produkte entscheiden, die garantiert ohne Tierversuche auskommen.

### **Mehr internationale ökologische Gerechtigkeit**

Wir wollen einen internationale Umweltschutz, der sich nicht allein auf Verträge und Abkommen beschränkt. Die EU muss auf internationaler Ebene einen aktiven Beitrag zur ökologischen Gerechtigkeit leisten, indem Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, ihre Ressourcen zu schonen und ihre Wirtschaft zu entwickeln. Denn so, wie viele Umweltprobleme nicht mehr national sondern nur noch europäisch zu bewältigen sind, kann auch die EU nicht alles alleine lösen. Effektiver Umweltschutz hat immer eine globale Perspektive: Ob es um heimlich verkappten Giftmüll in den Ozeanen geht, der über den Fisch wieder auf unserem Speiseteller landet oder darum, dass Europas ausgedienter Wohlstands-Elektroschrott in den Küstenstaaten Asiens oder Afrikas entsorgt wird und dort Menschen krank macht. Der EU fällt dabei eine besondere Verantwortung zu, denn die EU kann in internationale Verhandlungen viel Gewicht einbringen.

Dazu gehört für uns eine bessere Kohärenz der Agrarförderung mit den internationalen Abkommen wie dem „Menschenrecht auf Nahrung“, den Millenniumsentwicklungszielen, den Klimaschutzziele, dem Kyoto-Protokoll, den Biodiversitätsabkommen und den Abkommen der Welthandelsorganisation.

Fischerei-Abkommen mit Drittstaaten stehen wir ablehnend gegenüber. Denn es kann nicht sein, dass diese Abkommen wie bisher vor allem die Überkapazitäten der EU-Fangflotten quersubventionieren und gleichzeitig die Fanggründe der örtlichen Fischerinnen und Fischer durch industrialisierte europäische Fischereiflotten leer gefischt werden.

### **Recht auf Nahrung umsetzen**

Wir wollen bei der anstehende Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) die europäische Landwirtschaft ökologisch und sozial gerecht gestalten.

Für uns ist dieser Umbau vor allem auch eine moralische Verpflichtung, denn weltweit hungern mehr als 850 Millionen Menschen. Die Umsetzung der Millenniumserklärung muss zu einer Grundlage internationaler Politik werden. Danach wollen wir die Zahl der hungernden Menschen bis zum Jahr 2015 halbieren. Der Anbau von Agrar-Kraftstoffen darf nicht als alleinige Begründung herhalten, dass er der Lebensmittelproduktion den Boden entziehe. Für uns GRÜNE ist richtig, dass die Nutzung pflanzlicher Rohstoffe für die Kraftstofferzeugung unter keinen Umständen zu Lasten der Nahrungsmittelsicherheit gehen darf. Aber wir vergessen nicht die jahrzehntelangen falsche Landwirtschafts- und Welthandelspolitik. Denn die Ursachen der Lebensmittelkrise liegen vor allem in der wachsenden Nachfrage nach Fleisch- und Milchprodukten. So werden auf rund einem Drittel der genutzten Agrarflächen Futtermittel für die Massentierhaltung angebaut. Verantwortung tragen vor allem Europa und die USA. Sie haben die Entwicklungsländer jahrelang gedrängt, Futtermittel für den Export statt Lebensmittel für den eigenen Bedarf zu produzieren. Wir fordern deshalb, dass die internationale Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft vor allem die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die Eigenversorgung im Süden stärkt.

Zusätzlich dürfen Spekulationsgewinne die Preissteigerungen nicht länger anheizen. Diesen menschenverachtenden Geschäften muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden.

Unsere Maxime für einen nachhaltigen Konsum heißt aber auch, mit weniger Fleisch- und Milchprodukten auszukommen – und auf regionale wie saisonale Produktion zu achten.

### 997 **III. Sozialer Binnenmarkt. Der GRÜNE Weg für gesellschaftlichen** 998 **Zusammenhalt** 999

1000

1001 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: Wenn Unternehmen und Finanzakteure europäisch und  
1002 global handeln, müssen auch die Rechte von ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen  
1003 grenzüberschreitend garantiert werden. Europa ist kein Projekt der Wirtschaftseliten, sondern  
1004 muss ein Soziales Europa für die Bürgerinnen und Bürger sein, in dem die Regeln des  
1005 Binnenmarktes und das europäische Wettbewerbsrecht dort seine Grenzen finden, wo sie  
1006 soziale Rechte und Grundrechte einschränken oder gar in Frage stellen. Unser Ziel ist es, die  
1007 Abwärtsspirale zu durchbrechen und soziale Sicherheit auch europäisch durchzubuchstabieren.  
1008 Wir GRÜNE setzen uns daher für einen europäischen Sozialpakt ein und wir stehen für eine  
1009 Politik, die dazu beiträgt, die bestehende wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen und  
1010 innerhalb der europäischen Mitgliedsstaaten zu überwinden.

1011

1012 Der freie Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sind zum Motor der europäischen  
1013 Integration geworden und auch die Freizügigkeit von Personen, lange ein Stiefkind des  
1014 Integrationsprozesses, ist inzwischen zumindest für Westeuropa Normalität. Das hat viel  
1015 Dynamik gebracht und ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Die EU ist  
1016 aber nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine Solidargemeinschaft. Immer  
1017 noch ist das Wohlstandsgefälle innerhalb der Europäischen Union groß. Frauen sind davon nach  
1018 wie vor besonders stark betroffen. Weiterhin gilt: auch in Europa findet Sozialabbau statt, der  
1019 insbesondere die Ärmsten trifft und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter  
1020 auseinander gehen lässt und Ungleichheit verstärkt. Und das, obwohl die EU gut ein Drittel  
1021 ihrer finanziellen Mittel für ihre Strukturpolitik ausgibt. Mit verschiedenen Programmen,  
1022 insbesondere im Rahmen des Europäischen Sozialfonds, finanziert die EU eine Vielzahl von  
1023 Projekten zur Ausbildungsunterstützung und zur Eingliederung benachteiligter Personen in den  
1024 Arbeitsmarkt.

1025

1026 Die wirtschaftliche Dynamik eines größer werdenden Binnenmarktes der zugleich immer  
1027 integrierter wird, hat allerdings auch einen Preis, vor dem wir die Augen nicht verschließen  
1028 dürfen. Kapital ist mobiler denn je. Es strömt dahin, wo die Rendite stimmt. Europaweit  
1029 agierende Unternehmen können nationale Standorte gegeneinander ausspielen und von  
1030 unterschiedlichen Steuersystemen und arbeitsrechtlichen Standards profitieren. Das hat  
1031 gravierende Folgen für die Systeme sozialer Sicherheit, denn arbeitsrechtliche Standards  
1032 kommen ebenso unter Druck wie ihre Finanzierungsbasis. Die Mitgliedstaaten tun zwar so, als  
1033 ob sie Herren über ihre Steuer- und Sozialpolitik sind und weigern sich Kompetenzen an die  
1034 europäische Ebene abzugeben, aber faktisch haben sie viel Handlungsspielraum bereits  
1035 bereitwillig abgetreten – allerdings an den Markt und seine vermeintlichen Sachzwänge.

1036

1037 Wie im Vertrag von Lissabon vorgesehen wollen wir im Binnenmarktrecht, das Bekenntnis zum  
1038 sozialen Schutz und für soziale Grundrechte verankern, die Gestaltungshoheit von Kommunen  
1039 bei der Daseinsvorsorge stärken, was auch eine angemessene finanzielle Ausstattung beinhaltet,  
1040 ökologische und soziale Kriterien für die öffentliche Vergabe verbindlich machen und vor allem  
1041 soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards auf europäischer Ebene sichern und ausbauen.  
1042 Ein gutes Beispiel für aktive europäische Sozialpolitik und die Notwendigkeit europäischer  
1043 Mindeststandards sind die vier Antidiskriminierungsrichtlinien der EU. Sie haben dafür gesorgt,  
1044 dass es in Deutschland mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) endlich ein  
1045 explizites Recht auf Schutz vor Diskriminierung gibt. Wir Grüne haben dafür gesorgt, dass sich  
1046 dieses Recht nicht nur an den europäischen Mindestanforderungen orientiert, sondern einen  
1047 umfassenden Schutz vor Diskriminierung im Beruf und Alltag unabhängig vom Geschlecht, der  
1048 ethnischen Herkunft, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, der sexuellen  
1049 Orientierung oder des Alters bietet.

1050 CDU/CSU und FDP nutzen hingegen das Europaparlament, die Kommission und den  
1051 Ministerrat dazu, soziale Rechte und Arbeitnehmerrechte auszuhöhlen – z.B. über ihre radikale  
1052 Interpretation der sogenannten Dienstleistungsfreiheit. Die jüngeren Urteile des Europäischen  
1053 Gerichtshofes zum Verhältnis der Dienstleistungsfreiheit und den sozialen Grundrechten, wie  
1054 Streikrecht, nationale arbeitsrechtliche Standards und Tarifverträge, haben gezeigt, dass dieses  
1055 Verhältnis dringend auf europäischer Ebene gesetzlich klargestellt werden muss. Dafür  
1056 brauchen wir den Vertrag von Lissabon und eine Änderung der Entsenderichtlinie, damit diese  
1057 soziale Standards schützt. Die Dienstleistungsfreiheit darf nicht dazu missbraucht werden soziale  
1058 Rechte oder arbeitsrechtliche Standards zu unterlaufen. Wir GRÜNE haben daher bereits in der  
1059 Vergangenheit im Europäischen Parlament erfolgreich Druck gemacht, dass arbeitsrechtliche  
1060 Bestimmungen, die einem solchen Schutz zuwiderlaufen, aus der Dienstleistungsrichtlinie  
1061 genommen wurden.

1062  
1063 Es ist beschämend, dass die Bundesregierung sich für eine Freizügigkeit von Dienstleistungen  
1064 einsetzt, bei der Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Menschen aus  
1065 Mittel- und Osteuropa aber immer noch als EU-Bürger zweiter Klasse behandelt, indem sie  
1066 ihnen als eines von ganz wenigen EU-Mitgliedstaaten verbietet, legal zu arbeiten. Schließlich  
1067 hat sich die ursprüngliche Sorge, dass die Öffnung des Arbeitsmarktes nach Osten in den alten  
1068 EU-Staaten zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit führt, längst als unbegründet  
1069 erwiesen. Der Effekt dieser restriktiven Arbeitsmarktpolitik ist vielmehr ein anderer: Menschen,  
1070 die gerne in Deutschland arbeiten und Steuern zahlen möchten, werden diskriminiert und in die  
1071 Schwarzarbeit gedrängt.

1072  
1073 Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit umfassenden und qualitativ hochwertigen  
1074 öffentlichen Dienstleistungen zeichnet unser Gemeinwesen aus. Abfallbeseitigung, der  
1075 garantierte Zugang für alle zu Wasser, einem leistungsfähigen Personennahverkehr oder der  
1076 Anspruch auf Gesundheitsdienstleistungen und entspricht unserem Verständnis sozialen- und  
1077 Beteiligungsrechten schafft Arbeitsplätze sowie lokale ökonomische Entwicklung. Diese  
1078 Dienstleistungen und Zugänge zu gewährleisten, gehört zu den primären Aufgaben des Staates  
1079 und seiner Kommunen. GRÜNE stehen dafür, dass jeder Mensch in Europa mit lokalen  
1080 öffentlichen Dienstleistungen von hoher Qualität versorgt wird – und zwar unabhängig davon,  
1081 ob er viel oder wenig verdient, in der Stadt oder auf dem Land wohnt. Und wir stehen dafür,  
1082 dass die Kommunen in der Lage sind, diese Leistungen auch zu erbringen. Dafür brauchen sie  
1083 Gestaltungs- und Organisationsspielraum, den die neo-liberalen Kräfte in der Kommission, allen  
1084 voran Kommissionspräsident Barroso, Binnenmarktskommissar McCreevy und der deutsche  
1085 Kommissar Verheugen, jedoch zugunsten der Dienstleistungsfreiheit massiv beschneiden  
1086 wollen.

1087  
1088 Wir GRÜNE wollen dagegen in den kommenden fünf Jahren mit folgenden Projekten auf  
1089 europäischer Ebene die politischen Rahmenbedingungen so setzen, dass die ökonomische  
1090 Entwicklung allen zugute kommt und wir wollen den sozialen Fortschritt voranbringen.

1091

### **Einen Sozialpakt für Europa**

1092  
1093 Wir wollen einen Sozialpakt für Europa, der mit verschiedenen Maßnahmen die Arbeits- und  
1094 damit auch die Lebensbedingungen der Menschen in der EU verbessert. Wir erkennen an, dass  
1095 aufgrund der begrenzten Kompetenzen in diesem Bereich unterschiedliche Instrumente genutzt  
1096 werden müssen, anstatt Politiken gegeneinander auszuspielen. Wir wollen die offene Methode  
1097 der Koordinierung nutzen um zwischen Mitgliedsstaaten, die ähnliche Voraussetzungen haben,  
1098 gemeinsame soziale Standards zu entwickeln. Zentraler Baustein ist für uns GRÜNE der  
1099 Reformvertrag, der klarstellt, dass der Binnenmarkt kein Ziel, sondern Mittel zum Zweck ist.  
1100 Unser Ziel ist es, die Daseinsvorsorge und die sozialen Rechte zu stärken. Darüber hinaus  
1101 müssen auf europäischer Ebene arbeitsrechtliche Mindeststandards ausgebaut werden, die  
1102 regelmäßig überprüft und weiterentwickelt werden und bestehende höhere nationale Standards  
1103 nicht aushöhlen. Zudem brauchen wir eine konsequent sozialpolitische Ausrichtung der



1104 Lissabonstrategie. Wir wollen zugleich die Strukturfonds stärken und neu ausrichten – dies gilt  
1105 nicht nur für den Europäischen Sozialfonds, sondern ebenso für die Regionalentwicklung.

1106

### **Sozialpolitische Ziele verbindlich machen – Lissabonstrategie neu ausrichten**

1107 Wir wollen die Erreichung der sozialpolitischen Ziele und Indikatoren verbindlich festschreiben.  
1108 Eine zeitlang schien es so, als ob die EU fortschrittlicher sei, als ihre Mitgliedstaaten. In der  
1109 Lissabonstrategie wurde vollmundig verkündet, dass Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und  
1110 Umweltpolitik zusammenwirken müssten. Allerdings hakt es gewaltig bei der Umsetzung, denn  
1111 allein die wirtschaftlichen Ziele werden ernst genommen, während die sozialen und  
1112 ökologischen Ziele aufgrund ihrer Unverbindlichkeit ins Abseits geraten. Eine solche  
1113 Unausgewogenheit hilft weder die Wirtschaft auf einen Nachhaltigkeitskurs zu bringen noch  
1114 neue Wettbewerbsfähigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und neue und bessere Arbeitsplätze zu  
1115 schaffen. Es muss Sanktionen für jene Länder geben, die die bereits definierten Quoten wie z.B.  
1116 bei der Frauenerwerbstätigkeit, der Anzahl der Kinderbetreuungsplätze, der Verringerung der  
1117 SchulabbrecherInnenquote oder Maßnahmen zum lebenslangen Lernen nicht erfüllen.  
1118

1119

### **Mindestlöhne einführen**

1120 Wir wollen verhindern, dass Lohndumping als Mittel des Wettbewerbs genutzt wird. Das ist  
1121 nicht akzeptabel. Es schadet den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der  
1122 ganzen Gesellschaft. Menschen müssen von ihrem Einkommen auch leben können – es muss  
1123 armutsfest und auskömmlich sein. Wir GRÜNE streiten für einen Wettbewerb um Qualität  
1124 anstatt um Löhne und fordern daher gesetzliche oder tarifliche Mindestlöhne in allen  
1125 Mitgliedstaaten gemäß den nationalen Modellen. 22 von 27 Mitgliedstaaten haben bereits  
1126 nationale Mindestlöhne. Anstatt den Arbeitsmarkt abzuschotten und Menschen in die  
1127 Schwarzarbeit zu drängen, sollte die Bundesregierung wie fast alle anderen EU-Staaten auch  
1128 endlich einen Mindestlohn einführen.  
1129 Existenzsichernde Mindestlöhne sind nicht nur ein Element, um die schleichende Tendenz des  
1130 „working poor“ zu bekämpfen, sondern auch ein Baustein, um die Lohnungleichheit zwischen  
1131 Männern und Frauen zu beenden. Insbesondere Frauen sind nach wie vor überwiegend in den  
1132 Branchen tätig sind, in denen der Druck auf die Löhne am höchsten ist. Weiterhin wollen wir  
1133 die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen festschreiben.  
1134

1135

### **Arbeitszeit reduzieren und Frauenerwerbstätigkeit erhöhen**

1136 Wir wollen keine unmäßigen Höchstarbeitszeiten. Die schwarz-rote Bundesregierung hat sich  
1137 bei der Revision der Arbeitszeitrichtlinie im EU-Ministerrat dafür eingesetzt, die durchschnittliche  
1138 wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 65 Stunden zu erhöhen und Bereitschaftszeit nicht als  
1139 Arbeitszeit anzuerkennen. Das lehnen wir ab, denn die derzeitige Begrenzung der  
1140 Höchstarbeitszeit auf durchschnittlich 48 Stunden dient zum einen dem Gesundheitsschutz der  
1141 Beschäftigten und schafft Anreize, dass zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, statt immer mehr  
1142 Arbeit auf Wenige zu konzentrieren. Davon sowie von dem Grundsatz, dass Bereitschaftszeit  
1143 voll und ganz als Arbeitszeit zählt, abzuweichen gefährdet nicht nur die Gesundheit der  
1144 ArbeitnehmerInnen, sondern hat langfristig auch negative ökonomische Folgen. Anstatt die  
1145 Höchstarbeitszeit weiter auszureizen, müssen reduzierte und flexible Konzepte der  
1146 Arbeitszeitgestaltung forciert werden, was nicht nur die Erwerbsarbeitslosigkeit bekämpft,  
1147 sondern auch einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten kann, wenn die  
1148 Rahmenbedingungen dafür stimmen.  
1149 Außerdem stehen wir GRÜNE für eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit in ganz Europa und  
1150 machen uns für wirksame Frauenförderung auf allen Ebenen und in allen Bereichen stark. Unser  
1151 Ziel ist es, die EU-Mitgliedsstaaten auf größere Anstrengungen zur Überwindung der  
1152 Frauenerwerbslosigkeit zu verpflichten. Darüber hinaus müssen in der Beschäftigungs- und  
1153 Sanktionspolitik die Leitlinien an verbindlichen Zielquoten und wirksamen  
1154 Sanktionsmöglichkeiten gekoppelt werden.  
1155

1156

1157  
1158  
1159  
1160  
1161  
1162  
1163  
1164  
1165  
1166  
1167  
1168  
1169  
1170  
1171  
1172  
1173  
1174  
1175  
1176  
1177  
1178  
1179  
1180  
1181  
1182  
1183  
1184  
1185  
1186  
1187  
1188  
1189  
1190  
1191  
1192  
1193  
1194  
1195  
1196  
1197  
1198  
1199  
1200  
1201  
1202  
1203  
1204  
1205  
1206  
1207  
1208  
1209

### **Mit Arbeitnehmerfreizügigkeit Schwarzarbeit bekämpfen**

Wir wollen, dass die Bundesregierung die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit sofort beendet. Zudem sollte sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine Richtlinie zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einsetzen, die sicherstellt, dass der Hauptunternehmer eines Auftrages dafür sorgen muss, dass seine Subunternehmen arbeitsrechtliche Standards einhalten und ihren sozialversicherungsrechtlichen Zahlungsverpflichtungen nachkommen. Auch Menschen, die im Bereich personennaher Dienstleistungen arbeiten, müssen grundsätzlich sozialversichert sein.

### **ArbeitnehmerInnenrechte garantieren**

Wir wollen, dass in der Entsenderichtlinie Tarifverträge gesetzlichen Mindestlöhnen gleichgestellt werden und in der Richtlinie verdeutlicht wird, dass Arbeitnehmerrechte nicht verhandelbar sind. Jeder Mensch hat ein Recht auf Gleichbehandlung mit inländischen ArbeitnehmerInnen. Wir streiten für das Recht auf Gleichbehandlung von mobilen Arbeitnehmern, also gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort und zwar für Frauen wie für Männer!

### **„Gute Arbeit“ fördern**

Wir wollen, dass sich Beschäftigungs- und Arbeitspolitik am Konzept der „Guten Arbeit“ orientiert. Gut ist eine Arbeit, die den Ansprüchen der Beschäftigten an die Gestaltung der Arbeitswelt gerecht wird und die einen gerechten, angemessenen Lohn garantiert. Das heißt vor allem auch, dass Flexibilität in der Arbeitswelt mit sozialer Sicherheit und verbunden sein muss. Arbeitsrechtliche Standards dürfen nicht aufgrund so genannter flexibler Arbeitsverhältnisse – etwa Leiharbeit, Minijobs oder Scheinselbständigkeit, ausgehöhlt werden. Wir fordern daher eine europäische Definition von Selbständigkeit, die Scheinselbständigkeit ebenso wie "Briefkastenfirmen" so weit wie möglich verhindert.

### **Europäische Betriebsräte stärken**

Wir wollen, dass Betriebsräte europäisch agieren können, wenn europaweit tätige Unternehmen ihre Unternehmenspolitik standortübergreifend formulieren. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass ab 500 MitarbeiterInnen ein europäischer Betriebsrat gebildet werden kann. Dies würde auch der Tatsache Rechnung tragen, dass sich immer mehr kleine mittelständische Firmen europäisieren. Die Pflicht der Unternehmensführung, seinen Euro-Betriebsrat frühzeitig und umfassend zu informieren und zu konsultieren wollen wir stärken und wir treten für eine Ausweitung europäischer Betriebsrätetreffen ein, an denen auch GewerkschaftsvertreterInnen teilnehmen können. Gemeinsam mit den Gewerkschaften setzen wir uns dafür ein, den Frauenanteil an den Betriebsräten auf Bundes- und europäischer Ebene zu erhöhen.

### **Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen**

Wir wollen, dass alle Menschen, das heißt selbstverständlich auch Kinder, Jugendliche, MigrantInnen und Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und teilhaben können. Armut, Arbeitslosigkeit und ein schlechter Zugang zu Bildung drängen jedoch nach wie vor zu viele Menschen an den Rand der Gesellschaft. daher wollen wir allen Zugangsgerechtigkeit garantieren. Auch wenn diese Belange vorwiegend durch die einzelnen Staaten geregelt werden, kann die EU einen wichtigen Teil zur sozialen Teilhabe beitragen und mithelfen, dass Menschen nicht dauerhaft ausgegrenzt werden. Wir finden uns nicht damit ab, dass der Hinweis auf den demografischen Wandel, auf die Freizügigkeit im Binnenmarkt oder die vermeintlichen Sachzwänge der Globalisierung dazu herhalten sollen, den sozialen Schutz und soziale Rechte in Frage zu stellen. Gefordert ist vielmehr einerseits eine gerechtere Wirtschafts- und Steuerpolitik sowie eine bessere Bildungspolitik, die tatsächlich allen offen steht, andererseits muss der Schutzgedanke selber europäisiert werden. Dies muss eine der Grundlagen des Sozialpaktes sein.

1210  
1211  
1212  
1213  
1214  
1215  
1216  
1217  
1218  
1219  
1220  
1221  
1222  
1223  
1224  
1225  
1226  
1227  
1228  
1229  
1230  
1231  
1232  
1233  
1234  
1235  
1236  
1237  
1238  
1239  
1240  
1241  
1242  
1243  
1244  
1245  
1246  
1247  
1248  
1249  
1250  
1251  
1252  
1253  
1254  
1255  
1256  
1257  
1258  
1259  
1260  
1261

### **Chancengleichheit herstellen und Diskriminierung bekämpfen**

Wir wollen weiter dafür streiten, dass es in Europa einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung im Arbeitsleben gibt. Nun gilt es diesen Schutz auch im Alltag europaweit zu garantieren. Wir wollen gesetzlich verbieten, dass beispielsweise jemand weil er/sie im Rollstuhl sitzt, der Zugang zu einem Restaurant, zum Arzt oder zum Kaufhaus verweigert werden kann. FDP und CDU haben im Europaparlament dieses Diskriminierungsverbot verhindert - sekundiert durch die schwarz-rote Bundesregierung - obwohl das deutsche AGG viele der vorgeschlagenen Änderungen schon abdeckt. Die nach wie vor existierende Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern gilt es, mehr als 50 Jahre nach Abschluss der Römischen Verträge, endlich zu überwinden.

### **Familie und Beruf besser vereinbaren**

Wir wollen, dass Familie und Beruf vereinbar sind – für Frauen wie für Männer - und dafür entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Deshalb stehen wir für einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und Betreuung von Anfang an. Berufstätige Eltern müssen beispielsweise europaweit ein Recht darauf haben, ihre Arbeitszeit auch über die ersten Kindesjahre hinaus zu verringern oder flexibel zu gestalten. Darüber hinaus muss jedoch das derzeit EU-weit garantierte individuelle Recht auf dreimonatigen Elternurlaub so aufgestockt und finanziell abgesichert werden, dass es einer geschlechtergerechten Arbeitsteilung entspricht. Aber auch in anderen Lebensphasen müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit zu einer flexibleren Gestaltung des Berufsrythmus haben. Weiterbildungs- und Sabbatjahre gehören für uns ebenso zu einer ausgewogenen Lebensgestaltung wie ein flexibler Übergang in die Rentenzeit oder Pflegezeiten.

### **Bildungs- und Berufsabschlüsse anerkennen**

Wir wollen eine europaweite Vereinfachung der Übertragbarkeit von Qualifikationseinheiten. Grundbaustein für europaweite Mobilität ist die Anerkennung von Abschlüssen und Berufserfahrung. Die Vergleichbarkeit und Anerkennung beruflicher Bildungsabschlüsse innerhalb der EU sind völlig unzureichend. So gelten die EU-Richtlinien, die die Anerkennung europäischer Bildungsabschlüsse innerhalb der EU erleichtern sollen, beispielsweise nur für EU-Bürger im jeweiligen EU-Ausland - also nicht für Deutsche in Deutschland. Noch schwerer haben es ArbeitnehmerInnen aus Drittstaaten, deren Abschlüsse oftmals gar nicht anerkannt werden. Auf diesem Wege wird derzeit das große Potenzial, dass diese ArbeitnehmerInnen in sich bergen nicht gesehen und leichtfertig verschwendet. Darüber hinaus müssen die bestehenden Informations- und Kommunikationsnetzwerke zur Förderung der Transparenz von Qualifikationen weiter ausgebaut werden. Grundsätzlich werben wir europaweit für den Ausbau von Bildungsangeboten analog dem skandinavischen Modell, um von Anfang an individuell und doch für alle zugänglich Bildung zu garantieren und Bildungsabschlüsse zu ermöglichen.

### **Mit der Europäischen Sozialkarte einfach UnionsbürgerIn sein**

Wir wollen, dass in einem Europa ohne Grenzen soziale Ansprüche und Vorteile nicht verloren gehen, wenn Menschen eine Arbeit in einem anderen Land aufnehmen oder umziehen. Die rechtlich garantierte Anerkennung und Zusammenrechnung von in unterschiedlichen Ländern erworbenen Versicherungs- und Beschäftigungsleistungen muss lebensnah und einfach ausgestaltet werden. Wir GRÜNE wollen daher eine Europäische Sozialkarte einführen. Sie soll den Zugang zu Sozialversicherungsansprüchen in Bezug auf Krankheit, Rente, Erwerbsarbeitslosigkeit sowie Familienleistungen im Ausland erleichtern und administrative Hürden beim grenzüberschreitenden Arbeitsplatzwechsel minimieren. Die notwendigen Daten werden weiter nur vor Ort gespeichert, so dass die Karte selbst lediglich als Informationsschlüssel dient. Das ist datenschutzrechtlich problemlos, wäre aber für viele

1262 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine große Erleichterung und damit auch ein Beitrag, die  
1263 viel beschworene Unionsbürgerschaft endlich mit Leben zu füllen.

1264

#### **Gesundheitsversorgung vor Ort europaweit ermöglichen**

1265 Wir wollen einen gleichwertigen und fairen Zugang für alle zu einer qualitativ hochwertigen  
1266 Gesundheitsversorgung vor Ort. Für uns ist essentiell, dass das Recht auf Versorgung nicht an  
1267 den früheren Grenzen endet und wir wollen bei der medizinischen Behandlung im europäischen  
1268 Ausland bürokratische Hürden abbauen. Wir sagen Ja zur Behandlung im europäischen  
1269 Ausland, wann und wo immer diese erforderlich ist. Wir setzen uns ein für eine bessere  
1270 europaweite medizinische Zusammenarbeit, insbesondere zur Erforschung und Therapie  
1271 seltener Krankheiten. Von der EU finanzierte Forschungsprojekte müssen dabei auf Frauen,  
1272 Männer und Kinder hin differenziert werden. Eine europaweite Liberalisierung der  
1273 Gesundheitsversorgung unter dem Primat der Dienstleistungsfreiheit lehnen wir entschieden ab.  
1274 Gesundheitsversorgung ist keine Ware, sondern ein Solidarsystem, dessen Finanzierung höchst  
1275 sensibel ist. Patientenmobilität muss unkompliziert sein, wenn sie nötig ist. Sie muss aber auch  
1276 dort ihre Grenzen finden, wo sie das System der kostenlosen, für alle zugänglichen qualitativ  
1277 hochwertigen Gesundheitsversorgung vor Ort gefährdet.

1278

1279

#### **Europäische Arbeitslosenversicherung einführen**

1280 Wir wollen eine europäische Arbeitslosenversicherung einführen. Die Wachstumsunterschiede  
1281 in der Eurozone haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Klassische  
1282 konjunkturpolitische Instrumente wie die Geldpolitik stehen den Staaten der Euro-Gruppe nicht  
1283 mehr zur Verfügung. Gleichzeitig ist im Falle des wirtschaftlichen Abschwungs der Druck zu  
1284 Einschnitten bei den Staatsausgaben durch den Stabilitätspakt größer geworden. Das kann dazu  
1285 führen, dass die soziale Absicherung gekürzt wird, wenn sie am dringendsten gebraucht wird.  
1286 Die europäische Basis-Arbeitslosenversicherung soll einen Teil der nationalen  
1287 Arbeitslosenversicherungen ersetzen. Für die Beitragszahler würden sich keine zusätzlichen  
1288 Belastungen ergeben. Ein Teil der derzeitigen Arbeitslosenbeiträge würden in einen  
1289 europäischen Topf fließen, aus dem im Falle von Arbeitslosigkeit jedem EU-Bürger für ein Jahr  
1290 50% des letzten Einkommens als Absicherung ausgezahlt würden. Diesen Grundbetrag stocken  
1291 die Mitgliedstaaten je nach nationalem Recht auf. Die Vorteile einer solchen EU-  
1292 Basisversicherung liegen auf der Hand: Sie wirkt als automatischer Stabilisator. Denn Auf- und  
1293 Abschwung verteilen sich über die Mitgliedstaaten unterschiedlich und dadurch schwindet die  
1294 Gefahr, dass die Arbeitsmarktpolitik selber prozyklisch ausgestaltet wird, Abschwungstrends  
1295 verstärkt und das Anspruchsniveau sozialer Sicherung zum Gegenstand politischer  
1296 Opportunitäten wird.

1297

1298

#### **Regionale Entwicklungsunterschiede in Europa ausgleichen**

1299 Wir wollen die regionalen Entwicklungsunterschiede in Europa ausgleichen-. Wichtigstes und  
1300 zugleich äußerst erfolgreiches Instrument der EU zum Ausgleich der Entwicklungsunterschiede  
1301 zwischen den Regionen sind die Europäischen Strukturfonds, wie der Europäische  
1302 Regionalfonds (ERDF) und der Europäische Sozialfonds (ESF). Die Förderung benachteiligter  
1303 Regionen ist nicht nur Ausdruck der Solidarität innerhalb der EU, sondern trägt auch zur  
1304 Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Begleitung des Strukturwandels bei. Auch im Hinblick  
1305 auf die Förderung von Frauen hat sich das innovative Potenzial europäischer Programme und  
1306 Initiativen im Rahmen der Strukturfonds bewährt. Für uns GRÜNE ist klar, dass  
1307 Regionalentwicklung weiterhin zum obersten Ziel haben muss, die Lücken zwischen  
1308 strukturschwachen und wirtschaftsstarken Gebieten in Europa zu schließen und allen Regionen  
1309 gleichwertige Entwicklungschancen zu bieten. Dies darf jedoch nicht zu Lasten ökologischer  
1310 und sozialer Belange gehen. Deshalb stellen wir uns gegen die derzeitige Verpflichtung,  
1311 Fördermittel einseitig auf die regionale Wettbewerbsfähigkeit auszurichten.

1312

1313

1314  
1315  
1316  
1317  
1318  
1319  
1320  
1321  
1322  
1323  
1324  
1325  
1326  
1327  
1328  
1329  
1330  
1331  
1332  
1333  
1334  
1335  
1336  
1337  
1338  
1339  
1340  
1341  
1342  
1343  
1344  
1345  
1346  
1347  
1348  
1349  
1350  
1351  
1352  
1353  
1354  
1355  
1356  
1357  
1358  
1359  
1360  
1361  
1362  
1363  
1364  
1365  
1366

### **EU-Fördermittel transparent und unter demokratischer Beteiligung einsetzen**

Wir wollen mehr Weitblick bei der Verwendung der Fördermittel und Transparenz in der Vergabe. Wir finden wichtig, dass die Möglichkeiten des EU-Fonds dezentral und unbürokratisch ausgeschöpft werden können, die Mitgliedstaaten stärker in die Pflicht genommen werden und erfolgreiche Projekte nach der Pilotphase durch nationale Unterstützung weiterlaufen. Zudem müssen auf der nationalen und regionalen Ebene zentrale Akteure, wie Gewerkschaften, Umwelt- und Frauenverbände gemäß des Partnerschaftsprinzips stärker bei der Auswahl von Förderprojekten und deren Durchführung sowie Evaluierung eingebunden werden. Essentiell für die demokratische Rechenschaftspflicht und Kontrolle ist ein transparentes Verfahren der Fördermittelvergabe unter aktiver Einbindung der Bevölkerung. Es ist ein Unding, dass sich die schwarz-rote Bundesregierung dennoch weiterhin weigert, das europäische Transparenzgebot durch Veröffentlichung der Empfängerlisten umzusetzen.

### **Soziale Projekte für Städte und Ballungsgebiete entwickeln**

Wir wollen eine nachhaltige urbane Entwicklungsförderung insbesondere in den sozialen Brennpunkten der großen Städte. In deren Mittelpunkt stehen die Menschen und Strategien für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung, Maßnahmen zur Teilhabe aller am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, integrierte Stadtentwicklungskonzepte als Voraussetzung jeglicher Stadtentwicklungsförderung sowie ein Bekenntnis zur Bedeutung des öffentlichen Raums. Zudem muss die Bedeutung der Ballungsgebiete und grenzüberschreitenden Regionen in Europa mehr Berücksichtigung finden. Viel zu oft konkurrieren die einzelnen Städte der Regionen um die niedrigsten Steuern für Unternehmen. Wir wollen aber solidarische Regionen und fordern daher ein neues Programm für Metropolregionen, in dessen Rahmen regionale Armutsberichte die Grundlage bilden für Aktionspläne bspw. gegen Kinder- und Altersarmut und für Integration in Bildung und Gesellschaft und die ein „best practise“-Austausch zwischen den Ballungsgebieten organisieren. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Entwicklung kreativer Städte und Regionen.

### **Rahmenrichtlinie für Dienste von allgemeinem Interesse schaffen**

Wir wollen eine Rahmenrichtlinie für „Dienste von allgemeinem Interesse“, die klar stellt, dass Dienstleistungen, die keinen wirtschaftlichen Gewinn erbringen, wie etwa soziale Dienste, einen besonderen Schutz brauchen. Den lokalen Behörden muss bei der Definition der Dienste von allgemeinem Interesse ein breiter Ermessensspielraum zugebilligt werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass das europäische Beihilferecht die Bereitstellung und Durchführung von sozialen Diensten, die in hohem Maße auf Finanzmittel der öffentlichen Hand angewiesen sind, nicht beeinträchtigt werden. Ein Beispiel: Frauenhäuser sind ein wichtiger Schutzraum, den eine Gesellschaft zur Verfügung stellen muss. Der Markt würde diese Leistung nie erbringen und es darf nicht sein, dass ihre Finanzierung deshalb als „Subvention“ verboten würde. Zudem muss die Richtlinie das Beihilfe-, Wettbewerbs- und Vergaberecht so ausgestalten, dass Stadtwerke erhalten und zu einer ökologisch verantwortbaren Energieerzeugung beitragen können.

### **Interkommunale Zusammenarbeit ermöglichen**

Wir wollen im Europäischen Parlament dafür kämpfen, dass die verschiedenen Organisationsformen der kommunalen Selbstverwaltung nicht durch europarechtliche Regelungen in Frage gestellt werden. Wenn sich beispielsweise mehrere Kommunen zusammenschließen, um eine Kläranlage gemeinsam zu betreiben, darf diese interkommunale Zusammenarbeit von Europa nicht als Vergabe angesehen werden. Zudem muss die Vergabe von Aufträgen an eigene kommunale Unternehmen (Inhouse-Vergabe) vereinfachen werden.

### **Die Daseinsvorsorge modern weiterentwickeln**

Wir wollen, dass das Aufgabenspektrum der Daseinsvorsorge modern und bürgernah weiterentwickelt wird. Dazu zählen für uns auch die Leistungen und Güter der

1367 Informationsgesellschaft, die für alle zugänglich sein müssen. Gesetze sind so auszugestalten,  
1368 dass sie eine gesamtgesellschaftliche Teilhabe an Wissen und Kultur ermöglichen. Dafür  
1369 benötigen wir – gerade im Bereich von Dokumentenformaten, Signaturen und Software -  
1370 offene Standards und Nutzungslizenzen. In unserer globalisierten und vernetzten Welt muss der  
1371 Zugang zu einem Breitband-Internetanschluss flächendeckend gewährleistet sein und darf nicht  
1372 zu einer Frage werden, ob genug zahlungsbereite Kunden in der Nachbarschaft wohnen. Und  
1373 auch der Zugang zu grundlegenden Finanzdienstleistungen (z.B. Girokonto,  
1374 Überweisungsmöglichkeiten, Kreditkarte) darf keine Frage des Geldbeutels sein, sondern  
1375 selbstverständlicher Rechtsanspruch.  
1376 Wenn in bestimmten Bereichen Aufgaben der Daseinsvorsorge an Private übertragen werden,  
1377 dann muss gewährleistet sein, dass dies nicht zu einer Leistungsverschlechterung oder  
1378 Preiserhöhung führt und der Vorsorgecharakter dieser Leistung auch über Generationen hinaus  
1379 gesichert bleibt. Wir GRÜNE sind dagegen, Gewinne zu privatisieren und Verluste und Risiken  
1380 zu vergemeinschaften. Das so genannte „Outsourcing“ öffentlicher Dienstleistungen und der  
1381 Abschluss öffentlich-privater Partnerschaften dürfen nicht zu einem Hoheits- und  
1382 Verantwortungsverlust der öffentlichen Hand führen, dies gilt insbesondere für öffentliche IT-  
1383 Infrastrukturen, wie auch öffentliche Archive, Bibliotheken, Museen und ähnliche Kultur- und  
1384 Bildungseinrichtungen, genau so aber auch für Wasserversorgung oder Bereitstellung von  
1385 ÖPNV.

1386

#### 1387 **Öffentliche Aufträge sozial und ökologisch vergeben**

1388 Wir wollen, dass Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden bei der Vergabe von öffentlichen  
1389 Aufträgen, zentrale Kriterien unbedingt einhalten. Die öffentliche Hand muss viel stärker als  
1390 bisher ökologische und soziale Kriterien für die Vergabe von Aufträgen berücksichtigen. Denn  
1391 so wie sich ökologische Kriterien – z.B. Energieeffizienz, Entsorgungskosten, regionale  
1392 Wirtschaftskreisläufe langfristig rechnen, kann es für eine Gesellschaft sehr teuer werden,  
1393 soziale Kosten nicht zu beachten. Die Förderung der Gleichstellung und die  
1394 Nichtdiskriminierung, die Ausbildungsbereitschaft eines Unternehmens und Beschäftigung von  
1395 Menschen mit Behinderung, die Einhaltung von gesetzlichen oder tariflichen Mindestlöhnen,  
1396 soziales Engagement, Familienfreundlichkeit oder die Einhaltung von Sozialstandards bei  
1397 Produkten aus Drittländern - wie das Verbot von Kinderarbeit - und von Subunternehmen - all  
1398 das sind Dinge, die gesellschaftlichen Zusammenhalt ausmachen und die helfen, Kosten  
1399 einzusparen, im EU-Vergaberecht bisher jedoch noch viel zu kurz kommen. Wir GRÜNE setzen  
1400 uns dafür ein, dass die umweltfreundliche und sozial verantwortliche Auftragsvergabe nicht nur  
1401 eine Möglichkeit bleibt, sondern schrittweise zur Pflicht wird.

1402 Wir wollen mit öffentlichen Aufträgen regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und verhindern,  
1403 dass das europäische Wettbewerbsrecht die kommunale Gestaltungsmöglichkeit vor Ort  
1404 aushebelt. Vergabe muss nicht nur auf europäischer Ebene, sondern vor allem lokal transparent  
1405 sein, damit sie politisch kontrollierbar bleibt und regionale Kreisläufe stützt. Wir fordern daher,  
1406 dass das EU Recht ermöglicht, dass kleine und mittelständische Unternehmen, gemeinnützige  
1407 Unternehmen sowie karitative Einrichtungen und anerkannte freie Träger bei der öffentlichen  
1408 Auftragsvergabe besonders berücksichtigt werden können.

1409

1410

#### 1410 **IV. Nachhaltig Wirtschaften – für einen Grünen New Deal**

1411

1412 Wir erleben derzeit die schwerste Finanzkrise seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts.  
1413 Diese Krise ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik,  
1414 die Konsequenz eines weltweit unregulierten kapitalistischen Wirtschaftsmodells, in dem der  
1415 Globalisierung und Entfesselung der Wirtschaft und der Finanzströme keine Globalisierung der  
1416 sozialen und ökologischen Einhegung der Märkte folgte.

1417

1418 Nun gilt es, Lehren und politische Konsequenzen aus der Krise zu ziehen – auf globaler,  
1419 europäischer und nationaler Ebene. Dabei stehen wir vor der Herausforderung, die Finanz-,  
1420 Klima- und Nahrungsmittelkrise gemeinsam zu bewältigen. Sie sind das Ergebnis globalen  
1421 Markt- und Politikversagens und erfordern korrigierende Eingriffe der Politik in Bezug auf die  
1422 Rahmenbedingungen und Standards, die für die Märkte gelten.

1423

1424 Es ist jetzt an der Zeit, einen effektiven Ordnungsrahmen für die globale Wirtschaft zu schaffen,  
1425 der die Märkte in den Dienst sozialer und ökologischer Entwicklung stellt. Denn wir wissen dass  
1426 wir für die Herausforderungen des Klimawandels oder der Bekämpfung der globalen Armut  
1427 auch auf die Dynamik und Innovationskraft funktionierender Märkte angewiesen sind. Die  
1428 globalen Finanzmärkte müssen wieder auf ihren eigentlichen Zweck, die Finanzierung von  
1429 Investitionen, die Bereitstellung von Liquidität und die Übernahme von Risiken zurückgeführt  
1430 werden.

1431

1432 Wir setzen auf einen Grünen New Deal. Mit einem konzentrierten sozial-ökologischen  
1433 Investitionsprogramm wollen wir in Deutschland und in Europa gegen die Rezessionsgefahr  
1434 angehen. Zugleich geht es darum, den Grünen New Deal auch als globale Strategie zu  
1435 buchstabieren, der die Verantwortung der reichen für die Entwicklungsländer praktisch einlöst.

1436

1437 Schließlich geht es um grundlegende Strukturveränderungen im Finanzsystem. Das betrifft die  
1438 Regeln für Finanzakteure und Finanzprodukte, die staatliche Finanzaufsicht und die Rating-  
1439 Agenturen, den öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor, den Verbraucherschutz  
1440 auf den Finanzmärkten und die Regeln für Managervergütung. Es schließt aber auch eine neue  
1441 Weltfinanzarchitektur ein und eine europäische Wirtschaftsregierung, die Diskussion über  
1442 künftige Wechselkurspolitik, die Austrocknung von Steueroasen und die Einführung einer  
1443 Finanzumsatzsteuer.

1444

1445 Europa hat einen einheitlichen Binnenmarkt für den überall die gleichen Regeln gelten. Es gibt  
1446 wenig Bereiche, die inzwischen so europäisiert sind, wie unser Wirtschaftsleben. Dieser  
1447 gemeinsame Markt hat viel Dynamik gebracht. Deutschland hat als Exportnation davon  
1448 besonders profitiert. Aber auch in den südlichen und östlichen Mitgliedstaaten hat der Beitritt  
1449 zur EU ökonomisch genutzt und es wurden neue Arbeitsplätze und Wohlstand geschaffen, die  
1450 Löhne sind dort gestiegen. Nachdem in der Vergangenheit viel Kraft darauf verwendet wurde,  
1451 diesen gemeinsamen Markt herzustellen und Barrieren für den freien Waren- und  
1452 Dienstleistungsverkehr abzubauen, kommt es jetzt drauf an, ihn im Sinne der Nachhaltigkeit und  
1453 sozial gerecht auszugestalten und die ökologische Modernisierung voranzubringen.

1454

1455 Ein funktionierender Binnenmarkt braucht eine wirksam europäisch koordinierte  
1456 Wirtschaftspolitik. Mit einer solchen Koordination wäre die EU weniger anfällig gegen Krisen  
1457 und die Arbeitslosigkeit niedriger. Die Europäische Union - und insbesondere die Euro-Zone -  
1458 kann sich gegenläufige wirtschaftspolitische Strategien selbst der ökonomisch stärksten  
1459 Mitgliedsländer nicht mehr leisten.

1460

1461 Mehr Nachhaltigkeit im Binnenmarkt bedeutet auch, dass wir GRÜNE einerseits die Marktkräfte  
1462 intensivieren wollen, indem wir mehr Wettbewerb in verkrustete Strukturen tragen.  
1463 Andererseits müssen wir dem Wettbewerb mehr oder bessere Regeln geben, um ungesteuerte

1464 Kräfte zu bändigen. Wir wollen in Europa eine grüne Marktwirtschaft und keine entfesselte  
1465 Ökonomie oder einen neuen Protektionismus. Europa darf sich nicht abschotten, sondern muss  
1466 sich in der globalen Arbeitsteilung besser positionieren. Das bedeutet: Europa muss  
1467 wirtschaftlichen Erfolg auf Innovation und Umwelttechnologie sowie starke ArbeitnehmerInnen  
1468 bauen und nicht auf einen Wettbewerb um Niedriglöhne und der Minimalstandards setzen.  
1469 Eine solche Lohn- und Standortkonkurrenz darf weder innerhalb der EU noch im globalen  
1470 Wettbewerb als Zielperspektive unser Handeln bestimmen.

1471  
1472 Wir wollen Europas Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Ziel GRÜNER europäischer  
1473 Verbraucherpolitik sind gut informierte und mündige Verbraucherinnen und Verbraucher, die  
1474 sich im europäischen Binnenmarkt souverän bewegen und verantwortungsbewusste  
1475 Entscheidungen treffen. Unsere Konsumwelt ändert sich rasant: Neue Produkte, neue  
1476 Kommunikationsmöglichkeiten und neue Dienstleistungen verändern unser Leben viel stärker  
1477 als erwartet. Die alltägliche Kaufentscheidung am Markt hat vielfältige Folgen. Bewusster  
1478 Konsum und ein wacher Blick auf die Art der Herstellung eines Produktes beeinflussen Lebens-,  
1479 Arbeits- und Umweltbedingungen weltweit.

1480  
1481 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich immer als die Partei verstanden, die den  
1482 Verbraucherinnen und Verbrauchern eine politische Stimme gibt, ihre Rechte stärkt und  
1483 Möglichkeiten eröffnet, sich aktiv einzumischen. Es waren GRÜNE, die das Biosiegel in der EU  
1484 maßgeblich durchgesetzt haben. Und es waren GRÜNE, die konsequent für Datenschutz  
1485 kämpften. Und ohne ihren Einsatz hätte niemand gegen den massiven Widerstand der  
1486 Chemieindustrie und der Agrarverbände durchgesetzt, dass hochgefährliche Pestizide zukünftig  
1487 verboten sind. Die GRÜNEN im Europäischen Parlament sorgen für eine effektive Kontrolle in  
1488 einem Binnenmarkt mit freiem Warenverkehr. Sie sorgen dafür, dass Verbraucherinteressen  
1489 nicht nur punktuell wie bei Handygebühren bei Auslandstelefonaten berücksichtigt werden,  
1490 sondern systematisch bei kniffligen Energiefragen, neuen Fahrgastrechten, modernen  
1491 Gesundheitsdienstleistungen, gesunder Ernährung, Finanzdienstleistungen oder innovativer  
1492 Informationstechnologie. GRÜNE stehen für den Kampf gegen Abzocke, den Schutz vor  
1493 Täuschung und davor, dass die Vorteile des Binnenmarktes nicht auf Kosten der  
1494 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen dürfen.

1495  
1496

#### **Bretton Woods II: Für eine neue globale Finanzmarktverfassung**

1497 Wir wollen im Rahmen des Grünen New Deal eine neue globale Finanzverfassung, ein Bretton  
1498 Woods II. Die aktuelle Krise hat noch einmal deutlich gemacht, dass eine Globalisierung der  
1499 Wirtschaft und der Finanzströme ohne verbindliche globale Regeln zum Schutz von Ökologie,  
1500 zur Stabilisierung der Wirtschaftssysteme und zur Sicherung sozialer Standards in die  
1501 Katastrophe führt. Die Vervielfachung des kurzfristig um den Globus zirkulierenden, spekulativ  
1502 angelegten Finanzkapitals hat die Risiken für Währungs- und Finanzkrisen mit weitreichenden  
1503 sozialen Folgen drastisch erhöht. Zugleich hat das Fehlen eines globalen Ordnungsrahmes zum  
1504 Entstehen globaler ökonomischer Ungleichgewichte geführt, die die Weltwirtschaft noch weiter  
1505 destabilisieren.

1506 Die Überreste des alten Bretton-Woods Systems sind heute in den Augen des globalen Südens  
1507 tief diskreditiert. Schuld daran ist die langjährige Politik des Internationalen Währungsfonds und  
1508 der Weltbank, die vielen Entwicklungsländer die neoliberale Liberalisierungs- und  
1509 Privatisierungspolitik aufgezwungen haben. Zudem weisen diese Institutionen ein enormes  
1510 Demokratiedefizit auf. Die Weltbank und der IWF werden noch immer von den USA und der  
1511 EU dominiert, die auch die Führung beider Institutionen stellen, während die Entwicklungs- und  
1512 Schwellenländer völlig unterrepräsentiert sind. Ohne eine Änderung dieses Ungleichgewichts  
1513 können Weltbank und IWF keine tragende Rolle für die notwendige neue Weltfinanzarchitektur  
1514 übernehmen.

1515  
1516



1517  
1518  
1519  
1520  
1521  
1522  
1523  
1524  
1525  
1526  
1527  
1528  
1529  
1530  
1531  
1532  
1533  
1534  
1535  
1536  
1537  
1538  
1539  
1540  
1541  
1542  
1543  
1544  
1545  
1546  
1547  
1548  
1549  
1550  
1551  
1552  
1553  
1554  
1555  
1556  
1557  
1558  
1559  
1560  
1561  
1562  
1563  
1564  
1565  
1566  
1567  
1568  
1569

### **Reform des Währungssystems**

Wir wollen das globale Währungssystem reformieren. In den letzten Jahren ist ein Mischsystem aus freien und festen Wechselkursen entstanden, das zur Destabilisierung der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte beigetragen hat. In dieser Zeit schwankten die Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen enorm. Dies hat realwirtschaftliche Investitionen verunsichert und Handelsflüsse verzerrt, was insbesondere auf die wirtschaftliche Entwicklung von Entwicklungs- und Schwellenländern negativen Einfluss hatte. Jetzt in der Krise hat der massive Wertverlust ihrer Währungen die Situation in mehreren Ländern verschärft. Wir GRÜNE halten deshalb eine Diskussion darüber für notwendig, ob nicht ein System stabiler Wechselkurse vorteilhaft wäre.

Besondere Beachtung bei der Neugestaltung der Weltfinanzarchitektur muss den Entwicklungsmöglichkeiten der ärmsten Länder zukommen. Diese Länder können von funktionierenden globalen Kapitalmärkten und besonders von ausländischen Direktinvestitionen profitieren. Doch gerade für diese Länder ist Stabilität von entscheidender Bedeutung. In der Vergangenheit kam es jedoch immer wieder zu Finanzmarkt getriebenen Zyklen, in denen zuerst große Mengen Kapital in diese Länder flossen, um dann bei der ersten schlechten Nachricht fluchtartig wieder aus dem Land zu strömen – mit desaströsen Folgen. Deshalb müssen diese Länder die Möglichkeit erhalten, grenzüberschreitende Kapitalströme zu kontrollieren.

### **Für eine europäische Wirtschaftsregierung**

Wir GRÜNE wollen den europäischen Integrationsprozess in der Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik vorantreiben. Die Europäische Union, und noch viel stärker die Euro-Zone sind eine engstens verflochtene Wirtschaftszone. Die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes, eng vernetzter Finanzmärkte und einer Währungsunion hat viel wirtschaftliche Dynamik entfesselt. Zugleich ist jedoch mehr denn je klar, dass eine solche enge wirtschaftliche Integration nachhaltig und sozial nur dann funktionieren kann, wenn auch die politische Steuerung auf dieser Ebene funktioniert. Hier herrschen in der Europäischen Union erschreckende Defizite. Wer ist beispielsweise zuständig, wenn eine europäische Großbank vor dem Kollaps steht? Wer sollte eingreifen, um zu verhindern, dass das Platzen der spanischen oder britischen Immobilienblase die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa gefährdet? Warum ist der Finanzbinnenmarkt nur für die Anbieter lohnend, während der Schutz von Verbraucherinnen und Verbraucher in der Regel an der Grenze endet? Diesen Problemen steht die EU ohne geeignete Instrumente gegenüber, und sie droht ihre durch die hohe Finanzmarktintegration geschaffenen Vorteile zu verspielen.

Dazu braucht es zumindest in der Euro-Zone eine europäische Wirtschaftsregierung, ohne allerdings damit die Europäische Union zu spalten. Eine gemeinsame Währung kann auf Dauer nur funktionieren, wenn auch die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten eng aufeinander abgestimmt sind. Die Euro-Gruppe muss aufgewertet werden, um gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank unter Beteiligung der Sozialpartner die makroökonomischen Rahmenbedingungen zu setzen. Außerdem wollen wir GRÜNE die makroökonomischen Leitlinien zur Währungs- und Haushaltspolitik unbeschadet der Rechte der nationalen Parlamente durch das Europaparlament diskutieren und parlamentarisch mitentscheiden lassen. Die Aufgabenstellung der Zentralbank muss – wie das bei der Fed in den USA der Fall ist – neben der Geldwertstabilität auch eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung einschließlich der Beschäftigung umfassen.

Der Integration der Finanzmärkte müssen die EU-Mitgliedsländer eine entsprechende Aufsichtsstruktur folgen lassen. Nur so ist eine schnelle Reaktion im Notfall gesichert.

### **Europäische Finanzumsatzsteuer**

Mit einer europäischen Finanzumsatzsteuer wollen wir zu mehr Stabilität an den Finanzmärkten beitragen. Eine solche Steuer würde bestimmte spekulative Geschäfte, bei denen sehr schnell gekauft und verkauft wird und so hohe Umsätze entstehen, unrentabel machen. Reale

1570 Geschäfte, die einen viel langfristigeren Horizont haben, würden jedoch kaum belastet. Die  
1571 Finanzumsatzsteuer entwickelt somit die Tobin-Steuer, die ausschließlich für internationale  
1572 Geschäfte zwischen Währungsräumen gedacht war, und eine Börsenumsatzsteuer, die nur  
1573 Umsätze an Börsenplätzen einbezog, weiter. Denn heute sind nicht mehr die  
1574 Währungsspekulation und die Umsätze an Börsen die alleinigen Probleme, sondern gerade der  
1575 Handel mit Derivaten an unregulierten Märkten. Die Einnahmen einer solchen Steuer sollten  
1576 zum größten Teil direkt in das EU-Budget fließen. Dadurch würden die Gewinner der  
1577 Binnenmarktintegration die Maßnahmen des sozialen und regionalen Zusammenhalts in Europa  
1578 (Sozialfonds, Regionalfonds) finanzieren, die bisher aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten und  
1579 damit aus dem allgemeinen Steueraufkommen getragen werden. Das Aufkommen aus der  
1580 Besteuerung der Finanztransaktionen kann zudem einen Teil der entwicklungspolitischen  
1581 Maßnahmen des Grünen New Deal finanzieren. Einen Teil des Aufkommens soll jedoch auch an  
1582 die Nationalstaaten fließen, damit diese einen Anreiz zu einer vollständigen Erhebung der Steuer  
1583 haben.

1584

#### **Europäische und internationale Steueroasen austrocknen**

1585 Wir wollen einen EU-Aktionsplan, der Steueroasen austrocknet, von denen sich viele in der  
1586 Europäischen Union befinden, von ihren Mitgliedstaaten abhängig sind oder in direkter  
1587 Nachbarschaft liegen. Gemeinsam mit der OECD muss notfalls mit Sanktionen und  
1588 rechtsverbindlichen Verpflichtungen zur Zusammenarbeit Druck auf die Steueroasen und ihre  
1589 Nutznießer ausgeübt werden. Wenn ein Konsens in der OECD nicht zu erreichen ist, müssen die  
1590 entschlossenen Staaten mit Maßnahmen vorangehen.

1592

#### **Managervergütung neu regeln**

1593 Wir wollen die Managervergütung neu regeln. Selbst noch in der Krise erwecken Manager  
1594 einiger Firmen den Eindruck, dass ihnen ihr Geldbeutel wesentlich näher ist als die Bewältigung  
1595 der anstehenden Herausforderungen.

1596 Die bisherigen Boni-System in der Managervergütung haben die Kurzfristorientierung der  
1597 Unternehmen massiv befördert. Als einen Beitrag zu nachhaltigerem Wirtschaften wollen wir  
1598 die Vergütung von Managern stärker an langfristigen und nachhaltigen Kriterien ausrichten,  
1599 z.B. indem Aktien, die als Bezahlung ausgegeben werden über einen Mindestzeitraum gehalten  
1600 werden müssen. Sollten die Unternehmen nicht selbst tätig werden, werden wir GRÜNE uns für  
1601 gesetzliche Regelungen stark machen.

1603

#### **Rating-Agenturen stärker regulieren**

1604 Wir wollen, dass Rating-Agenturen unter strenge öffentliche Kontrolle gestellt werden.  
1605 Finanztransaktionen aller Art müssen transparent ablaufen und besteuert werden können.  
1606 Rating-Agenturen müssen Interessenkonflikte offen legen, Beratung und Bewertung trennen  
1607 sowie Angaben zur Qualität der Ratings machen. Mittelfristiges Ziel muss es sein, eine  
1608 europäische und internationale Finanzarchitektur zu schaffen, die Kapitalströme in langfristige,  
1609 soziale, ressourcenschonende und ökologisch ausgerichtete Investitionen lenkt.

1611

#### **Banken und Kreditinstitute auf die Finanzierung der Nachhaltigkeit ausrichten**

1612 Wir wollen die EU zum Vorreiter machen für rechtsverbindliche Regeln zur Sicherung von  
1613 sozialen, ökologischen und Menschenrechtsstandards für weltweit tätige europäische Firmen  
1614 und Banken. Eine bessere Koordinierung der Politik der EU-Mitgliedstaaten in Währungsfond  
1615 und Weltbank mit dem mittelfristigen Ziel eines EU-Sitzes ist unabdingbar. Die Europäische  
1616 Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) sollen  
1617 mittelfristig fusionieren und im Sinne der Transparenz und des Einsatzes für nachhaltige  
1618 Entwicklung reformiert werden. Langfristig ist für Weltbank, Internationalen Währungsfond  
1619 und WTO das Ziel die Integration in eine reformierte UN.

1621

1622  
1623  
1624  
1625  
1626  
1627  
1628  
1629  
1630  
1631  
1632  
1633  
1634  
1635  
1636  
1637  
1638  
1639  
1640  
1641  
1642  
1643  
1644  
1645  
1646  
1647  
1648  
1649  
1650  
1651  
1652  
1653  
1654  
1655  
1656  
1657  
1658  
1659  
1660  
1661  
1662  
1663  
1664  
1665  
1666  
1667  
1668  
1669  
1670  
1671  
1672  
1673  
1674

### **Klare Verantwortlichkeiten im Binnenmarkt schaffen**

Wir wollen, dass der Wettbewerb im Binnenmarkt nicht zu einem Wettbewerb der niedrigsten Standards verkommt. Deshalb sind klare Verantwortlichkeiten, Rechtssicherheit und eine stärkere Zusammenarbeit der europäischen Aufsichtsbehörden notwendig. Auch für die EU-Finanzmärkte brauchen wir eine neue Aufsichtsstruktur. Sie muss eine Allfinanzaufsicht sein, also den gesamten Finanzmarkt umfassen und auch dem Anlegerschutz verpflichtet sein. Eine EU-Superbehörde ist nicht notwendig, es genügt ein Europäisches System der Finanzaufsicht, an dem die zuständigen nationalen Stellen - wie die Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BaFin) in Deutschland - teilnehmen.

### **Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik**

Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der europäischen Steuerpolitik: Was in der EU erwirtschaftet wird, das muss auch innerhalb der EU voll versteuert werden. Es kann z.B. nicht sein, dass sich deutsche StaatsbürgerInnen durch Flucht in Steueroasen der Besteuerung entziehen. Weil der steuerpolitische Fortschritt existentiell ist, um die Handlungsfähigkeit der Politik gegenüber wirtschaftlichen Prozessen zurückzugewinnen, sind wir auch bereit, in diesem wichtigen Bereich der Steuerpolitik im Rahmen einer so genannten flexiblen Zusammenarbeit voranzugehen.

### **Wettlauf der Steuersysteme beenden, gemeinsame Bemessungsgrundlage schaffen**

Wir wollen den Wettlauf der Steuersysteme beenden. Kapital ist im Binnenmarkt mobil. Das hat einerseits zur Folge, dass Standorte miteinander um Investitionsentscheidungen konkurrieren. Andererseits können Unternehmen, die Standorte in verschiedenen Ländern der EU haben, ihre Geschäfte so bilanzieren, dass die Steuerzahlungen an den Orten mit den niedrigsten Sätzen fällig werden. Wir wollen nicht, dass allein Vermögende und große Unternehmen vom Binnenmarkt profitieren, weil sie mit ausgeklügelten Systemen Steuervorteile und -schlupflöcher nutzen. Das ist nicht nur gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ungerecht, sondern auch gegenüber den kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), die das Rückgrat der Wirtschaft und Beschäftigung bilden. Eine gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage für ausgewählte Steuern ist eine wichtige Grundlage um den ruinösen Wettlauf der Steuersysteme um die geringsten Standards zu beenden.

### **Einen Mindestsatz für Unternehmensteuer einführen**

Wir wollen bei der Unternehmensteuer einen europäischen Mindestsatz festlegen. Die Zinsrichtlinie muss mit ihrem Prinzip des automatischen Informationsaustausches auf alle Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums, alle Kapitaleinkommensarten und alle Rechtsformen angewendet werden.

### **One-stop-Shops einrichten**

Wir wollen, dass in grenznahen Regionen – aber nicht nur da -, zentrale Anlaufstellen („one-stop-Shops“) eingerichtet werden, die Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in Fragen grenzüberschreitender Besteuerung kostenlose und verbindliche Auskunft über konkrete Steuer- und Zollfragen bieten.

### **Haushaltspolitik reformieren – Stabile Einnahmen sichern, mehr Ausgaben für Klimaschutz, Bildung und Forschung**

Wir wollen die Einnahmen und die Ausgaben im EU Haushalt stärker aneinander koppeln. Das heißt, wer das Klima schädigt, soll über eine Kraftstoffsteuer für PKW, LKW, Binnenschiffe und Flugzeuge Maßnahmen zum Klimaschutz mitbezahlen. Bereits heute ist die Bemessungsgrundlage für die Mineralölbesteuerung EU-weit harmonisiert und den Mitgliedstaaten sind Mindeststeuersätze vorgeschrieben. Von diesem Aufkommen soll ein Teil an die EU abgeführt werden. Aber auch die Finanzunternehmen, die besonders stark vom gemeinsamen europäischen Markt profitieren, tragen über die Abschöpfung der

1675 Finanztransaktionssteuer zu einer direkten Finanzierung der EU bei. Diese Einnahmen können  
1676 den EU-Haushalt bald bis zur Hälfte finanzieren. Damit wird er stabil und verlässlich.  
1677 Gleichzeitig werden energieeffiziente Verkehrsmittel gefördert und Finanzmärkte stabilisiert.  
1678 Die Ausgaben wollen wir in den Klimaschutz, in die ländlichen Räume, in Forschung und in  
1679 Bildung umlenken. Jährlich fließen riesige Summen in die Gemeinsame Agrarpolitik. 2008 waren  
1680 das 54 Milliarden Euro, die wir zugunsten des ländlichen Raums umschichten und an  
1681 ökologische und soziale gesellschaftliche Leistungen binden wollen. Fördern wollen wir  
1682 Maßnahmen, die dem Klimaschutz zugute kommen, Arbeitsplätze sichern oder die  
1683 Kulturlandschaft erhalten. Insgesamt wollen wir alle Ausgaben auf ihre positiven ökologischen  
1684 und sozialen Effekte ausrichten. Dies betrifft in erster Linie die Agrar- und Strukturpolitik, die  
1685 auch bis 2013 noch rund 80 Prozent der EU-Ausgaben ausmachen. Insgesamt legen wir Wert  
1686 darauf, dass EU-Mittel geschlechterparitätisch vergeben werden.

1687

#### **Kein Geld für Subventionsbetrüger**

1688 Wir wollen, dass Subventionsbetrug und Korruption Folgen haben. Sie müssen von öffentlichen  
1689 Aufträgen und als Empfänger von EU-Mitteln ausgeschlossen sein. Dazu fordern wir, dass die  
1690 Kommission eine schwarze Liste mit entsprechenden Unternehmen und Personen erstellt und  
1691 veröffentlicht, die dann von öffentlichen Aufträgen und als Empfänger von EU-Mitteln  
1692 ausgeschlossen sind.  
1693

1694

#### **Unternehmensgründungen für nachhaltiges Wirtschaften unterstützen**

1695 Wir wollen Unternehmensgründungen für nachhaltiges Wirtschaften unterstützen. Innerhalb  
1696 der nächsten Jahre wollen wir Europa mit seiner breiten industriellen Tradition zum attraktivsten  
1697 Standort für industriennahe Gründungsfinanzierungen machen. Denn nur mit einer  
1698 ambitionierten Finanz- und Gründungspolitik können wir die Unternehmen stärken, die den  
1699 ökonomischen Wandel hin zu einem nachhaltigen Wirtschaften forcieren. Wir wollen spezielle  
1700 Unterstützungsfonds und Risikokapital für Start-ups im Bereich nachhaltiger Produkte und  
1701 Produktion zur Verfügung stellen und dabei ein besonderes Augenmerk auf Innovationstreiber  
1702 und die Kreativwirtschaft legen. Schwerpunkte sollten dabei auch die Unterstützung von  
1703 Existenzgründerinnen und Unternehmen von Migrantinnen und Migranten sein.  
1704

1705

#### **Nachhaltig investieren**

1706 Wir wollen eine gezielte Qualifizierungsoffensive für FinanzexpertInnen im Bereich nachhaltiger  
1707 Investments anstreben, die wir EU-weit zertifizieren wollen. In letzter Zeit boomen ökologische  
1708 und nachhaltige Investmentfonds. Aber nicht immer ist auch Öko drin, wenn Öko draufsteht.  
1709 Wir möchten darum auf europäischer Ebene für alle Publikums- und Rentenfonds Standards  
1710 einführen, die die Qualität des nachhaltigen Investments garantieren, verständlich darstellen  
1711 und darüber verständlich informieren.  
1712

1713

#### **Bessere Orientierung für VerbraucherInnen**

1714 Wir wollen zur besseren Orientierung durch den Konsumdschub den europäischen  
1715 Aktionsplan für Nachhaltiges Konsumieren und Produzieren um ein europäisches  
1716 Nachhaltigkeitssiegel ergänzen. Das Siegel soll die ökologischen und sozialen Kosten einer Ware  
1717 deutlich erkennbar machen und eine Herstellung ohne Kinderarbeit garantieren. Ein besonderes  
1718 europäisches Sicherheitssiegel fordern wir GRÜNE für Spielzeug. Die Rückrufskandale von  
1719 Spielzeug aus China wegen zu hoher Bleiwerte müssen Folgen haben.  
1720

1721

#### **Europäische Sammelklagen möglich machen**

1722 Wir wollen die Möglichkeit europäischer Sammelklagen. Denn viele KonsumentInnen scheuen  
1723 bislang wegen möglicher hoher Kosten und scheinbar übermächtiger Gegner einen Rechtsstreit.  
1724

1725

## 1726 **V. Gesellschaft gestalten. Der GRÜNE Weg für Demokratie und** 1727 **Bürgerrechte** 1728

1729 Wir treten für eine Kultur der Anerkennung und Teilhabe aller Menschen ein. Wir wollen eine  
1730 moderne Gesellschaftspolitik in Europa auf der Grundlage der Bürger- und Menschenrechte.  
1731 Dazu darf Europa auch nicht zum Greifen fern sein. Immer noch verstehen wir nur mühsam,  
1732 wer auf europäischer Ebene was und wie entscheidet. Denn bislang war die europäische  
1733 Zusammenarbeit zu oft ein Projekt der Regierungen, das vor allem hinter verschlossenen Türen  
1734 stattfand. Wir wollen das ändern. Wir GRÜNE wollen die europäischen Entscheidungsstrukturen  
1735 demokratisch und transparent machen und dem Europäischen Parlament volle Rechte geben.  
1736 Am langfristigen Ziel einer echten Verfassung für Europa, die die Bürgerrechte samt den  
1737 sozialen Rechten garantiert, Demokratie verwirklicht und eine ökologische Nachhaltigkeit  
1738 durchsetzt, halten wir fest. Wir wissen, dass sich dieses Ziel erst langfristig erreichen lässt. Dazu  
1739 ist, bei allen Schwächen, der Vertrag von Lissabon ein erster Schritt.

1740  
1741 Es muss klar sein, wer für welche Entscheidung verantwortlich ist. Es muss klar sein, welche  
1742 Interessenvertretungen auf die Politikgestaltung in Brüssel Einfluss nehmen. Es muss genauso  
1743 klar sein, wer aus den EU-Agrar- oder Strukturfondstöpfen Gelder erhält. Denn  
1744 Nachvollziehbarkeit und Berechenbarkeit von Verantwortung und Verfahren sind wesentliche  
1745 Elemente jeder Demokratie. Eine europäische Öffentlichkeit werden wir nur dann erreichen,  
1746 wenn gemeinsame öffentliche Debatten über europäische Politik stattfinden und die  
1747 Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stimme europäische Politik auch mitgestalten können. Nur  
1748 wenn Bürgerinnen und Bürger aktiv die europäische Idee unterstützen, kann die europäische  
1749 Einigung gelingen. Wir wollen ein europäisches Bürgerbegehren, EU-weite Referenden und eine  
1750 verbindliche Grundrechtecharta.

1751  
1752 Die Grundrechtecharta, das Herzstück des Vertrags von Lissabon, wurde während der rot-  
1753 grünen deutschen Ratspräsidentschaft von uns auf die Agenda gesetzt und von den GRÜNEN  
1754 im Europaparlament maßgeblich vorangebracht. In ihr finden sich die Grund- und  
1755 Freiheitsrechte, die eine europäische Wertegemeinschaft ausmachen. Sie verdeutlicht, dass die  
1756 Achtung der rechtsstaatlichen Grundsätze ein Grundelement der EU und eine Grundbedingung  
1757 der Mitgliedschaft in der EU ist. Und sie stärkt die Glaubwürdigkeit einer regional und global  
1758 agierenden EU. Es ist absurd, wenn ausgerechnet DIE LINKE das Projekt der europäischen  
1759 Integration immer wieder als neoliberal brandmarkt, aber dann den Vertrag von Lissabon mit  
1760 der Grundrechtecharta mit Füßen tritt und damit eine Politik verhindern will, die die Rechte des  
1761 Einzelnen gegen staatliche Willkür und gegen die Willkür des Marktes stärkt.

1762  
1763 Demokratie lebt nicht nur von Beteiligung und von Verfahren, sondern auch davon, dass die  
1764 Rechte der und des Einzelnen gegenüber anderen und gegenüber staatlichen Strukturen  
1765 gewahrt bleiben und geschützt sind – auch gegen Anfeindungen von Außen und im Hinblick  
1766 auf den internationalen Terrorismus. Es darf keine Erosion von menschenrechtlichen Standards  
1767 im Kampf gegen den Terrorismus geben, sonst verlieren wir am Ende Freiheit und Sicherheit. In  
1768 Brüssel werden täglich Entscheidungen getroffen, die auch die Grund- und Bürgerrechte in  
1769 Deutschland berühren – sei es der Austausch von Daten oder die Auslieferung nach dem  
1770 Europäischen Haftbefehl. Für uns ist klar, dass die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz Hand  
1771 in Hand gehen muss mit eindeutigen Garantien zum Schutz der Bürgerrechte. Das Europäische  
1772 Parlament soll hierbei mitentscheiden können. GRÜNE kämpfen beim Datenschutz für  
1773 europaweit verbindliche hohe Standards mit den entsprechenden Rechten für die Bürgerinnen  
1774 und Bürger. Denn jeder Mensch hat ein Recht auf Privatsphäre und Schutz seiner Daten.

1775  
1776 Es ist ein Kernanliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Antisemitismus, Rechtsextremismus,  
1777 Rassismus, Homo- und Islamophobie systematisch zu bekämpfen. Dies umso mehr, als die

1778 Rechtsextremisten sich immer besser auf europäischer Ebene vernetzen und rechtsextreme  
1779 Parteien und rechtspopulistische Strömungen in Europa zunehmen.

1780

1781 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gilt es immer wieder, die Errungenschaften der  
1782 Demokratie und Meinungsfreiheit zu verteidigen und einzufordern. Ob von einer Politik der  
1783 Grund- und Bürgerrechte nur geredet oder aber ob sie gelebt wird, dass zeigt sich vor allem im  
1784 Umgang mit den Schwächsten einer Gesellschaft und insbesondere im Umgang mit  
1785 Flüchtlingen, Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus und weiteren Minderheiten. BÜNDNIS  
1786 90/DIE GRÜNEN verstehen Vielfalt als Reichtum. Wir wollen eine Gesellschaft ohne  
1787 Diskriminierung gestalten, eine Gesellschaft, die offen ist für Zuwanderung und Integration  
1788 durch Partizipation möglich macht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine europäische  
1789 Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, die auf der Europäischen Menschenrechtskonvention  
1790 und der Genfer Flüchtlingskonvention basiert. Die derzeitige Abschottungspolitik der  
1791 Europäischen Union an den EU-Außengrenzen steht in krassem Gegensatz zur Genfer  
1792 Flüchtlingskonvention. Es darf nicht sein, dass Europa auf schutzsuchende Menschen mit der  
1793 Aufrüstung der Grenzkontrollen und mit Abschottung reagiert, die bereits Tausende Tote  
1794 gefordert hat. Für uns zählt die humanitäre Verantwortung. Wir wollen Menschenleben retten,  
1795 Flüchtlinge schützen und das Grundrecht auf Asyl stärken. Europa soll nicht als „Festung“  
1796 gegen Flüchtlinge abgeschottet werden, sondern muss ein sicherer Zufluchtsort sein.

1797 Nicht nur moralische, sondern auch ökonomische und demographische Gründe sprechen dafür,  
1798 dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre Einwanderungspolitik modernisieren. Die Zahl der  
1799 erwerbsfähigen Bevölkerung nimmt drastisch ab. Eine gesteuerte, legale Einwanderung ist ein  
1800 Weg, den demografischen Herausforderungen und den Anforderungen des Arbeitsmarktes  
1801 nach Fachkräften zu begegnen. Migration sollte daher nicht immer nur als Problem, sondern  
1802 vor allem als Chance für ein vielfältiges Europa verstanden werden. Zudem muss die Situation  
1803 von Millionen von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten verbessert werden, die  
1804 innerhalb der EU in der Illegalität leben und oftmals weder in die sozialen Sicherungssysteme  
1805 eingebunden sind, noch grundlegende politische Rechte wahrnehmen können. Ein modernes  
1806 migrationspolitisches Konzept, dass vor allem bei den Ursachen von Flucht und Migration  
1807 ansetzt, muss eine Strategie zur Armutsbekämpfung und Konfliktverhütung beinhalten.

1808

1809

### 1810 **Politische Teilhabe für alle ermöglichen**

1811 Wir wollen alle Europäerinnen und Europäer durch europäische Bürgerbegehren und EU-weite  
1812 Referenden an der Europapolitik beteiligen. Sie sollen nicht nur alle fünf Jahre über die  
1813 Zusammensetzung des Parlaments entscheiden, sondern tatsächlich politisch mitentscheiden  
1814 können. Das Bürgerbegehren wie es jetzt schon im Vertrag von Lissabon enthalten ist wollen  
1815 wir ausweiten: Wir wollen, dass die Kommission nicht nur nachdenkt, wenn eine Million  
1816 Bürgerinnen und Bürger eine Regelung wünschen, sondern dass sie eine konkrete Regelung  
1817 vorlegen muss.

1818

### 1819 **Wahlrecht ausweiten**

1820 Wir wollen allen Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern dort, wo sie leben, Wahlrecht geben.  
1821 Auch dann, wenn dies nicht ihr Heimatland ist. Auf regionaler und nationaler Ebene sollen sie  
1822 abstimmen dürfen, wenn sie seit mehr als fünf Jahren dort leben.

1823 Menschen aus Nicht-EU-Staaten sollen zumindest das kommunale Wahlrecht und nach  
1824 maximal fünf Jahren das Recht erhalten, die Staatsangehörigkeit des jeweiligen EU-Staates  
1825 annehmen zu können.

1826

### 1827 **EU-Grundrechtecharta einklagbar machen**

1828 Wir wollen endlich eine rechtsverbindliche europäische Grundrechtecharta als zentralen  
1829 Bestandteil des Vertrages von Lissabon. Denn dadurch können die Bürgerinnen und Bürger ihre

1830 in der Grundrechtecharta niedergelegten Rechte auch vor dem Europäischen Gerichtshof  
1831 einklagen.

1832

### **Menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik vorantreiben**

1834 Wir wollen, dass alle Menschen die Schutz brauchen ihn erhalten können. Die EU-Staaten sind  
1835 in der Pflicht einen uneingeschränkten und allumfassenden Flüchtlingsschutz sicherzustellen.  
1836 Schutzbedürftige müssen tatsächlich Einlass in die EU erhalten. Zudem setzen wir uns für  
1837 ergänzende Instrumente bei der Flüchtlingsaufnahme ein. Hierzu zählt z.B. die freiwillige  
1838 Aufnahme von Menschen, die der UN-Flüchtlingskommissar in Drittstaaten bereits als  
1839 Flüchtlinge anerkannt hat. Wir GRÜNE fordern zugleich eine gerechte und solidarische Teilung  
1840 der Verantwortung bei der Flüchtlingsaufnahme innerhalb Europas, unter Beachtung  
1841 humanitärer Grundsätze, wie z. B. des Schutzes Minderjähriger, der Berücksichtigung  
1842 geschlechtsspezifischer, nichtstaatlicher Verfolgungsgründe unter denen meist Frauen leiden  
1843 oder der Familieneinheit. Wir wollen eine deutliche Aufstockung der Mittel des Europäischen  
1844 Flüchtlingsfonds und eine Konzentration der Mittelvergabe auf die Bereiche der  
1845 Flüchtlingsaufnahme und Integration.

1846

### **Reformen bei Dublin II**

1847 Wir wollen uns für eine Reform der EU-Rückführungsrichtlinie stark machen und insbesondere  
1848 die Bestimmungen zur Abschiebehaft für Minderjährige und die Wiedereinreisesperre  
1849 abschaffen. Diese Richtlinie wurde von den konservativen Regierungen gegen den vehementen  
1850 Kampf der GRÜNEN im Europäischen Parlament verabschiedet. Bei der anstehenden  
1851 Überarbeitung der Dublin-II-Verordnung werden GRÜNE sich für eine verbindliche Regelung  
1852 einsetzen, die garantiert, dass Asylsuchende nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem  
1853 die Gefahr der Nichteinhaltung internationaler Flüchtlings- und Menschenrechtsstandards  
1854 besteht. In diesen Fällen muss das sog. Selbsteintrittrecht für die Durchführung von  
1855 Asylverfahren großzügiger angewandt werden.

1857

### **Leben von Flüchtlingen retten**

1859 Wir wollen keine Militarisierung der Flüchtlingsabwehrpolitik durch FRONTEX der  
1860 „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“. Es ist auch  
1861 nicht hinzunehmen, dass weder nationale Parlamente noch das Europaparlament über genaue  
1862 Informationen zu den FRONTEX-Einsätzen verfügen. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die  
1863 Europäische Menschenrechtskonvention müssen ohne Abstriche gelten. Kapitäne, die  
1864 Menschen aus Seenot retten und diese im Hafen eines Mitgliedslandes absetzen, dürfen nicht  
1865 wegen angeblicher Beihilfe zur unerlaubten Einreise strafrechtlich verfolgt werden.

1866

### **Einwanderungsmöglichkeiten schaffen**

1868 Wir wollen eine Einwanderungspolitik in der EU schaffen, die Einwanderung gestaltet, das  
1869 Asylrecht schützt und Integration fördert. GRÜNE stehen für Möglichkeiten gesteuerter, am  
1870 Bedarf orientierter legaler Arbeitskräftezuwanderung - nicht nur für Höchstqualifizierte. Dabei  
1871 dürfen die Fehler der Gastarbeiterpolitik nicht wiederholt werden. Daher lehnen wir die  
1872 bisherigen Vorschläge der EU-Kommission zu temporärer und zirkulärer Migration ab, da sie  
1873 keine ausreichenden Möglichkeiten eines festen Aufenthalts in der EU beinhalten. Darüber  
1874 hinaus fordern GRÜNE nationale Modelle zur sogenannten Punktemigration, die auf  
1875 europäischer Ebene koordiniert werden. Es ist darauf zu achten, dass solche  
1876 Einwanderungssysteme nicht Frauen bzw. Menschen mit Familienpflichten oder Menschen mit  
1877 Behinderungen benachteiligen.

1878

### **Integration – Teilhabe fördern, Illegalisierte schützen**

1879 Wir wollen die Möglichkeiten zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen und  
1880 politischen Leben für die auf Dauer in der EU lebenden Migrantinnen und Migranten und  
1881 Flüchtlinge erweitern. Für den Erfolg einer aktiven Integrationspolitik hat die EU inzwischen  
1882

1883 wichtige Rechtsetzungskompetenz: z.B. beim Familiennachzug, bei der Ausgestaltung des  
1884 Aufenthaltsrechts, aber auch bei Regelungen zum Arbeitsmarktzugang. Wir lehnen die Praxis in  
1885 Deutschland und einiger anderen Mitgliedstaaten beim Ehegattennachzug bereits vor der  
1886 Einreise Sprachkenntnisse zu verlangen, als integrationspolitisch und familienfeindlich ab.  
1887 Außerdem fordern wir ein dauerhaftes Rückkehrrecht für Frauen, die Opfer von  
1888 Zwangsverheiratungen wurden.  
1889 Auch illegalisierten Menschen dürfen grundlegende Menschenrechte nicht vorenthalten  
1890 werden. Gesundheitsversorgung, Schulbesuch und Arbeitslohn dürfen ihnen nicht verweigert  
1891 werden. Die europaweiten Zustände in Abschiebehaftanstalten sind menschenunwürdig. Auch  
1892 in Deutschland sind Menschen in Abschiebehaft, die nichts weiter getan haben als in  
1893 Deutschland Zuflucht zu suchen. Wir fordern seit langem, dass Flüchtlinge nicht inhaftiert  
1894 werden.

1895

### **Europäisches Antidiskriminierungsrecht weiterentwickeln**

1896 Wir wollen das europäische Antidiskriminierungsrecht stärken. Nichtdiskriminierung ist bisher  
1897 ein wirtschaftliches Grundprinzip der Europäischen Union, es sollte aber auch ein politisches  
1898 Grundprinzip sein. Wenn Menschen aufgrund persönlicher Merkmale – sei es Alter, Geschlecht,  
1899 ethnischer Herkunft, einer Behinderung, der Religion oder Glaubensausrichtung oder der  
1900 sexuellen Orientierung – gleiche Chancen verwehrt werden, dann brauchen sie wirksamen  
1901 Schutz. GRÜNE stehen für diesen Schutz und unterstützen die Europäische Kommission in ihren  
1902 Bemühungen, dieses Grundprinzip auch gegenüber Mitgliedstaaten, wie der blockierenden  
1903 Bundesregierung, durchzusetzen – z.B. bei der Richtlinie zum Diskriminierungsschutz auch  
1904 außerhalb des Arbeitslebens. Wir werden uns auch in Zukunft gegen Rückschritte in diesem  
1905 Bereich stemmen, denn Deutschland und die EU brauchen nicht weniger, sondern einen  
1906 besseren und effektiveren Diskriminierungsschutz.  
1907

1908

### **Gleichberechtigung für alle Frauen in Europa herstellen**

1909 Wir wollen gesetzliche Maßnahmen zur Lohngerechtigkeit von Frauen und Männern. Im  
1910 Europäischen Parlament haben wir uns erfolgreich für die Richtlinie zur Gleichstellung am  
1911 Arbeitsplatz stark gemacht, nach der erstmals auch »positive« Maßnahmen zur Förderung des  
1912 unterrepräsentierten Geschlechtes möglich sind. Das ist aber nur ein erster Schritt: Durch  
1913 effektive Quotenregelungen bei den Besetzungen von Ämtern und Gremien wollen wir  
1914 Gleichberechtigung fördern, gerade dort, wo sich verbissen Männerriegen am Steuer halten.  
1915 Wir fordern eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Entscheidungspositionen innerhalb  
1916 der EU-Gremien. Dafür sind die Mindestquotierung der EU-Kommission und die Stärkung der  
1917 Gleichstellungspolitik in der Kommission wichtige Schritte. Gleichzeitig fordern wir mehr  
1918 Angebote und Anreize für Männer, ihrer sozialen und familiären Verantwortung  
1919 nachzukommen.  
1920

1921

### **Gleichberechtigung für Lesben und Schwule in Europa herstellen**

1922 Wir wollen die vollständige Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgendern in allen  
1923 Bereichen. Es gibt immer noch Mitgliedstaaten, die die Ehe oder registrierte Partnerschaften für  
1924 gleichgeschlechtliche Paare nicht anerkennen. Das bedeutet eine schwere Einschränkung des  
1925 Rechts auf Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit. In Deutschland werden Schwule, Lesben  
1926 und Transgender z.B. bei Adoptionen und im Beamtenrecht weiterhin benachteiligt. Wir  
1927 fordern die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und gleichgeschlechtlicher  
1928 Ehen und gleiche Rechte für diese. EU-Programme zur Jugendbegegnung sollen Maßnahmen  
1929 zum Abbau von Homosexuellenfeindlichkeit mit einschließen. Und die gemeinsame  
1930 Außenpolitik der EU muss sich international stärker als bisher für die Menschenrechte von  
1931 Homosexuellen und Transgendern einsetzen. Ebenso muss die Verfolgung aufgrund sexueller  
1932 Orientierung anerkannter Teil der europäischen Flüchtlingspolitik sein.  
1933

1934



1935  
1936  
1937  
1938  
1939  
1940  
1941  
1942  
1943  
1944  
1945  
1946  
1947  
1948  
1949  
1950  
1951  
1952  
1953  
1954  
1955  
1956  
1957  
1958  
1959  
1960  
1961  
1962  
1963  
1964  
1965  
1966  
1967  
1968  
1969  
1970  
1971  
1972  
1973  
1974  
1975  
1976  
1977  
1978  
1979  
1980  
1981  
1982  
1983  
1984  
1985  
1986  
1987

### **Gemeinsam gegen Rechtsextremismus in Europa kämpfen**

Wir wollen Gesicht zeigen und ein gesellschaftliches Klima schaffen, das dem Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus den Boden entzieht und gegen Homo- und Islamophobie wirkt. Dafür braucht es Aufklärung und Bildung auf allen Ebenen und europaweit. Wir GRÜNE wollen daher die zivilgesellschaftlichen Strukturen gegen Rechtsextremismus kontinuierlich und verlässlich stärken und Netzwerke fördern, die Fremdenhass, Rassismus und Antisemitismus bekämpfen und auf eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Themen zielen. Wir wollen deshalb auch das EU- Programm XENOS zeitlich verlängern, entbürokratisieren und die finanziellen Mittel aufstocken.

### **Mit einer EU-Sonderbeauftragte Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen**

Wir wollen im Europäischen Parlament Druck auf die EU-Kommission ausüben, um vor allem gegen den internationalen Menschenhandel entschiedener vorzugehen. Programme wie STOP und DAPHNE, zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt und zum internationalen Menschenhandel, die vor allem Frauen und Kinder betreffen, wollen wir ausbauen und entbürokratisieren. Den Opferschutz wollen wir stärken. Gewalt gegen Frauen ist die grundlegendste und am weitesten verbreitete Verletzung von Menschenrechten. Um die Einhaltung von Frauenrechten besser zu gewährleisten, wollen wir eine EU-Sonderbeauftragte gegen Gewalt gegen Frauen benennen.

### **Geschlechtsspezifischen Auswirkungen im EU-Finanzhaushalt Rechnung tragen**

Wir wollen Gender Budgeting zum festen Bestandteil machen, denn Frauen sind von den finanziellen Auswirkungen politischer Entscheidungen meistens anders betroffen als Männer. Diese geschlechtsspezifischen Auswirkungen müssen künftig bei allen europäischen Haushaltsentscheidungen bedacht werden und natürlich auch bei den europäischen Programmen der Struktur- und Regionalpolitik, der Forschungs-, Bildungs-, Integrations- und Agrarpolitik.

### **Ein Europa für Kinder und Jugendliche**

Wir wollen für Kinder und Jugendliche Lobby sein. Wir setzen uns für den Rechtsanspruch auf eine gewaltfreie Erziehung in der ganzen Europäischen Union und für eindeutigere Gesetze ein, die das Wohl der Kinder und Jugendlichen auch in Familienkonflikten sichern. In Deutschland machen wir uns seit Jahren für die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz stark. Wir GRÜNE stehen für eine Jugendpolitik des Austausches, der Begegnung und des freiwilligen Engagements, die unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sein muss: Das Erlernen von Fremdsprachen ist dafür ebenso wichtig wie Praktika, Freiwillige Ökologische und Soziale Jahre, Arbeiten oder Studieren in einem anderen Land oder die Teilnahme an multinationalen Veranstaltungen von Kultur über Politik bis zum Sport. Wir wollen die europäischen Jugendverbände und das Europäische Jugendforum als wesentlichen Teil der Zivilgesellschaft langfristig fördern. Wir machen uns auch für Austauschprogramme stark, die insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Familien berücksichtigen. Zudem stehen wir für die Förderung und die Weiterentwicklung des europäischen Studierendenaustauschs, wie z.B. den ERASMUS-Programmen.

### **Gleitende Übergänge vom Berufsleben in die Rente ermöglichen**

Wir wollen gleitende Übergänge vom Berufsleben in die Rente und damit auch mehr Selbstbestimmung im Alter. Wir wollen EU-Programme ausbauen, die dem generationsübergreifenden Aufbruch in die Wissensgesellschaft Rechnung tragen. Denn: Ältere Menschen werden mit ihren Erfahrungen gebraucht. Statt ausschließlich auf eine Politik der Frühverrentung zu setzen, können die EU-Staaten voneinander lernen, wie der Übergang in den Ruhestand gestaltet werden kann, so dass Arbeitsmarkt und Gesellschaft von den Kompetenzen und der Lebens- und Berufserfahrung älterer Menschen profitieren.

1988  
1989  
1990  
1991  
1992  
1993  
1994  
1995  
1996  
1997  
1998  
1999  
2000  
2001  
2002  
2003  
2004  
2005  
2006  
2007  
2008  
2009  
2010  
2011  
2012  
2013  
2014  
2015  
2016  
2017  
2018  
2019  
2020  
2021  
2022  
2023  
2024  
2025  
2026  
2027  
2028  
2029  
2030  
2031  
2032  
2033  
2034  
2035  
2036  
2037  
2038

### **Ausbau der Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Kontrolle**

Wir wollen die Unionsbürgerschaft mit Leben füllen. Unterschiedliche Rechtssysteme in den Mitgliedstaaten dürfen die Bürgerinnen und Bürger nicht daran hindern, ihre Interessen wahrzunehmen und von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Wir finden es richtig, dass in Fragen der Justiz- der Rechts- und der Innenpolitik die EU stärker als früher zusammenarbeitet. Unser Ziel ist eine europäische Justiz- und Innenpolitik, bei der die Grundrechte und die Anforderungen der Sicherheit im Einklang stehen und unmittelbar geltende Grund- und Verfahrensrechte, ein effektiver Rechtsschutz und die Transparenz europäischer Regelungen verstärkt werden.

### **Rechtsschutzlücken schließen, parlamentarische und gerichtliche Kontrolle stärken**

Wir wollen Rechtsschutzlücken schließen. Viele der europäischen Maßnahmen in der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit unterliegen immer noch nicht der parlamentarischen und der gerichtlichen Kontrolle, da diese Politik nur zwischen den nationalen Regierungen stattfindet. Diese undemokratische Praxis ist nicht nur der EU und ihrer Werte unwürdig, sie gefährdet auch die Balance von Freiheit und Sicherheit in unseren Staaten. So wie wir maßgeblich zur Einrichtung des CIA-Ausschusses im Europäischen Parlament beigetragen haben, werden wir einen Abbau der Bürger- und Menschenrechte nicht hinnehmen, auch nicht im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus. Illegale Geheimdienstaktionen lehnen wir ab.

### **EUROPOL demokratisch kontrollieren - EUROJUST besser koordinieren und Steueroasen austrocknen - eine europäische Strafverteidigung aufbauen**

Wir wollen eine demokratische Kontrolle der europäischen polizeilichen Zusammenarbeit. EUROPOL steht bei der Verfolgung grenzüberschreitender Kriminalität, bei Menschenhandel, Geldwäsche und Terrorismus vor besonderen Herausforderungen. Die Arbeit von EUROPOL ist sinnvoll, allerdings dürfen keine rechtsfreien Räume entstehen. Notwendig ist auch die europäische Staatsanwaltschaft EUROJUST. Gerade bei grenzüberschreitender schwerster Kriminalität sowie Betrug und Korruption zu Lasten der EU muss die Arbeit von EUROJUST noch besser koordiniert werden. Wir befürworten die Ausweitung der Ermittlungszuständigkeit von EUROJUST, um sogenannte Steueroasen (z.B. Lichtenstein) und Steuerschlupflöcher auszutrocknen. Wir wollen zudem die Einrichtung einer europäischen Strafverteidigung als Gegengewicht zu EUROPOL und EUROJUST.

### **EU-Kommissarin für Bürger- und Menschenrechte**

Wir wollen die Erweiterung der Kommission um eine EU-Kommissarin oder einen EU-Kommissar für Bürger- und Menschenrechte, die oder der sowohl interne als auch externe Kompetenzen hat und einerseits die Einhaltung von Menschenrechten in den Mitgliedsstaaten, z.B. im „Kampf gegen den Terrorismus“, überprüft und andererseits den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren innerhalb und außerhalb der EU führt, um gemeinsame Menschenrechtskampagnen zu entwickeln und voranzutreiben. Vor allem wäre seine oder ihre Aufgabe, die Kohärenz der EU Politiken im Hinblick auf Menschenrechte zu stärken.

### **Stärkung des EU-Datenschutzbeauftragten**

Wir wollen Datenschutzbestimmungen, die sowohl den Staaten als auch der privaten Wirtschaft unmissverständlich deutlich machen, dass der Schutz persönlicher Daten ein hohes Gut ist. Es darf nicht sein, dass in einer rechtlichen Grauzone ohne Einwilligung der Bürgerinnen und Bürger weiter mit den persönlichen Daten der EU-Bürger gehandelt wird. Das Amt des EU-Datenschutzbeauftragten muss durch eine angemessene Ausstattung gestärkt werden.

2039  
2040  
2041  
2042  
2043  
2044  
2045  
2046  
2047  
2048  
2049  
2050  
2051  
2052  
2053  
2054  
2055  
2056  
2057  
2058  
2059  
2060  
2061  
2062  
2063  
2064  
2065  
2066  
2067  
2068  
2069  
2070  
2071  
2072  
2073

**Mehr Transparenz in der Datenverarbeitung**

Wir wollen neue Instrumente und mehr Transparenz bei der Verarbeitung von Verbraucherdaten, z.B. die Einführung des „Opt-In-Prinzips“, wonach Daten nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Betroffenen erhoben und weitergeleitet werden dürfen. Diese Einwilligung muss zeitlich auf 24 Monate begrenzt werden. Zudem muss eine Herkunftskennzeichnung bei gespeicherten Daten vorliegen, um den Datenweg nachvollziehbar zu machen. Wir GRÜNE treten für ein Verbandsklagerecht bei datenrechtlichen Verstößen ein.

**Ein Datenschutzsiegel für mehr Sicherheit**

Wir wollen darüber hinaus ein europaweites Datenschutzsiegel mit hohen Standards, das nach unabhängiger Begutachtung erteilt wird, um Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit zu geben, vertrauenswürdige Unternehmen zu erkennen.

**Datenschutzstandards europäisch und international institutionell absichern**

Wir wollen einen starken Datenschutz – europäisch und international. Die negativen Erfahrungen des Datenaustauschs beim Fluggastabkommen mit den USA und der Datenspeicherung bei der EU-Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie zeigen, dass Standards europäisch und international entwickelt und durchgesetzt werden müssen. Die aktuellen Pläne der EU-Kommission für ein System zur Erfassung von Flugpassagierdaten nach dem Vorbild der USA lehnen wir ab. Die Daten sollen bis zu 13 Jahre lang gespeichert werden. Ein solches System ist ein schwerwiegender Eingriff in die Persönlichkeitsrechte, ohne dass damit ein Sicherheitsgewinn verbunden ist.

Ein wirksamer europäischer Datenschutz setzt eine verbesserte Organisation und Koordination der Datenschutzkontrolle voraus. Deshalb ist es ein wichtiges Signal, dass das Europäische Parlament jetzt vorgeschlagen hat, eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit Vertretern der nationalen Parlamente zu bilden, um gegenüber EUROPOL und EUROJUST eine gemeinsame parlamentarische Kontrolle ausüben zu können.

Unverzichtbar ist die Schaffung eines hohen und einheitlichen Datenschutzes bei der justiziellen Zusammenarbeit. Die Trennung der Geheimdienste von den Polizeibehörden in Deutschland sowie die eindeutige Zweckbindung und Zugangsbeschränkung der übermittelten Daten muss dabei konsequent aufrechterhalten werden. Datenaustausch mit Nicht EU-Staaten muss gründlich überprüft werden, es ist unverantwortbar, wenn undemokratische Regierungen durch internationale Abkommen Zugang zu riesigen Datenbanken mit zahlreichen persönlichen Informationen erlangen.

2074 **VI. Kultur und Bildung. Der GRÜNE Weg für die Wissensgesellschaft**

2075

2076 Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und in seiner Entfaltung fördert, ist ein  
2077 wichtiges Anliegen und zentraler Bestandteil unserer Politik. Es geht um gerechte Chancen des  
2078 Wissenserwerbs, um die Entwicklung von kreativen Fähigkeiten, um den Zugang zu den  
2079 vielfältigsten kulturellen Betätigungsfeldern als Teil eines guten und selbstbestimmten Lebens.

2080

2081 Die aktive Förderung von Bildung, Forschung, Wissen und Kultur ist für uns GRÜNE Ausdruck  
2082 unserer Werteorientierung. Im Übergang zur Wissensgesellschaft wird sie zu einem  
2083 entscheidenden Baustein unserer Zukunftspolitik. Die Entwicklung der EU wird wesentlich  
2084 davon abhängen, ob gut ausgebildete, innovative und phantasievolle Menschen sich in  
2085 Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur engagieren. Wir begrüßen deshalb, dass die EU das Jahr  
2086 2009 als „Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation“ begeht.

2087

2088 Wir wollen die Wissensgesellschaft in einem „Kreativraum Europa“ verwirklichen.  
2089 Grenzüberschreitende Lebens- und Lernerfahrungen der Einzelnen und ihre Förderung durch  
2090 EU-Programme sind ein wesentlicher Beitrag hierzu. Sie machen Europa für jeden einzelnen  
2091 Bürger und jede Bürgerin erlebbar und fördern die weitere Integration.

2092

2093 Europa ist geprägt von einer großen Vielfalt der Kulturen und Religionen. Es kann kein  
2094 Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen geben, ohne das auch Differenzen  
2095 entstehen, die friedlich ausgehandelt werden müssen.

2096 Die Grundwerte unseres Zusammenlebens sind in der europäischen Grundrechtecharta  
2097 festgehalten: die Gleichstellung der Geschlechter, der Minderheitenschutz, eine freie Presse.  
2098 Diese und andere Werte teilen wir gemeinsam. Auf dieser Grundlage gibt es viel Raum für  
2099 kulturelle Differenz und sowohl Freiheit für Religionsausübung als auch Freiheit von Religion.  
2100 Wir kämpfen für die vollständige Verwirklichung der Grundrechtecharta und für eine Politik und  
2101 Kultur der Anerkennung, bei der Menschen sich in Würde und auf gleicher Augenhöhe  
2102 begegnen. Nur so ist ein friedliches Zusammenleben möglich, nur so kann kulturelle Vielfalt ihre  
2103 kreative und innovative Kraft entfalten.

2104

2105

2106

**Auslandserfahrungen für alle fördern**

2107 Wir wollen die Mobilität von Lehrenden und Lernenden fördern. Lebens- und Lernerfahrungen  
2108 im europäischen Ausland sind für die Persönlichkeitsentwicklung eine wichtige Bereicherung. Sie  
2109 dürfen keine Frage des Alters, des Bildungsgrades oder des Geldbeutels sein. Nicht nur  
2110 Studierende sondern gerade auch Auszubildende und junge Arbeitnehmerinnen und  
2111 Arbeitnehmer sollten dabei finanziell unterstützt werden, bis zu zwölf Monate lang in einem  
2112 anderen Land Europas zu leben und zu lernen. Wir wollen Menschen aus allen Lebenslagen und  
2113 Generationen Wege eröffnen, für einige Monate im europäischen Ausland zu lernen oder im  
2114 Rahmen von Freiwilligenprojekten gemeinnützig zu arbeiten. Und wir wollen ein  
2115 Austauschprogramm für Lehrerinnen und Lehrer, das systematisch in deren Aus- und  
2116 Weiterbildung integriert ist. Wer die pädagogische Praxis und die Bildungssysteme aus  
2117 mehreren Ländern kennt und vergleichen kann, kann Wissen besser vermitteln.

2118

2119

**Lebenslanges lernen - europaweit**

2120 Wir wollen europaweit lebenslanges Lernen ermöglichen. Die Aus- und Fortbildung sollte  
2121 darum in allen Mitgliedsstaaten modular organisiert, die einzelnen Abschnitte nach dem  
2122 „European Credit System for Vocational Education and Training“ (ECVET) zertifizierbar und die  
2123 Vergleichbarkeit der Abschlüsse sichergestellt sein.

2124

2125  
2126  
2127  
2128  
2129  
2130  
2131  
2132  
2133  
2134  
2135  
2136  
2137  
2138  
2139  
2140  
2141  
2142  
2143  
2144  
2145  
2146  
2147  
2148  
2149  
2150  
2151  
2152  
2153  
2154  
2155  
2156  
2157  
2158  
2159  
2160  
2161  
2162  
2163  
2164  
2165  
2166  
2167  
2168  
2169  
2170  
2171  
2172  
2173  
2174  
2175  
2176  
2177

### **Ausbildungssysteme durchlässiger machen**

Wir wollen, dass die Beschränkungen in der beruflichen Mobilität endlich abgebaut werden. Die Bildungssysteme der Mitgliedsstaaten müssen durchlässiger werden. Wer in einem Land eine Ausbildung durchlaufen oder einen Beruf ausgeübt hat, muss auch im anderen EU-Land die Möglichkeit haben, mit der gleichen oder vergleichbaren Tätigkeit sein Auskommen zu verdienen. Einzelne, fehlende formale Qualifikationen müssen unbürokratisch und in kürzester Zeit nachgeholt werden können. Jetzt kommt es darauf an, dass GRÜNE im Parlament und die Kommission Druck auf die Mitgliedsstaaten ausüben, die getroffenen Vereinbarungen zum Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) auch national umzusetzen.

### **Bei der Anerkennung von Berufs- und Hochschulabschlüssen Fortschritte machen**

Wir wollen, dass Studierende ihre Studienleistungen europaweit anerkannt bekommen. Mit dem Bologna-Prozess wurde eine zunehmende Durchlässigkeit zwischen und unter den europäischen Hochschulen teilweise ermöglicht. Allerdings kritisieren wir die oft katastrophale Umsetzung an zahlreichen deutschen Hochschulen mit neuen Vorgaben, die akademische Freiräume häufig einschränken und die europäische Mobilität teilweise sogar erschwert haben. Bachelor und Masterstudien sind häufig derart verschult, dass kaum individueller Entfaltungsfreiraum besteht und gesellschaftspolitisches oder kulturelles Engagement neben dem Studium faktisch verunmöglicht wird. Wir wollen keine Fast-Food-Bildung, sondern für lebenslanges Lernen ein starkes Fundament legen. Der Bologna Prozess prägt inzwischen auch die EU-Agenda. Er darf keine Entschuldigung dafür sein, Studierenden den Weg zu höherer Bildung zu verbauen und eine soziale Spaltung zu vertiefen. Im Gegenteil: Europa braucht mehr Studierende, daher ist es erklärtes Ziel, mehr Schülerinnen und Schüler zur Hochschulreife zu bringen! Obwohl der Bologna-Prozess außerhalb des EU-Rahmens gestartet wurde, kehrt seine Umsetzung zunehmend auf die EU-Agenda zurück. Wir treten für die Weiterentwicklung des Bologna Prozesses innerhalb der EU ein, um die aktuellen Probleme und Schwierigkeiten zu beheben.

### **Forschung stärken**

Wir wollen Wissenschaft und Forschung in der EU stärken. Ein Ausbau und eine Bündelung der Forschungsbemühungen in Europa ist notwendig, damit wir in einer globalisierten Wirtschaft, die von Wissen und Innovationen angetrieben wird, auch in Zukunft eine sozial gerechte und wohlhabende Gesellschaft weiterentwickeln können. Wir streben die Schaffung eines echten europäischen Forschungsraumes an und wollen dezentral die besten Wissenschaftler und deren Vernetzung stärken, auch indem wir die Mobilitätsunterstützung von Forscherinnen und Forschern, von Technologie und Wissen in der EU steigern. Davon profitiert die gesamte Hochschullandschaft. Schwerpunkt des EU-Forschungsprogramms bleibt einerseits die Grundlagenforschung, andererseits muss es sich an den drängenden Fragen des Klimaschutzes und der Erhaltung der Artenvielfalt orientieren. Die meisten europäischen Staaten und auch Deutschland sind noch weit davon entfernt, ihr selbstgestecktes Ziel einzuhalten und 3% der öffentlichen Ausgaben in die Forschung zu investieren. Die Vergabe der Mittel, aber auch die inhaltliche Ausrichtung der Forschungsprogramme müssen dabei die Richtlinien des Gender Mainstreamings berücksichtigen.

### **Wissenschaft auf ethischer Grundlage bauen**

Wir wollen eine Forschung, die den ethischen Grundwerten entspricht. Die Ziele europäischer Wissenschaftsförderung müssen demokratisch diskutiert und kontrolliert werden. Wir müssen unter anderem deshalb die Geisteswissenschaften europaweit stärken. Für die kulturelle Selbstverständigung einer Gesellschaft über ihre Grundlagen, ihre Grundwerte und ihre zukünftige Entwicklung sind die Geisteswissenschaften unerlässlich. Wir Grüne werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Kernforschung ebenso wie Embryonenforschung oder Klonen nicht europäisch gefördert wird.

2178  
2179  
2180  
2181  
2182  
2183  
2184  
2185  
2186  
2187  
2188  
2189  
2190  
2191  
2192  
2193  
2194  
2195  
2196  
2197  
2198  
2199  
2200  
2201  
2202  
2203  
2204  
2205  
2206  
2207  
2208  
2209  
2210  
2211  
2212  
2213  
2214  
2215  
2216  
2217  
2218  
2219  
2220  
2221  
2222  
2223  
2224  
2225  
2226  
2227  
2228  
2229

### **Forschungsförderungen unbürokratisch ausrichten**

Wir wollen die Antragsverfahren in der Forschungspolitik weiter vereinfachen und den Zugang gerade für kleine, flexible und innovative Wissensinstitutionen und Firmen verbessern. Auch differenzierte und regelmäßig ausschüttende Mikroprogramme sollten aufgelegt werden, um gerade kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen. Außerdem muss der Zugang zu EU-Forschungsmitteln verbessert werden – durch einen gezielten Aufbau von Kapazitäten aber auch durch unbürokratische Ko-Finanzierungen von erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerbern um EU-Mittel. Gerade die Mitfinanzierung von Forschungsvorhaben soll durch Komplementärkredite der Europäischen Investitionsbank möglich gemacht werden.

### **Eine faire Balance zwischen Innovationsschutz und Wissenszugang gewährleisten**

Wir wollen einen freien und kostenlosen Zugang zu mit öffentlichen Mitteln produziertem Wissen und unterstützen daher das Open-Access-Prinzip. In der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft ist der ungehinderte Zugang zum jeweils neuesten Kenntnisstand die Grundvoraussetzung für erfolgreiche Forschungsarbeit.

Heutzutage wirken sich insbesondere Patente immer häufiger als wettbewerbsverzerrend aus und vergrößern globale Ungerechtigkeiten. Wir wollen Patentlaufzeiten dort verkürzen, wo dies zu mehr Innovationsdynamik führt.

Der Schutz von Wissen muss immer im Einklang mit den Bedürfnissen der ganzen Gesellschaft und der internationalen Gerechtigkeit stehen. Wir fordern einen ausreichenden Schutz vor Wissensmonopolen. Patente dürfen nicht dazu missbraucht werden, Geschäfte zu Lasten der Schwächsten zu machen oder die Weiterentwicklung von Wissen, ökologischen Errungenschaften oder den Zugang zur gesundheitlichen Behandlung zu behindern. Dies gilt gerade auch für den Bereich der Suchmaschinen und Telekommunikationsdienstleistungen. Die Neutralität von Kommunikationsnetzen ist im Sinne der Informationsfreiheit zu gewährleisten. Wir treten vielmehr für neue flexiblere Modelle ein, die den Zugang zu Wissen ermöglichen und bei denen der Urheber selbst entscheiden kann, wie viel Schutz er benötigt.

### **Kulturelle Vielfalt ist Reichtum**

Wir wollen den direkten kulturellen Austausch fördern. Kultur ist Identitätsträger und keine Ware. Gerade darum darf Kultur nicht den Regeln des Wettbewerbsrechts- und der Handelslogik unterworfen werden. Deswegen wollen wir die UNESCO Konvention zur kulturellen Vielfalt mit Leben füllen und auch innerhalb der WTO durchsetzen. Die europäische Kulturpolitik muss die Vielfalt der Kulturen anerkennen und ausbauen. Um die grenzüberschreitende Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern zu verbessern, werben wir für die Absicherung ihrer Sozialleistungen.

### **Für kreative Städte und Regionen**

Wir wollen Brücken der Innovation bauen zwischen Schulen, Universitäten und sonstigen Forschungseinrichtungen, zwischen privaten und öffentlichen Institutionen - wohl wissend, dass die Zukunft der europäischen Städte und Regionen entscheidend an den Netzwerken der Kreativität und Innovation hängt, an einem weltoffenen, einbeziehenden, Toleranz fördernden Umgang mit menschlicher Kreativität. Vom „Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation“ 2009 müssen Impulse ausgehen, die Kreativität und Innovationsfähigkeit nicht nur als Wirtschaftsressource, sondern als eine menschliche Eigenschaft begreifen, die auf vielen Feldern wirksam wird. Denn kreatives und innovatives Handeln ist nicht bloß eine Funktion im ökonomischen Verwertungsprozess, sie ist Teil des erfüllten und selbstbestimmten Lebens. Wir betonen die Autonomie künstlerischen Handelns. Wir streiten für Lern- und Ausbildungsformen, die Eigenständigkeit und Individualität fördern.

### **Europäischen Film und neue Kunstformen stärken**

2230 Wir wollen das europäische Kino als Ausdruck europäischer Vielfalt und Schaffenskraft stärken.  
2231 Wir werden uns im Europäischen Parlament wie in der Vergangenheit für europäische  
2232 Filmproduktionen und deren Vermarktung durch die Weiterentwicklung des MEDIA Programms  
2233 einsetzen und werben für die Schaffung eines europäischen Filmförderfonds. Unsere Filmförder-  
2234 und Medienpolitik orientiert sich immer an Qualität und Vielfalt – und damit auch an der  
2235 Unterstützung unabhängiger und kleiner Produzenten. Den Herausforderungen der Neuen  
2236 Medien wollen wir uns umfassend stellen. Existierende Förderstrukturen müssen sich neuen,  
2237 interaktiven Kunstformen öffnen.

2238

#### **Qualität und Vielfalt bei den Medien garantieren**

2239 Wir wollen Medienvielfalt und –qualität. Sie ist Kern unseres medienpolitischen  
2240 Selbstverständnisses und Grundlage einer lebendigen Demokratie. Dazu gehören für uns die  
2241 Freiheit der Medien, zur Bereitstellung von BürgerInnenmedien wie Blogs und Offenen Kanälen,  
2242 der Internet-Breitbandzugang für alle und die Sicherstellung der medialen „Grundversorgung“  
2243 durch einen qualitativ hochwertigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch über das Internet.  
2244 Anders als die Abgeordneten von SPD, CDU und FDP lehnen wir die Werbung für Produkte bei  
2245 Fernsehfilmen weiterhin ab.

2247 Wir kritisieren sexistische Darstellung insbesondere von Frauen in Medien. Wir fordern die  
2248 europäischen Medienschaffenden auf, dieser klar und entschieden entgegenzutreten.

2249

#### **Safer Internet**

2250 Wir wollen das Internet als neue Chance für die freie Meinungsäußerung fördern. Gleichzeitig  
2251 muss es aber auch im Bereich des Internets klare Regeln geben, gegen sittenwidrige,  
2252 jugendschädigende und Frauen erniedrigende Darstellungen und Hassinhalte sowie gegen  
2253 Datenmissbrauch. Wer diese Regeln missachtet, muss strafrechtlich belangt werden können.  
2254 Dafür brauchen wir endlich EU-weite Bestimmungen.

2256

#### **Europäische Digitalpolitik**

2257 Wir wollen neben dem Ausbau der Breitband-Infrastruktur und der Wahrung des  
2258 Datenschutzes vor allem die Medienkompetenz fördern, um allen Menschen in Europa Teilhabe  
2259 an der Digitalisierung zu garantieren. Der Kampf gegen Softwarepatente zeigte, wie  
2260 entscheidend die europäische Ebene für die Gestaltung unserer digitalen Zukunft ist. Zuletzt  
2261 ging es beim Telekom-Paket darum, sicher zu stellen, dass Einschränkungen der Netzneutralität  
2262 und unverhältnismäßige Kontrolle des Internets nicht die digitale Entwicklung Europas  
2263 ausbremsen. Zudem müssen wir einheitliche Regelungen für die Stärkung nachhaltiger  
2264 Informationstechnik europaweit schaffen.

2266

#### **Künstlerische Beiträge im Internet vergüten**

2267 Wir wollen faire Verfahren entwickeln, um Künstlerinnen und Künstler für die Bereitstellung  
2268 ihrer Werke im Internet oder anderswo zu entschädigen. Wir setzen uns für nach Kunstsparten  
2269 differenzierte Lösungen ein, die Pauschalvergütungen für Musik, Filme und andere Medien und  
2270 Inhalte beinhalten können. Massenhafte Klagewellen, Eingriffe in die Privatsphäre, der Einsatz  
2271 von DRM (Digitalem Rechte Management) oder die Filterung des Datenverkehrs lehnen wir ab.  
2272 Sie sind ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer.

2274

2275

2275 **VII. Internationale Verantwortung. Der GRÜNE Weg für eine gerechte**  
2276 **Globalisierung**

2277  
2278 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein friedliches Europa, das sich weltweit für die  
2279 Schaffung und Bewahrung des Friedens und die gerechte Gestaltung der Globalisierung  
2280 einsetzt. Grüne Politik zielt auf den Schutz der Menschenrechte, auf internationale  
2281 Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit, Gewaltfreiheit und die Stärkung des internationalen  
2282 Rechts. Keine Regierung und keine internationale Institution ist in der Lage, mit den vielfältigen  
2283 Herausforderungen unserer Zeit allein fertig zu werden. Grüne Politik setzt auf einen  
2284 kooperativen Multilateralismus von internationalen Institutionen, Nationalstaaten und  
2285 Nichtregierungsorganisationen. Wir wollen auch in der Friedenspolitik und bei der gerechten  
2286 Gestaltung der Globalisierung umfassend die Beteiligung von Frauen stärken.

2287  
2288 Die Vereinten Nationen sind für uns der zentrale Rahmen für eine an den Zielen des Friedens  
2289 und der Verwirklichung der Menschenrechte ausgerichteten weltweiten Ordnungspolitik.

2290  
2291 Mit dem Ende der Blockkonfrontation und dem Aufflammen neuer Kriege und Bürgerkriege,  
2292 ethnischer Säuberungen und Massaker gegen die Zivilbevölkerung hat sich die Mehrheit der  
2293 Partei zu einer Neubewertung des Militärs durchgerungen. Unter bestimmten  
2294 Rahmenbedingungen kann Militär einen notwendigen Beitrag zur Gewalteinämmung,  
2295 Gewaltverhütung und Friedenskonsolidierung leisten. Wir erteilen militärischen  
2296 „Konfliktlösungen“ eine Absage. Der Einsatz von Militär ist immer problematisch. Der Einsatz  
2297 militärischer Kriegsgewalt ist unabhängig von seinen Zielen ein großes Übel. Zur  
2298 Friedenssicherung im Rahmen der VN kann Militär zur Gewalteinämmung notwendig sein.  
2299 Militär kann so bestenfalls Friedensprozesse unterstützen und Zeitfenster für die  
2300 Krisenbewältigung schaffen, nicht aber den Frieden selbst.

2301  
2302 Für die Gestaltung einer friedlichen Welt ist eine starke Europäische Union mit ihren 27  
2303 Mitgliedsstaaten unerlässlich. Gehen diese gemeinsam vor, hat die EU ein großes Potential für  
2304 eine friedliche und gerechte Gestaltung der internationalen Ordnung. Der Zwang zur  
2305 Einstimmigkeit in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bringt das Problem mit sich,  
2306 dass nur der aller kleinste gemeinsame Nenner formuliert wird. Wir sind deshalb für  
2307 Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Außenpolitik  
2308 der EU, die nur als Deckmantel für die Machtpolitik einzelner Nationalstaaten dient, lehnen wir  
2309 ab. Um dies zu verhindern und um eine europäische Außenpolitik transparent zu gestalten,  
2310 brauchen wir eine Stärkung des Europäischen Parlaments auch in der Außenpolitik.

2311  
2312 Die EU steht vor der Herausforderung, den Erweiterungsprozess zu gestalten und  
2313 partnerschaftliche Beziehungen zu ihren Nachbarn auszubauen. Sie muss sich weltweit  
2314 engagieren: Für Frieden und Abrüstung, für eine gerechte und nachhaltige Globalisierung und  
2315 für Sicherheit und Zusammenarbeit. Neue bedeutsame Risiken für den Frieden entstehen durch  
2316 Klimawandel, Konkurrenz um knappe Rohstoffe, um Energie und Lebensmittel. Eine  
2317 unregelte Globalisierung spaltet die Welt in Menschen in bitterer Armut und welche mit  
2318 ungeheuren Reichtum. Zerfallende Staaten können zum Rückzugsgebiet von organisierter  
2319 Kriminalität und Terrorismus werden. Bürgerkriege zerstören ganze Gesellschaften. Völkermord  
2320 und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind bittere Realität.

2321  
2322 Für uns ist die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik transatlantisch verankert. Sie gründet  
2323 sich auf gemeinsame historische Erfahrungen und politische Werte, eine enge wirtschaftliche  
2324 Verflechtung und auf einen intensiven kulturellen Austausch. Eine positive Ausgestaltung der  
2325 transatlantischen Gemeinschaft ist ein elementares Interesse deutscher und europäischer Politik.  
2326 Mit dem Ende der bipolaren Weltordnung und dem Aufkommen neuer wirtschaftlicher und  
2327 politischer Mächte wie China und Indien muss sich auch die transatlantische Allianz neu



2328 definieren, mit dem Ziel einer globalen Wirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung  
2329 soziale und ökologische Regeln zu geben.

2330

2331 Wir wollen eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Außer Kontrolle geratende  
2332 Finanzmärkte sind eine Gefahr für wirtschaftliche Stabilität, Arbeitsplätze, Entwicklung, und  
2333 letztlich auch für die Demokratie. Es sind vor allem die Gesellschaften des Südens, die unter der  
2334 Instabilität des Währungssystems, unter Steueroasen, organisierter Kapitalflucht ihrer Eliten und  
2335 unter Steuerhinterziehung und Korruption transnationaler Firmen besonders leiden. Die EU  
2336 muss ihre vielfältigen Instrumente besser aufeinander abstimmen. So dürfen  
2337 entwicklungspolitische Anstrengungen nicht durch eine verfehlte europäische Handelspolitik  
2338 konterkariert werden.

2339

2340 In den kommenden Jahren wird sich entscheiden, ob es gelingt, zusammen mit den alten und  
2341 den neuen weltpolitischen Akteuren eine kooperative internationale Ordnung im Rahmen der  
2342 Vereinten Nationen zu schaffen und den zu beobachtenden Tendenzen eines Rückfalls in  
2343 unilaterale und nationalistische Machtpolitik entgegenzutreten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2344 stehen für diesen kooperativen Multilateralismus – jenseits von nationalen und neoliberalen  
2345 Scheinlösungen. Wir wollen die EU als eine Zivilmacht profilieren, die bereit ist, Verantwortung  
2346 im Rahmen der Vereinten Nationen zu übernehmen. Zentraler Bestandteil der europäischen  
2347 Außenpolitik muss der Dialog auf Grundlage der Menschenrechte zwischen den Kulturen sein.

2348

## 2349 **Europa in guter Nachbarschaft**

2350

### **Erweiterungspolitik fortentwickeln**

2351 Wir wollen, dass alle europäischen Staaten wie im EU-Vertrag vorgesehen, das Recht haben  
2352 einen Antrag auf Beitritt zu stellen. Es ist aber auch an der Zeit, aus den Lehren der letzten  
2353 Erweiterungen zu lernen und dort nachzubessern, wo es in den letzten Jahren gehapert hat. Das  
2354 wollen wir GRÜNE in drei Schritten tun: Erstens, Erweiterung muss ehrlich stattfinden. Die  
2355 „Kopenhagener Kriterien“ der EU definieren Anforderungen an die beitrittswilligen Staaten.  
2356 Erst wenn alle Kopenhagener Kriterien für den Beitritt erfüllt sind, wie demokratische und  
2357 rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte und Schutz der Minderheiten und  
2358 erst wenn die Regelungen der EU übernommen sind, kann es konkrete Beitrittstermine geben.  
2359 Zweitens muss Schluss sein mit einem „entweder-Beitritt-oder-nichts“ Prozess. Die  
2360 Beitrittskandidaten sollen stattdessen nach und nach in den Bereichen mitarbeiten dürfen, in  
2361 denen sie ihre Gesetzgebung den EU-Regelungen angepasst haben. Nur wer bereit ist, an der  
2362 Überwindung regionaler Konflikte mitzuwirken und effektiv mit den Nachbarn  
2363 zusammenzuarbeiten, kann Mitglied der EU werden. Auf klaren Voraussetzungen für einen  
2364 Beitritt zur EU zu bestehen, bedeutet nicht, einen Zaun um die jetzige Union zu ziehen.

2366

### **Verantwortung für den westlichen Balkan wahrnehmen**

2367 Wir wollen eine EU, die der besonderen Verantwortung für den westlichen Balkan also für  
2368 Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik  
2369 Mazedonien, Serbien, Montenegro und das Kosovo gerecht wird. Mit Kroatien werden bereits  
2370 seit Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen geführt, die zu einem baldigen Beitritt führen  
2371 könnten, wenn die Kriterien erfüllt sind. Mazedonien ist seit 2005 Beitrittskandidat. Für die  
2372 restlichen Staaten wollen wir GRÜNE eine verstärkte Strategie zur Heranführung an die EU  
2373 aufbauen, das bedeutet unter anderem Wirtschafts- und Umweltpartnerschaften und  
2374 Visaerleichterungen.

2376

### **Türkei auf dem Weg in die EU unterstützen**

2377 Wir wollen verlässliche und faire Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Seit mehr als vierzig  
2378 Jahren hat die Türkei eine Beitrittsperspektive, seit Oktober 2005 werden Beitrittsverhand-  
2379 lungen geführt. Davon abzurücken wäre ein Wortbruch der EU und würde vor allem die  
2380

2381 türkischen Reformkräfte schwächen. Kanzlerin Merkel und die Union machen das mit ihrer  
2382 konturlosen Politik der sogenannten privilegierten Partnerschaft. Aber nur eine glaubwürdige  
2383 Beitrittsperspektive unterstützt das Land beim demokratisch-rechtsstaatlichen Wandel. Es ist in  
2384 unserem ureigenen Interesse, die Türkei in die EU einzubinden. Denn ein EU-Mitglied Türkei  
2385 kann ein stabilisierender Anker in dieser krisengeschüttelten Region sein. Von einem Beitritt  
2386 würde die EU somit nicht nur ökonomisch profitieren, sondern es wäre auch ein Gewinn für  
2387 eine größere Sicherheit Europas.

2388

#### **Zypern wiedervereinigen**

2389 Wir wollen eine EU, die durch aktive Diplomatie den Prozess der Wiedervereinigung Zyperns  
2390 fördert. Der Konflikt um die seit 1974 geteilte Insel Zypern ist mittlerweile zum dauerhaften  
2391 Problem im Verhältnis der EU mit der Türkei geworden. Die Türkei und Griechenland müssen  
2392 dafür ihre jeweiligen Blockaden aufgeben und den Weg für die Wiedervereinigung der Insel  
2393 freimachen.  
2394

2395

#### **Für eine neue Europäische Nachbarschaftspolitik**

2396 Wir wollen eine neue Europäische Nachbarschaftspolitik, in deren Mittelpunkt Menschenrechte  
2397 und demokratische Reformen stehen.  
2398 Eine enge nachbarschaftliche Zusammenarbeit muss das Ziel einer neu gestalteten Europäischen  
2399 Nachbarschaftspolitik sein, die die wirtschaftliche, soziale, demokratische und ökologische  
2400 Entwicklung fördert. Über Regierungskooperation hinaus wollen wir GRÜNE, dass die EU auf  
2401 die Zivilgesellschaft setzt und langfristig dafür sorgt, dass starke Demokratien entstehen. Wir  
2402 setzen dabei auf Dialog, den Austausch und Mobilität, vor allem auch durch  
2403 Visaerleichterungen. Für uns stehen die Wahrung der Menschenrechte und die Schaffung einer  
2404 ökologischen und sozialen Wirtschaftsstruktur im Vordergrund.  
2405 Wir GRÜNE wollen auch, dass die verschiedenen EU-Politiken mit der näheren und der nahen  
2406 Nachbarschaft besser miteinander verzahnt werden: die Europäische Nachbarschaftspolitik, die  
2407 Westbalkanstrategie, die EU-Zentralasienpolitik und die strategische Partnerschaft zwischen der  
2408 EU und Russland müssen in Zukunft besser koordiniert werden.  
2409

2410

#### **Mittelmeerunion für die Partnerschaft mit dem Süden nutzen**

2411 Wir wollen die Partnerschaft mit dem Süden ausbauen. Die Debatte um die Mittelmeerunion  
2412 hat der Zusammenarbeit mit den Mittelmeeranrainern neuen Auftrieb gegeben. Den müssen  
2413 wir jetzt für eine gleichwertige Partnerschaft nutzen: Gemeinsame Projekte zur Stärkung  
2414 umweltschonender Ressourcen und erneuerbarer Energien, wie Sonne und Wind, sind mit den  
2415 südlichen Partnern viel versprechend.  
2416

2417

#### **Osteuropa durch eine differenzierte Europäische Nachbarschaftspolitik stärken**

2418 Wir wollen eine stärkere Unterscheidung zwischen einer Nachbarschaftspolitik für europäische  
2419 Staaten, die nach dem EU-Vertrag das Recht haben einen Antrag auf Mitgliedschaft zu stellen,  
2420 und einer Nachbarschaftspolitik für die südlichen und östlichen Mittelmeeranrainer. Es ist eine  
2421 europäische Aufgabe, die Staaten Osteuropas bei der schwierigen Umgestaltung ihrer  
2422 politischen und wirtschaftlichen Strukturen zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, im  
2423 Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik auch jene Staaten schrittweise an die EU  
2424 heranzuführen, die Mitglied der europäischen Staaten-gemeinschaft sind und ihre Zukunft in  
2425 der Europäischen Union sehen.  
2426

2427

#### **Menschenrechte in alle Bereiche der EU integrieren**

2428 Wir wollen eine EU, die in der Außen-, Entwicklungs-, Handels- und Wirtschaftspolitik,  
2429 Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit achtet und fördert.  
2430 Dabei müssen wir mit Nichtregierungsorganisationen eng zusammenarbeiten und  
2431 rechtstaatliche Strukturen und Institutionen aufbauen. Dafür muss die EU ihre Zusammenarbeit  
2432 mit anderen regionalen und internationalen Organisationen wie der Organisation für Sicherheit  
2433

2434 und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dem Europarat ausbauen, sowie die Arbeit des  
2435 Europäischen Menschenrechtsgerichtshof unterstützen.

2436

2437

## Europa für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung

2438

### **Mit ganzer Energie für den internationalen Klimaschutz**

2439 Wir wollen die globale Erwärmung auf 2°C begrenzen. Klimaschutz ist zu einer großen friedens-  
2440 und sicherheitspolitischen Herausforderung geworden. Der Klimawandel verschärft schon heute  
2441 die globale Armut durch die Zerstörung von Lebensgrundlagen.

2442 Ein ungebremster Klimawandel würde zu noch größeren Verteilungskonflikten, massenhafter  
2443 Umweltmigration und Destabilisierung von Staaten oder ganzen Regionen führen. Der  
2444 Klimawandel ist insbesondere für die Entwicklungsländer eine große Herausforderung. Die  
2445 verwundbaren Gesellschaften des Südens, die selbst nicht nennenswert zur Klimakatastrophe  
2446 beitragen, brauchen mehr finanzielle Mittel, um sich auf den Klimawandel einstellen zu können.  
2447 Die Begrenzung des Klimawandels kann nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen.

2448 Die Weltgemeinschaft muss sich auf einen wirksamen, völkerrechtlich verbindlichen  
2449 Klimaschutzvertrag verständigen, der sicherstellt, dass die globalen Emissionen bis 2050 halbiert  
2450 werden. Dazu müssen die Industrieländer ihre Emissionen um 80 Prozent mindern.

2451 Um international und besonders in den Entwicklungsländern erneuerbare Energien zu fördern,  
2452 muss sich die EU für die neugegründete Internationale Agentur für Erneuerbare Energien  
2453 (IRENA) einsetzen und deren Integration in die VN vorantreiben. IRENA soll Industrie- und  
2454 Entwicklungsländer beim Ausbau von erneuerbaren Energien beraten und unterstützen.

2455

2456

2457

### **Millenniums-Entwicklungsziele erreichen**

2458 Wir wollen eine gerechte Gestaltung der Globalisierung. Die Vereinten Nationen haben mit den  
2459 Millennium-Entwicklungszielen die wichtigsten sozialen Herausforderungen und Aufgaben für  
2460 die globale Solidarität formuliert. Wir GRÜNE halten an unserem Ziel fest, dass sich die Zahl der  
2461 Menschen in absoluter Armut bis zum Jahr 2015 halbieren soll.

2462 Eine solidarische EU muss die treibende Kraft bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der  
2463 Vereinten Nationen sein. Die EU Mitgliedstaaten müssen ihre Versprechen einhalten und ihre  
2464 Haushalte für die Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent und bis  
2465 zum Jahr 2015 auf 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts aufstocken. Zusätzlich sollten die viel  
2466 diskutierten innovativen Finanzierungsinstrumente wie internationale Steuern und Abgaben  
2467 endlich eingeführt werden. Eine Flugticketabgabe oder eine Kerosinsteuer gehören genauso wie  
2468 eine Abgeltungssteuer auf die internationale Agenda. Außerdem müssen wir den effektiven  
2469 Einsatz von Entwicklungsgeldern stärken und die oft zu bürokratische Vergabepraxis von EU  
2470 Geldern für Nichtregierungsorganisationen lockern.

2471

2472

### **EU-Politiken besser aufeinander abstimmen**

2473 Wir wollen die Entwicklungspolitik der EU überprüfen, um einen größeren Beitrag für eine  
2474 gerechte Gestaltung der Globalisierung zu erzielen. Politikbereiche wie Landwirtschaft, Handel  
2475 und Fischerei wirken sich häufig negativ auf die Entwicklungschancen aus. Sie müssen im Sinne  
2476 der nachhaltigen Entwicklung reformiert werden. Schluss mit dem europäischen Agrardumping,  
2477 der Abholzung der Wälder und dem nicht nachhaltigen Holzhandel, sowie der Überfischung der  
2478 Meere!

2479 Doppelungen in der Entwicklungspolitik zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten und der  
2480 EU-Kommission müssen vermieden und die Hilfe muss effizient eingesetzt werden.

2481 Im Mittelpunkt stehen dabei für uns GRÜNE Partnerschaften für ressourcenschonende und  
2482 gerechte Entwicklung mit anderen Regionalakteuren, wie der Afrikanischen Union, und den  
2483 Vereinten Nationen (VN). Dabei dürfen die VN nicht einfach nur ausführendes Organ und die  
2484 EU Zahlmeisterin bleiben, sondern wir wollen gemeinsame Konzepte, Methoden und  
2485 Instrumente entwickeln wie z.B. bei der Wahlbegleitung oder der nachhaltigen, gerechten und  
2486 friedlichen Ressourcengovernance.

2487

2488

### **Gesellschaftliche Reformen ermutigen**

2489

Wir wollen gesellschaftliche Reformen in den ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen in Entwicklungsländern fördern. Sie sind neben einer gerechten und nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung unabdingbar für eine nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung. Die Einhaltung der Menschenrechte, die Durchsetzung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und diskriminierten Gruppen, aber auch ein ressourcenschonender und nachhaltiger Umgang mit Rohstoffen sind entscheidende Grundlagen für Frieden und Entwicklung.

2496

2497

### **Verschuldungsproblem lösen**

2498

Wir wollen das drängende Verschuldungsproblem in den Entwicklungsländern lösen. Viele Entwicklungsstaaten sind hoch verschuldet. Wir GRÜNE wollen ein transparentes und faires internationales Schiedsverfahren im Rahmen der VN und die jeweiligen Interessen zwischen Gläubigern und Schuldern ausgleichen. Illegitime Schulden sind dabei ein besonderes Problem, denn wenn wissentlich Kredite an Unrechtsregime (z.B. das Apartheidsregime) vergeben wurden, dürfen die betroffenen Gesellschaften nicht auch noch für die Schulden, die ihrer eigenen Unterdrückung dienten, in Haftung genommen werden. Norwegen geht mit gutem Beispiel voran und streicht solche illegitimen Schulden. Es ist an der Zeit, dass die EU-Staaten diesem Beispiel folgen und die EU international zum Anwalt eines solchen Ansatzes wird.

2507

2508

### **Recht auf Nahrung garantieren**

2509

Wir wollen das Recht auf Nahrung garantieren. Besonders die sich dramatisch verschärfende Welternährungskrise zwingt zu enormen Kraftanstrengungen. Die Zahl der bedrohlich chronisch unterernährten Menschen ist sprunghaft angestiegen. Knapp eine Milliarde Menschen hungern. Wir werden uns mit Nachdruck für mehr Geld und bessere Konzepte für die ländliche Entwicklung in den vom Hunger betroffenen Ländern einsetzen. Besonders die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen müssen dabei unterstützt werden, auf klima- und ressourcenschonende Weise mehr Grundnahrungsmittel für lokale und regionale Märkte anbauen zu können.

2516

2517

### **Ressourcennutzung zum Wohle aller gestalten**

2518

Wir wollen den Zugang zu Ressourcen kooperativ sichern und transparent gestalten. Der ökonomische Aufstieg neuer weltpolitischer Akteure erhöht dramatisch die Nachfrage nach materiellen Ressourcen. Dies kommt zu der immensen Nachfrage der Industrieländer noch hinzu. Noch immer verbrauchen 15 Prozent der Weltbevölkerung 60 Prozent des Rohöls und Erdgases und mehr als die Hälfte anderer beschränkter materieller Ressourcen. Eine gewaltsame Durchsetzung von Ressourceninteressen lehnen wir ab.

2524

Zu oft kommen zudem in ressourcenreichen Ländern die Erträge nicht der Bevölkerung zugute.

2525

Wir wollen daher in Deutschland und Europa ansässige Unternehmen gesetzlich auf hohe Transparenz- und Menschenrechtsstandards verpflichtet. Erneuerbare Energien müssen nicht zuletzt auch deswegen ausgebaut werden, weil sie die Abhängigkeit von zentral kontrollierbaren Ressourcen mindern.

2529

2530

### **Frauen in der Entwicklungspolitik stärken**

2531

Wir wollen, dass in der Entwicklungspolitik die Emanzipation von Frauen als Ansatz stark ausgebaut wird. Die Durchsetzung und Einhaltung von Frauenrechten, der Schutz vor Gewalt und das Empowerment von Frauen in der Entwicklungspolitik sowie ihre aktive Einbeziehung in die Entwicklung und Gestaltung des Landes müssen eine wesentliche Grundlage der Entwicklungspolitik werden.

2536

2537

### **EU-Menschenrechtskommissarin einsetzen**

2538

Wir wollen Menschenrechte konsequent innerhalb und außerhalb der EU durchsetzen, um damit die Glaubwürdigkeit europäischer Außenpolitik zu stärken. Wir fordern eine/n EU-

2539

2540 MenschenrechtskommissarIn, der/die die Umsetzung internationaler  
2541 Menschenrechtskonventionen in allen EU Mitgliedsländern überprüft. Europäische Firmen, die  
2542 Menschenrechte mit Füßen treten, unterminieren die Glaubhaftigkeit der EU ebenso wie schale  
2543 Kompromisse der 27 Mitgliedsstaaten, wenn es um Rechte von Schwulen und Lesben geht oder  
2544 die EU eine Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik betreibt, die nicht dem Völkerrecht und den  
2545 Menschenrechtsabkommen entspricht. Auch Deutschland hat einzelne Konventionen der  
2546 Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Europarats noch immer nicht ratifiziert oder  
2547 umgesetzt.

2548

### **Ökologische und soziale Standards in der Handelspolitik**

2549 Wir wollen die Globalisierung nach den Geboten der ökologischen Nachhaltigkeit, der sozialen  
2550 Gerechtigkeit und des Ausgleichs zwischen Arm und Reich weltweit gestalten.

2551 Dazu brauchen wir eine nachhaltige internationale Strukturpolitik, in der Finanzmarkt-, Klima-,  
2552 Handels- und Entwicklungspolitik zusammen gedacht und an den universellen  
2553 Menschenrechten ausgerichtet werden.

2554 Eine besondere Verantwortung hat die Europäische Union in der internationalen Handelspolitik.  
2555 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein faires, multilaterales Handelssystem im Dienste der  
2556 Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung. Die Durchsetzung von Umwelt- und  
2557 Sozialstandards im Welthandel ist dabei ein zentraler politischer Gestaltungsbereich auf dem  
2558 Weg zu einer gerechten Globalisierung. Staaten und Unternehmen müssen verpflichtet sein,  
2559 soziale Standards einzuhalten, so wie sie im Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen  
2560 und den Kernkonventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgeschrieben sind.  
2561 Es muss sichergestellt werden, dass Maßnahmen und Standards, die in globalen Umweltschutz-  
2562 und Sozialabkommen bzw. Konventionen festgelegt sind, nicht durch die  
2563 Welthandelsorganisation in Frage gestellt werden können.

2564 Eine ökologisch-solidarische Weltordnung ist das Gegenteil des "Recht des Stärkeren". Das  
2565 Fairhandelskonzept, aber auch das FSC-Siegel für nachhaltige Holzprodukte sind hierfür  
2566 Vorbilder. Dies wollen wir in der EU weiter ausbauen.

2567

2568

2569

### **Welthandelsorganisation (WTO) reformieren**

2570 Wir wollen anerkannte Umwelt-, Arbeits- und Kulturnormen, sowie geographische  
2571 Bezeichnungen und Ursprungsbezeichnungen viel stärker schützen, statt diese durch die WTO  
2572 in Frage zu stellen. Die Handelsliberalisierung darf nicht länger einseitig im Zentrum stehen.  
2573 Auch die Industriepolitik sich entwickelnder Staaten darf nicht generell durch eine Interpretation  
2574 des Schutzes geistigen Eigentums behindert werden, der vor allem Firmen nutzt. Mittels der  
2575 WTO dürfen Entwicklungsländern keine überzogenen Freihandelsabkommen aufgedrängt  
2576 werden, die die nachhaltige Entwicklung von aufkommenden Industrien und der Landwirtschaft  
2577 von Entwicklungsländern unterminieren. Die derzeitigen politischen Mehrheiten im  
2578 Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission verfolgen unter dem irreführenden  
2579 Motto "Globales Europa" allerdings das Gegenteil. Konservative und Liberale Kräfte in der EU-  
2580 Kommission setzen auf Deregulierung und stärken bilaterale Abkommen, statt im multilateralen  
2581 Rahmen zu gestalten.

2582

### **Interkulturellen Dialog stärken**

2583 Wir wollen den interkulturellen Dialog stärken und dafür europäische Kulturinstitutionen  
2584 ausbauen, die europäischen Stiftungen analog der deutschen Stiftungen in der Auslandsarbeit  
2585 finanziell ausstatten, Austauschprogramme ausweiten und eigene Kulturreferentinnen und -  
2586 referenten in den EU-Außenvertretungen einsetzen. Auf bereits bestehenden europäischen  
2587 Netzwerken wie dem Zusammenschluss nationaler Kulturinstitute EUNIC wollen wir aufsetzen.  
2588 Mittel für außereuropäische Fenster in den EU-Programmen Erasmus, Media, Jugend und Kultur  
2589 müssen erhöht werden.

2590

2591

## Europa in einer sich wandelnden Welt

2592  
2593  
2594  
2595  
2596  
2597  
2598  
2599  
2600  
2601  
2602  
2603  
2604  
2605  
2606  
2607  
2608  
2609  
2610  
2611  
2612  
2613  
2614  
2615  
2616  
2617  
2618  
2619  
2620  
2621  
2622  
2623  
2624  
2625  
2626  
2627  
2628  
2629  
2630  
2631  
2632  
2633  
2634  
2635  
2636  
2637  
2638  
2639  
2640  
2641  
2642  
2643  
2644

### **Die Vereinten Nationen stärken**

Wir wollen die Vereinten Nationen stärken. Europa kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Neben einer institutionellen Stärkung der VN ist eine Fortentwicklung des Völkerrechts im globalen Dialog notwendig, wie etwa durch die auf dem Weltgipfel 2005 beschlossene „Responsibility to Protect“.

Die wiederholten Blockaden des Sicherheitsrats durch den Missbrauch des Vetos haben die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen erheblich beschädigt. Daher sollte zunächst die Begründungspflicht eines Vetos im Rahmen des Völkerrechts bis zu einer effektiven Reform des Sicherheitsrates im Vordergrund stehen. Wir wollen die Vetomöglichkeiten abschaffen und langfristig drängen wir auf einen gemeinsamen europäischen Sitz im Sicherheitsrat.

Wir brauchen zudem eine neue durchsetzungsstarke VN-Umweltorganisation. Auch im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung sind Reformen notwendig. Die G8 sind schon längst kein adäquates Forum mehr. Wir wollen daher den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen ECOSOC aufwerten. Auch die Funktionsweise des neuen Menschenrechtsrats muss weiter ausgestaltet werden, um das Hauptziel einer effektiveren Menschenrechtspolitik endlich zu erreichen. Wir wollen international die Beschwerdeverfahren zu den Menschenrechtsabkommen stärken und verbessern. Menschen müssen Rechtsmittel gegen Entscheidungen der VN einlegen können.

### **Die EU als Zivilmacht**

Wir wollen die europäische Integration und die Stärkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit fortsetzen. Wir GRÜNE stehen weiterhin zu unserem Engagement und unserem Ziel, der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine klare Priorität für Krisenprävention und zivile Konfliktbewältigung zu geben. Die Europäische Union soll keine imperiale Militärmacht werden, die Ressourcen sichert, sondern Zivilmacht bleiben.

Bereits jetzt übernimmt die EU mehr und mehr Rechtsstaats-, polizeiliche und militärische Missionen unter VN-Mandat. Wir begrüßen diese Entwicklung und befürworten den Ausbau dieser Kapazitäten, sofern sie an eine präventive, auf friedliche Konfliktlösung gerichtete Außenpolitik gebunden bleiben. Eine Stärkung des Europaparlaments in allen Entscheidungen der Außen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist dabei für uns zentral.

Die EU ist besonders gefordert sich in den Nachbarregionen zu engagieren. Dazu gehört insbesondere sich in den Nahost-Friedensprozess einzubringen, um die Sicherheit Israels sowie die Schaffung eines lebensfähigen und demokratischen palästinensischen Staates zu unterstützen.

### **Zivile Kräfte stärken - Friedensagentur gründen**

Wir wollen die Instrumente der europäischen zivilen Krisenprävention, der Konfliktlösung und der Konversion stärken und bündeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern dafür eine Friedensagentur. Der Aufbau eines von uns GRÜNEN geforderten Europäischen Zivilen Friedenskorps wäre das wichtigste Ziel dieser Friedensagentur. Sie soll sicherstellen, dass ausreichend PolizistInnen, JuristInnen, StaatsanwältInnen und VerwaltungsspezialistInnen bereitgestellt werden können, die den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen unterstützen und die Schaffung von Sicherheit und Justiz garantieren. Dabei müssen wir auch und gerade die Frauenrechte und die Gleichberechtigung der Frauen im Blick behalten und dazu arbeitende NGOs besonders unterstützt werden. Damit wollen wir in Krisen rechtzeitig und umfassend agieren können, um nicht solange zu warten bis der Einsatz von Militär die scheinbar einzige mögliche Konfliktlösung ist.

Dafür brauchen wir viel mehr Personal als bisher für zivile Aufgaben und die Einrichtung ziviler Friedensdienste in Krisenregionen. Dies wollen wir dadurch erreichen, dass die Verwaltungen der Mitgliedstaaten eine bestimmte Quote an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diese

2645 auswärtigen Operationen der EU vorsehen. Deutschland muss konsequent zur Hälfte Frauen in  
2646 EU Missionen entsenden, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern müssen sowohl vor als auch  
2647 während ihrem Einsatz gender-spezifische Trainings erhalten.

2648 Die Friedensagentur soll auch die Konversion von militärischen hin zu zivilen Strukturen der  
2649 Gesellschaft in Postkonfliktsituationen unterstützen und damit einen Beitrag zu Demilitarisierung  
2650 und Frieden in diesen Ländern leisten. Zusätzlich wollen wir technische Einheiten wie ein  
2651 europäisches Technisches Hilfswerk einrichten.

2652 Hier sind wir bereit, mit einzelnen EU Mitgliedstaaten zukunftsweisend voranzugehen.

2653

### **Zivile Kräfte stärken – europäischen Freiwilligen Friedensdienst gründen**

2654 Wir wollen auch einen europäischen Freiwilligen Friedensdienst analog zum amerikanischen  
2655 Peacecorps schaffen. Dazu wollen wir das im Juni 2006 unter grünem Druck gestartete  
2656 Peacebuilding Partnership weiter stärken, in dem bereits heute europäische  
2657 Nichtregierungsorganisationen aus der Friedensarbeit und der Konfliktprävention  
2658 zusammengeschlossen sind.

2659

2660

### **Frauenrechte stärken**

2661 Wir wollen Frauen in der Friedens- und Sicherheitspolitik stärken. Generell müssen alle  
2662 Missionen der EU konsequent die Stärkung von Frauenrechten und die Verhinderung von  
2663 Gewalt an Frauen zum Ziel haben und zur Umsetzung der VN Sicherheitsratsresolutionen 1325  
2664 und 1820 beitragen. Diese Resolutionen verpflichten alle Mitgliedstaaten zu einer  
2665 angemessenen Teilhabe von Frauen und zur Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse auf  
2666 allen Ebenen und in allen Entscheidungen in der Friedens- und Sicherheitspolitik. Klare  
2667 Mandate, Ressourcen, Überprüfungs- und Rechenschaftsmechanismen für deren Umsetzung  
2668 müssen dafür auf EU-Ebene verankert werden. Wesentlich sind die Einrichtung einer  
2669 europäischen Monitoring-Stelle zur Umsetzung der Resolutionen sowie die systematische  
2670 Einbindung zivilgesellschaftlicher Gruppen in dieses Vorhaben. Die gemeinsame Kommissions-  
2671 und Ratsstrategie zur Umsetzung dieser Resolutionen muss Beispiel sein für Deutschland: hier  
2672 brauchen wir endlich einen nationalen Aktionsplan.

2673

2674

### **EU-Außeninstrumente besser aufeinander abstimmen**

2675 Wir wollen die zahlreiche außenpolitischen Instrumente der EU besser aufeinander abstimmen:  
2676 von der Entwicklungshilfe, über Polizeieinsätze und Krisenprävention im Rahmen des  
2677 Stabilitätsinstruments bis zur Handelspolitik. Ein gemeinsamer europäischer Auswärtiger Dienst  
2678 gibt einmalig die Chance, von Anfang an Strukturen so aufzubauen, dass Entwicklungshilfe,  
2679 Krisenprävention, interkultureller Dialog und traditionelle Außenpolitik effektiv verzahnt  
2680 werden. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass diese Chance genutzt wird.

2681

2682

### **Priorität für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik - Wertschätzung transatlantischer Gemeinschaft**

2683 Wir wollen in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine klare Priorität für  
2684 Krisenprävention und zivile Konfliktbewältigung setzen. Gleichzeitig muss die EU in der Lage  
2685 sein, in Arbeitsteilung mit der Nordatlantischen Vertragsorganisation NATO, die Sicherheit  
2686 Europas auch mit militärischen Mitteln zu gewährleisten. Sie muss in der Lage sein, Europa zu  
2687 stabilisieren und ihren Beitrag für UN-Missionen zur Wahrung von Frieden und Sicherheit zu  
2688 leisten.

2689 Wir sagen Ja zur Effektivierung und Harmonisierung der Streitkräfte innerhalb der EU, was die  
2690 Verteidigungsausgaben insgesamt sogar senken kann. Nach dem Ende der Block- Konfrontation  
2691 muss die NATO ihre Aufgaben neu ausrichten. Wir lehnen den Ausbau der NATO zu einer  
2692 Konkurrenzorganisation der Vereinten Nationen ab. Dennoch bleibt sie notwendig, weil es auf  
2693 absehbare Zeit keinen anderen Akteur gibt, der die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren  
2694 kann und der als Staatenbündnis einer Re-Nationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt.

2695

2696

2697 Die NATO muss dabei Teil einer multilateralen Sicherheitsarchitektur werden, die auf dem  
2698 Prinzip gemeinsamer Sicherheit beruht und militärische Einsätze an ein Mandat des UN-  
2699 Sicherheitsrats bindet. Mitentscheidend für die Zukunft der NATO wird sein, dass sich die EU  
2700 und die USA darin auf Augenhöhe begegnen.

2701  
2702 **Parlamentsvorbehalt muss bei Militärmissionen bestehen bleiben**  
2703 Wir wollen nicht, dass die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten ihre Parlamente und das  
2704 Europäische Parlament vor verteidigungspolitische Tatsachen stellen. Der Bundestag muss  
2705 weiterhin über jede deutsche Beteiligung an militärischen EU Einsätzen abstimmen. Europäische  
2706 Militärmissionen müssen der Kontrolle des Europäischen Parlaments unterliegen. Zentrales Ziel  
2707 muss weiterhin eine bessere Koordinierung der zivilen und militärischen Operationen sein, und  
2708 jede EU Mission muss in ein gesamtpolitisches Konzept gebettet sein, das alle Faktoren nicht  
2709 nur des betroffenen Landes, sondern auch der Region berücksichtigt.

2710  
2711 **Multilaterale Strukturen stärken**  
2712 Wir wollen einen kooperativen Multilateralismus gestalten. Die EU muss besser darin werden,  
2713 regionenübergreifende Koalitionen zu schnüren, um eine Polarisierung der VN und damit  
2714 einhergehende Lähmung zu verhindern. Eine Reform des internationalen Systems kann nur  
2715 erfolgreich sein, wenn Staaten bereit sind, Einfluss und Verantwortung mit den aufstrebenden  
2716 Schwellen- und Entwicklungsländern in internationalen Organisationen zu teilen.  
2717 Grüne Friedenspolitik zielt auch auf eine Stärkung der OSZE, denn eine nachhaltige Politik für  
2718 Frieden und Sicherheit in Europa darf nicht allein auf die EU beschränkt bleiben. Sie ist die  
2719 einzige multilaterale Sicherheitsorganisation, die den gesamten euroasiatischen  
2720 Raum sowie die USA und Kanada abdeckt. Angesichts dessen und aufgrund ihrer Tätigkeiten im  
2721 Bereich des Menschenrechtsschutzes, der Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und  
2722 des Minderheitenschutzes leistet die OSZE einen wichtigen Beitrag für ein friedliches  
2723 Krisenmanagement.  
2724 Für uns GRÜNE ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Regionalorganisationen, wie  
2725 der Afrikanischen Union, unverzichtbar. Die europäische Unterstützung des Aufbaues  
2726 Friedensschaffender Kapazitäten der Afrikanischen Union ist dabei ein Schritt in die richtige  
2727 Richtung.

2728  
2729 **Russland in die euro-atlantische Sicherheitspartnerschaft einbeziehen**  
2730 Wir wollen die Einbeziehung Russlands in die euro-atlantische Sicherheitspartnerschaft.  
2731 Elemente dafür sind die Wiederbelebung der NATO-Russland-Partnerschaft sowie eine  
2732 Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Der angepasste KSE-  
2733 Vertrag zur Rüstungsbegrenzung in Europa, der akut gefährdet ist, muss von allen beteiligten  
2734 Staaten in Kraft gesetzt werden. Mit Sorge sehen wir allerdings die autoritären  
2735 Entwicklungstendenzen in Russland, die mit einer Verhärtung der russischen Außenpolitik und  
2736 den Einsatz von Energiereserven als politischem Druckmittel einhergehen. Das Verhältnis  
2737 zwischen Russland und den USA ist zunehmend durch verbale und tatsächliche Konflikte  
2738 gekennzeichnet. Die hegemoniale Politik Russlands gegenüber den ehemaligen  
2739 Sowjetrepubliken und der Einsatz von kriegerischer Gewalt gegen Georgien ist nicht akzeptabel,  
2740 genauso wenig wie der Versuch Georgiens gewaltsam abtrünnige Landesteile zurückzuerobern.

2741  
2742 **Abrüstungspolitik konsequent vorantreiben**  
2743 Wir wollen, dass die EU zu einem tragenden Pfeiler der internationalen Abrüstung,  
2744 Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung wird. Wir setzen uns ein für das Ziel eines  
2745 kernwaffenfreien Europas, die weltweite Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen und aller  
2746 Atomwaffenversuche und fordern ein internationales Verbot radioaktiver Munition. Die  
2747 Europäische Union ist in vielen Bereichen, nicht zuletzt dank grünen Drucks im  
2748 Europaparlament, bereits ein zentraler Akteur für die Durchsetzung und Umsetzung von  
2749 Abrüstungsabkommen, so zum Beispiel von Landminen, Kleinwaffen, und Streubomben. In



2750 diesem Bereich sind es häufig die Nationalstaaten und auch die aktuelle deutsche  
2751 Bundesregierung, die eine stärkere Abrüstungspolitik der EU verhindern, wie zum Beispiel die  
2752 Rüstungspolitik der Bundesregierung im Kampf um ein starkes Streubombenverbot zeigt. Wir  
2753 GRÜNE sind an vorderster Spitze auf Bundesebene und im Europaparlament dafür aktiv, dieses  
2754 Engagement auszubauen und auf weitere Bereiche zu übertragen. Vor allem im Bereich von  
2755 Nuklearwaffen muss die EU ihr Engagement für eine weltweite Abrüstungspolitik im Rahmen  
2756 der Vereinten Nationen verstärken. Konversion, also Abrüstung von militärischen hin zu zivilen  
2757 Strukturen, soll auch zentrales Ziel der Friedensagentur sein.  
2758 Wir sehen keinen Bedarf für den Aufbau des umstrittenen Raketenabwehrschildes. Eine  
2759 Raketenabwehr, die auf eigene Unverwundbarkeit zielt, ist mit dem Ansatz der kollektiven  
2760 Sicherheit unvereinbar. Das führt zu neuen Rüstungsschüben und nicht zu einem „Mehr“ an  
2761 Sicherheit.  
2762 Europäische Rüstungsexporte müssen durch ein transparentes Verifikationsregime überprüfbar  
2763 gemacht werden. Der europäische Verhaltenskodex für Rüstungsexporte muss  
2764 zwischenstaatliche Rüstungskoperationen, Kleinwaffen und Dual-Use-Exporte einschließen  
2765 und auch rechtsverbindlich werden. Hierüber ist das Europaparlament umfassend zu  
2766 informieren.  
2767